Mittwoch, 24. Juli 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 169 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Privatuni: Das Projekt einer medizinischen Privat-Universität in Ingolstadt ist gescheitert. Nach monatelanger Prüfung erklärte der bayerische Ministerrat, das Projekt könne wegen eines zu geringen Fächerspektrums und mangelhafter Finanzierung die staatliche Anerkennung nicht erhalten. (S. 8)

Schutzgebühr? Die kolumbianische Regierung hat vom deutschen Mannesmann-Konzern die Abberufung von zwei seiner leitenden Mitarbeiter im Land gefordert, hieß es in Presseberichten. Die beiden Manager hätten im Auftrag des Konzerns, der eine 300 Kilometer lange Ölpipeline im Osten Kolumbiens baut, eine „Schutzgebühr" an dort operierende Guerrilleros gezahlt.

Bilanz: In fünf Arbeitssitzungen wollen die Außenminister von 35 Staaten, einschließlich des Vatikans, von Dienstag bis Donnerstag nächster Woche in Helsinki eine Bilanz aus zehn Jahren KSZE-Prozeß ziehen. (S. 4)

„Jäger 90": Ein hartes politisches Ringen, das sich vor allem auf Bonn und Paris konzentriert, hat die Frage des gemeinsamen Baus eines europäischen Jagdflugzeugs in den 90er Jahren ausgelöst. Gestern trafen sich zu vertraulichen Beratungen die Rüstungsdirektoren der fünf beteiligten NATO-Staaten in Madrid. (S. 2 und 4)

Dialog: Fast 40 Jahre nach Ende des Krieges, der die Teilung Koreas brachte, sind Parlamentarier aus Seoul und Pjöngjang gestern erstmals zusammengetroffen und haben über mögliche Wege zur Wiedervereinigung gesprochen. Dem Treffen in Panmunjon soll ein weiteres am 25. September folgen. (S. 8)

Folter: In der Türkei werden nach Angaben von Amnesty International Häftlinge nach wie vor systematisch gefoltert. Seit dem Militärputsch von 1980 seien Zehntausende von Menschen verhaftet worden. Die von den Behörden ergriffenen Maßnahmen gegen die Mißhandlung von Gefangenen seien ungenügend. (S. 5)

Rüstung: Die USA sind zu einem Transfer geheimer Forschungsergebnisse aus dem SDI-Programm an Großbritannien bereit, verlautete aus US-Regierungskreisen nach einem Treffen zwischen dem britischen Verteidigungsminister Heseltine und seinem Amtskollegen Weinberger in Washington. (S. 4)

Afghanistan: Bei einem sowjetischen Luftangriff auf ein Lager des Widerstands im Pandschir-Tal sind nach Angaben der Freischärler vor kurzem 131 gefangengehaltene afghanische Offiziere getötet worden. Sie sollten gegen gefangene Widerstandskämpfer ausgetauscht werden. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



„Mit dem Forschungsvorhaben SDI soll die Tür zu einem neuen Zeitabschnitt aufgestoßen werden. Ziel soll sein, die von der Sowjetunion verfolgte Politik der Anhäufung von immer mehr Offensiv-Waffen sinnlos zu machen"

Der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in einem Interview der „Bild"-Zeitung (S. 4)

FOTO: DW.

WIRTSCHAFT

Maschinenbau: Über einen erheblichen Mangel an Arbeitskräften – sowohl Facharbeiter als auch Hilfskräfte – trotz der allgemein anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit klagen die Maschinenbauer im Südwesten der Bundesrepublik. (S. 9)

Banken: Einen kräftigen Anstieg des Gesamt-Betriebsergebnisses verbuchte die Commerzbank im ersten Halbjahr 1985. Deutliche Zuwächse gab es sowohl im Wertpapier- als auch im Devisengeschäft. (S. 11)

Boykott: Israel steht in engen Verhandlungen mit einem nicht näher genannten Opec-Land, die bald zur Unterzeichnung eines Liefervertrags für Rohöl führen könnten, teilte Energieminister Schachal mit. Damit wäre zum ersten Mal der Opec-Boykott gegen Israel durchbrochen.

Börse: Am Aktienmarkt kam es vor allem auf Grund der neuen Dollarabschwächung zu Kursverlusten bei exportorientierten Werten. WELT-Aktienindex 197,87 (199,51). Der Rentenmarkt war gut behauptet. BHF-Rentenindex 103,998 (103,980). Performance-Index 105,331 (105,283). Dollar-Mittelkurs 2,8500 (2,8856) Mark. Goldpreis 322,50 (317,25) Dollar.

KULTUR

Film: Politischen Sprengstoff lieferte der ägyptische Regisseur Youssef Chahine mit seinem neuesten Film „Adieu Bonaparte". Mit diesem Opus ist er mitten in die Tagespolitik hineingeraten, in die scharfe Auseinandersetzung um eine „islamische Republik" Ägypten. (S. 15)

Kulturgüter: Ein Gesetz, das drakonische Strafen für den Schmuggel von griechischen Kulturgütern ins Ausland vorsieht, kündigte Kulturministerin Mercouri an. Personen, die Kunstgegenstände aus dem Land schaffen, sollen mit bis zu lebenslanger Haft bestraft werden können.

SPORT

Fußball: Die kommende Runde der Bundesliga wird bereits am 26. April 1986 abgeschlossen. Damit kann das Pokalfinale am Ende der Saison stattfinden.

Werbung: Der Hamburger Sportverein (HSV) hat eine Werbeagentur damit beauftragt, das Bild des Traditionsvereins in der Öffentlichkeit zu verbessern.

AUS ALLER WELT

Dammbruch: Die Katastrophe in Oberitalien ist nach Angaben der Ermittlungsbeamten einwandfrei auf menschliches Versagen zurückzuführen. Unter anderem seien alle drei Monate erforderliche Sicherheitsüberprüfungen unterlassen worden. (S. 16)

Haute Couture: Mit einer kleinen Sensation wartete das Haus Pierre Cardin bei der Präsentation der Winterkollektion auf. Erstmals wurden die Modelle von Mannequins aus der Volksrepublik China vorgeführt. (S. 16)

Wetter: Aufgeheitert bis wolkig, kaum Niederschlag. 20 bis 27 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn bringt schon heute mehr auf, als DGB fordert

Kohl strebt „beschäftigungspolitische Vereinbarung" mit den Sozialpartnern an

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Gewerkschaften zu einer „gemeinsamen beschäftigungspolitischen Vereinbarung" mit Bundesregierung und Arbeitgebern aufgerufen. In dem Gespräch mit der DGB-Spitze schlug der Kanzler gestern abend in Bonn vor, schon in der ersten Septemberwoche ein „Dreier-Gespräch" zu konkreten Punkten der Beschäftigungspolitik zu führen. Kohl erinnerte den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit daran, daß er beim Treffen am 23. Januar grundsätzlich Bereitschaft zu solchen Gesprächen bekundet habe, unter der Voraussetzung „verhandlungsfähiger Punkte". Kohl: „Ich kann mir kein Thema vorstellen, das verhandlungsfähiger und verhandlungsnotwendiger wäre als die Beschäftigungspolitik."

Drei Punkte würde seine Regierung in ein solches Dreiertreffen einbringen, sagte der Kanzler: Die Haushaltsbeschlüsse für 1986 mit den Schwerpunkten regionale Wirtschaftsförderung, Hilfen beim Anpassungsprozeß im Baugewerbe und die Förderung von Umweltschutz-Investitionen. Die Regierung sei weiterhin bereit zu einer „Qualifizierungsoffensive" im Rahmen einer Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes sowie zur Verbesserung der Sozialleistungen für Arbeitslose. Als dritten Punkt schaffte der Kanzler Klarheit zu den im Vorfeld der Begegnung mit der DGB-Spitze geführten Diskussionen um eine Vorruhestandsregelung im öffentlichen Dienst. Die Bundesregierung bringe in ein Dreier-Treffen, dessen Zustandekommen von der Zustimmung der Gewerkschafter abhänge, die Bereitschaft ein, sich als Arbeitgeber im Rahmen des rechtlich und finanziell Möglichen „Modellen" einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst „zu öffnen", unter anderem durch Abbau der dort geleisteten Überstunden.

Zu Beginn der Unterredung, an der neben Kohl sieben Minister und auf Gewerkschaftsseite neben dem Vorsitzenden Breit und seinen Stellvertretern Fehrenbach und Muhr mehrere Vorsitzende von Einzelgewerkschaften teilnahmen, hatte der Kanzler auf die „beachtlichen Erfolge" seiner Wirtschaftspolitik seit Herbst 1982 hingewiesen. Aus Schrumpfung sei wieder Wirtschaftswachstum geworden, die Inflation sei eingedämmt, es werde wieder mehr investiert. Mit den Haushalts- und den Folgebeschlüssen vom 1. Juli komme die Regierung auch den Vorstellungen des DGB „ein gutes Stück" entgegen. Als Beispiel nannte Kohl die Aufstockung der Mittel zur Strukturhilfe für den Baubereich und die regionale Wirtschaftsförderung.

Ab 1. Januar 1986 sei mit Steuerentlastungen und Verbesserungen in der Familienpolitik zusätzliche Nachfrage von etwa einem Prozent des Bruttosozialprodukts geschaffen worden. Hinzu kämen Zinssenkungen um drei Prozent seit 1982 und die Wirkung der Preisstabilität auf Angebot und Nachfrage. Während der DGB 50 Milliarden Mark an Beschäftigungsprogrammen in fünf Jahren, also zehn Milliarden Mark pro Jahr fordere, leiste die Bundesregierung – auch wenn sie nicht von „Programmen" spreche – 30 bis 40 Milliarden im Jahr. Kohls Fazit: „Es zeigt sich, daß uns in der Sache weniger trennt als in den Überschriften."

FDP: Große Steuer-Entlastung 1989

Reform in einem Schritt mit einem Volumen von 45 Milliarden Mark

HEINZ HECK, Bonn

Die FDP hat für die nächste, 1987 beginnende Legislaturperiode ein Steuersenkungsprogramm mit einem Volumen von etwa 45 Milliarden Mark jährlich angekündigt, das auf dem Bundesparteitag Mitte 1986 in Hannover verabschiedet werden soll.

Wie bei der beschlossenen Steuersenkung 1986/88 ist nicht an eine Erhöhung indirekter Steuern zur Kompensation der Einnahmeausfälle gedacht. Vielmehr strebt die FDP „einen tiefen Einschnitt in die Subventionen ... im Umfang von mindestens 25 Milliarden Mark" jährlich an. Damit verbliebe eine Nettoentlastung von mindestens 20 Milliarden Mark.

Der FDP-Vorsitzende Bangemann, der zusammen mit dem Finanzexperten Gattermann und Generalsekretär Haussmann gestern die Ergebnisse der Steuerklausur des Präsidiums vom Vortag erläuterte, sprach von einer Steuersenkung 1989 in einem Schritt. Finanzminister Stoltenberg hatte dagegen erst vor einer Woche in der „Welt am Sonntag" eine Entlastung zwischen 35 und 40 Milliarden Mark angekündigt und hinzugefügt: „Das wird voraussichtlich nur in einem Gesetz in zwei Stufen 1990 und 1992 vorstellbar sein." Der finanzpolitische Sprecher der Bonner Unionsfraktion, Kreile, begrüßte gestern die FDP-Vorschläge lediglich „in der Zielrichtung".

Die 20köpfige FDP-Runde hat die Eckwerte für die Steuersenkungen allerdings weniger deutlich definiert als Bangemann am Vortag im Deutschlandfunk (WELT vom 23. Juli). Für die Diskrepanzen machte dieser gestern auch „Übertragungsfehler" verantwortlich.

„Der finanziell kostspieligste Bereich der Operation" (Gattermann) hat einen sozialen Bezug. Im Kern geht es um die „Steuerfreiheit des Existenzminimums für den Steuerpflichtigen, seinen Ehegatten und seine Kinder sowie die Sicherung der unteren Proportionalzone des Steuertarifs". Konkret will die FDP den sogenannten Grundfreibetrag, der 1986 auf 4536 bis 9072 Mark (Ledige/Verheiratete) erhöht wird, auf „mindestens" 6048 bis12 096 Mark, also monatlich 500/1000 Mark, anheben (Bangemann hatte zuvor von etwa 1000 Mark „für jeden einzelnen" gesprochen).

Für Gattermann sind diese 500 Mark „noch nicht die Sicherung der Grundexistenz"; weitere Schritte bis auf eine Größenordnung von 1000 Mark sind nach den Worten Bangemanns daher notwendig. Der Kinderfreibetrag (2484 Mark ab 1986) soll auf 3672 Mark erhöht werden. Das entspreche der Forderung des Bundesverfassungsgerichts, den steuerlichen Kinderfreibetrag an den tatsächlichen Kosten zu orientieren. Für eine Familie mit drei Kindern bleiben, wenn diese Forderungen realisiert werden, etwa 23 100 Mark jährlich oder rund 1925 Mark im Monat „dem Steuerzugriff entzogen".

Eine ausreichende Entlastung von Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen, von Nichtsteuerpflichtigen sowie kinderreichen Familien soll im

● Fortsetzung Seite 8

Durchbruch im Handel USA–China?

Li Xiannian bei Ronald Reagan / Washington hofft auf Modernisierungsprogramm Pekings

H.-A. SIEBERT, Washington

Eine große wirtschaftliche Bedeutung messen die USA dem Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten Li Xiannian bei, der gestern im Weißen Haus begann. Washington ist interessiert an umfangreichen Aufträgen, die Peking im Rahmen seines Modernisierungsprogramms vergibt. Begleitet wird Li Xiannian von Vize-Ministerpräsident Li Peng, dem zweiten Mann in der Regierung, der für Verkehr, Energie und Hochtechnologie verantwortlich ist.

Die USA und China werden möglicherweise ein Kooperationsabkommen über die friedliche Nutzung der Atomkraft unterzeichnen. Dies bedeutete einen gewaltigen Durchbruch und stellte die beiderseitigen Beziehungen auf eine neue, intensivere Grundlage. Peking plant den Kauf mehrerer westlicher Kernreaktoren im Wert von zehn bis zwölf Milliarden Dollar. Um diesen Auftrag bemühen sich auch deutsche und französische Anbieter. Ein hoher Beamter des State Department erklärte jedoch, daß die Chinesen die amerikanische Nukleartechnik bevorzugten.

Bei Li Xiannians Eintreffen in Washington war der Nationale Sicherheitsrat der USA noch dabei, die einzelnen Vertragsbestimmungen zu überprüfen. Reagan möchte nicht in die Messer des Kongresses laufen, der in den Atomic Energie Act ungemein strenge Schutzbestimmungen eingebaut hat, um eine weitere Ausbreitung nuklearer Waffen zu verhindern. Widerstand war im Capitol laut geworden, als chinesische Atomtechniker in Pakistan geortet wurden. Es wird vermutet, daß Pakistan an einer Atombombe arbeitet.

Peking hat inzwischen seine Leute aus Pakistan zurückgezogen und der Administration in Washington zu verstehen gegeben, daß es das Verbot, amerikanische Ausrüstungen an Drittländer weiterzugeben, respektieren werde. Überdies ist China der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien beigetreten; auch die chinesischen Ausfuhren unterliegen heute also den multilateralen Schutzvorschriften. Der Kongreß stößt sich jedoch daran, daß Peking jahrelang ein Hauptlieferant nicht geschützter Atomexporte gewesen ist. Nicht mehr umstritten sind die Teile des amerikanischen Atomenergiegesetzes, die den Export und die Verwendung der aus den USA bezogenen Anlagen und Brennstoffe regeln. Hier ist die chinesische Regierung schriftliche Verpflichtungen eingegangen. Erlaubt ist ohnehin nur die Lieferung von Reaktoren für friedliche Zwecke, verboten ist die Weiterverarbeitung abgebrannter Brennstäbe. Nur dieser Passus des Abkommens ist bei Reagans Peking-Besuch im April 1984 paraphiert worden.

Für den Fall, daß die Vertragsunterzeichnung verschoben werden muß, *kann Reagan seinem Gast ein* Trostpflaster verabreichen: das Aushandeln der sogenannten Supplier Guidelines beispielsweise mit der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Kanada hat zehn Jahre gedauert.

■ Fortsetzung Seite 8

Kritik Gromykos an den Arabern

DW. Moskau

Die UdSSR ist nach Angaben von Radio Moskau, das sich auf den neuen sowjetischen Staatspräsidenten Andrej Gromyko berief, „gegen Israel keineswegs feindlich eingestellt und hofft im Gegenteil, daß der Hebräer-Staat in Frieden und Sicherheit souverän und unabhängig bleibt". Gleichzeitig aber wurde Jerusalem zu einer Änderung seiner Politik aufgefordert, „sonst müßte die UdSSR pro-arabische Positionen vertreten", meldete der Sender.

Die antiisraelische Karte spielte Gromyko dann laut „Prawda" in einem Gespräch mit einer Parlamentarier-Delegation der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen). Er warf den USA und Israel vor, den Arabern „ihr militärisch-strategisches Diktat aufzwingen zu wollen". Am Samstag hatte die amtliche Nachrichtenagentur Tass Meldungen über eine Annäherung zwischen Moskau und Israel dementiert.

SPD will Position des DGB stärken

p. p. Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen eigenen Gesetzentwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt. Dabei machten der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA) der Partei, *Rudolf Dreßler*, sowie seine Abgeordneten-Kollegin Anke Fuchs deutlich, daß sie bei der parlamentarischen Beratung vor allem die Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse in Schwierigkeiten bringen wollen. Der SPD geht es um die Ausweitung der Mitbestimmung, so bei der Einführung neuer Technologien, der Personalplanung und der Personaldaten-Verarbeitung. Außerdem soll „die Beweislast bei Kündigungen umgekehrt" (Dreßler) werden: Bei Widerspruch durch den Betriebsrat müßte das Unternehmen vor dem Arbeitsgericht klagen. Der SPD-Entwurf soll darüberhinaus – im Gegensatz zu den Regierungsplänen – die Stellung des DGB stärken.

EG kritisiert Ausnahmezustand

DW. Brüssel/Johannesburg

Während die internationale Mißbilligung des Ausnahmezustandes in Südafrika wächst, gehen die Verhaftungen in Pretoria sowie die Unruhen in den Schwarzen-Siedlungen weiter. Ein Polizeisprecher in Pretoria teilte gestern mit, insgesamt seien inzwischen 441 Personen festgenommen worden. Acht Menschen seien seit der Ausrufung des Ausnahmezustandes getötet worden.

Den Verurteilungen hat sich unterdessen die EG angeschlossen. In einem Kommuniqué fordert die Gemeinschaft das weiße Minderheitsregime in Pretoria zur Aufhebung des *Ausnahmezustands sowie zur Freilassung* aller im Rahmen der Notmaßnahmen festgenommenen Personen auf. Der Ausnahmezustand stelle eine „schwere Verschlechterung der Lage" in dem Apartheid-Staat dar, hieß es.

Seite 8: Die Gewalt eskaliert

DER KOMMENTAR

Botschaft

HEINZ HECK

Die Botschaft des FDP-Präsidiums lautet: Da die Koalition die Subventionen in dieser Legislaturperiode nicht etwa abbaut, sondern sogar erhöht, sollen nach 1987 „mindestens" 25 Milliarden Mark aus dem Subventionsdschungel herausgeforstet werden. Die FDP, die nach den Worten Haussmanns als „Steuerentlastungspartei" in den nächsten Bundestagswahlkampf ziehen will, wird in den eigenen Reihen und beim Koalitionspartner alle Überzeugungskraft aufbieten müssen, um diesen Kraftakt zu vollbringen.

Wie bei der kürzlich beschlossenen Steuersenkung 1986/88 ist die FDP auch in diesem Programm weit ehrgeiziger als zumindest die CDU. Finanzminister Stoltenberg hat mit Blick *auf die öffentlichen Kassen* bereits eine bedächtigere Gangart zu erkennen gegeben.

In der Zielrichtung sind dagegen die Parallelen offenkundig – nicht zuletzt deshalb, weil die FDP in einem entscheidenden Punkt eingelenkt hat. Jedenfalls fällt nach den Erfahrungen mit der letzten Steuersenkung auf, wie deutlich die soziale Komponente mit der Betonung des höheren Grundfreibetrags und der Kinderfreibeträge ausgefallen ist. Hier wird offenbar einer Diskussion Rechnung getragen, die in der CDU schon voll eingesetzt hat.

Konzessionen an den Koalitionspartner werden der FDP dennoch nicht erspart bleiben. Um so überraschender war daher Bangemanns Äußerung vor der Klausurtagung über die auf 20 Prozent zu senkende Besteuerung in der Proportionalzone (die das Präsidium auch nicht mitgemacht hat). Schließlich braucht man Verhandlungsmasse für den abschließenden Kompromiß, und der linke Flügel in der CDU wird ebensowenig wie die CSU in dieser Frage noch mal klein beigeben.

Bei den Reizthemen Progressionsverlauf und Spitzensteuersatz hat sich die FDP den Rükken für eine breite Diskussion in Partei und Koalition noch freigehalten. Zieht man die anderen Elemente mit in Betracht, so erscheint ein Kompromiß durchaus erreichbar.

Damit wäre der Weg frei in Richtung eines besseren und weniger leistungsfeindlichen Steuersystems, mit dem die Koalition der SPD eine überzeugende Alternative entgegensetzen könnte. Entscheidend ist letztlich die politische Bereitschaft, die Steuerbelastung deutlich zu senken. Das ist in dieser Legislaturperiode trotz der Steuersenkung nicht gelungen.

Versammlungsfreiheit auch bei Gefahr von Ausschreitungen

Bundesverfassungsgericht entscheidet im Fall Brokdorf

HELMUT RIEBER, Karlsruhe

Für verfassungswidrig hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) in einer gestern veröffentlichten Entscheidung große Teile der Beschränkungen erklärt, die das Landratsamt Steinbruch im Zusammenhang mit einer Großdemonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf am 28. Februar 1981 erlassen hatte. Damals hatte eine radikale Minderheit gewalttätige Auseinandersetzungen provoziert. Der Erste Senat des BVG wies in seiner Entscheidung darauf hin, daß das Grundrecht der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit zu den „unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens gehört". Daher seien die Behörden gehalten, „nach dem Vorbild friedlich verlaufender Großdemonstrationen versammlungsfreundlich zu verfahren und nicht ohne hinreichenden Grund hinter bewährten Erfahrungen zurückzubleiben". Mit diesem Urteil haben sich die Karlsruher Richter vor dem Hintergrund der zahlreichen Protestdemonstrationen gegen die Errichtung des Kernkraftwerks Brokdorf an der Unterelbe erstmals ausführlich mit dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Grundgesetz) befaßt.

Die Verfassungsrichter hoben hervor, daß der in der Verfassung jedem Staatsbürger gewährte Schutz für friedliche Teilnehmer auch dann bestehen bleibe, wenn Ausschreitungen einzelner oder einer Minderheit zu befürchten seien. Solle daher eine Demonstration in einem solchen Fall gleichwohl verboten werden, setze dies strenge Anforderungen an die Prognose einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit voraus sowie die vorherige Ausschöpfung aller „sinnvoll anwendbaren Mittel, welche den friedlichen Demonstranten eine Grundrechtsverwirklichung ermöglichen".

Der für Brokdorf zuständige Landrat hatte jede gegen das Kernkraftwerk gerichtete Demonstration in der Zeit vom 27. Februar bis 1. März 1981 an der Baustelle und in einem etwa 210 Quadratkilometer umfassenden Gebiet der Wilstermarsch verboten und den Sofortvollzug dieses Verbotes angeordnet. Auf Antrag von vier Demonstranten beschränkte das Verwaltungsgericht Schleswig den Sofortvollzug auf einen Bereich, der durch diejenigen Punkte begrenzt wurde, an denen die Polizei in einer Entfernung zwischen etwa 4,5 bis neun Kilometer vom Bauplatz Straßensperren vorbereitet hatte. Nach seiner Ansicht fehlten Anzeichen für Ausschreitungen außerhalb dieses Gebietes. Diese in erster Instanz ergangene Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Auf die Beschwerden der Vertreter von Gemeinden und Ämtern stellte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg in der Nacht zum 28. Februar 1981 den Sofortvollzug des Verbots in vollem Umfang wieder her. Gleichwohl hat die Demonstration mit mehr als 50 000 Teilnehmern stattgefunden (AZ.: 1 BvR 233/81 und 341/81).

SEITE 2:
Die richtige Resultante

Wachsende Unruhe an der Uni-Klinik München

Bei Überstunden Freizeitausgleich anstelle von Bezahlung

PETER SCHMALZ, München

Den Ärzten der Münchner Universitätskliniken werden ab sofort keine Überstunden mehr vergütet. In einem Rundschreiben wies die Universitätsleitung die Klinikchefs an, Überstunden nur dann zu genehmigen, wenn sie durch Freizeit ausgeglichen werden können. Zur Begründung wird angegeben, daß die im diesjährigen Etat zur Vergütung von Überstunden vorgesehenen 10,6 Millionen Mark verbraucht seien.

Nach den Worten von Universitätssprecher Dieter Schmidt herrscht darüber unter den Ärzten eine „riesige Unruhe". In ersten Stellungnahmen betonten prominente Mediziner, durch die Anordnung werde die Versorgung der Patienten bedroht.

Das bayerische Finanzministerium dagegen erklärte, man habe zu keinem Zeitpunkt daran gedacht, die Mittel für Überstundenzahlungen zu streichen oder zu kürzen; sollten allerdings Mittel über den Etatansatz hinaus benötigt werden, müßten diese beantragt werden. Einen entsprechenden Antrag hat das Kultusministerium allerdings erst am Freitag nachmittag eingereicht, obwohl der finanzielle Engpaß seit Monaten erkennbar war.

Für den Abbau der Überstunden wurden im vergangenen Jahr für die bayerischen Universitätskliniken 40 Ärzteplanstellen geschaffen, 40 weitere sind für 85/86 eingeplant. Diese 80 Stellen entsprechen 135 000 Jahresarbeitsstunden. Dennoch, so das Finanzministerium, sind die Ausgaben für Überstunden in den ersten sechs Monaten gegenüber dem ersten Halbjahr 1984 um 39 Prozent gestiegen. Bayerns Kultusminister Maier kündigte gestern an, man werde die Überstundenpraxis an den Kliniken jetzt „sehr genau prüfen". Die Münchener Universität werde darlegen müssen, was sie mit den ihr zugewiesenen Stellen gemacht habe. Das Ministerium werde sich mit der vorhandenen Situation nicht abfinden. Dagegen erklärte die Universität, ihr seien von den für ihre Kliniken beantragten 44 Arztstellen bislang nur acht genehmigt worden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Und es hebt nicht ab

Von Rüdiger Moniac

Sollte es nicht zur Einigung über den gemeinsamen Bau eines europäischen Jagdflugzeuges im nächsten Jahrzehnt kommen – Bonn müßte sich nicht vorwerfen, daß es nicht für dieses Vorhaben gekämpft hätte. Mit Hartnäckigkeit und zugleich Flexibilität versucht die Bundesregierung seit Monaten, Paris davon zu überzeugen, daß bloße Deklarationen zum Ruhme der europäischen Gemeinsamkeit nicht genügen.

Das Projekt führt das Kürzel EFA. Es steht für European Fighter Aircraft und für die Vorstellung, daß die Bundesrepublik Deutschland sowie Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien sich zum Bau einer leistungsfähigen Jagdflugzeuges zusammenschließen sollten. Eines Flugzeugs, das den gewachsenen Fähigkeiten der Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes entsprechendes entgegensetzen kann.

EFA ist seit einiger Zeit vom Scheitern bedroht, weil die französische Industrie sich nicht in das gemeinsam von den fünf Luftwaffenchefs verlangte Leistungsprofil für den Jäger einordnen wollte. Die Verteidigungsminister hatten danach den fünf Industriekonsortien nochmals eine Frist bis Mitte diesen Monats gesetzt. Sie ist abgelaufen. Das scheint anzuzeigen, daß die französische Firma Dassault immer noch nicht zum Einlenken bereit ist.

Nun sind abermals Gespräche zwischen Bonn und Paris auf höchster Ebene zu erwarten. Die Franzosen müssen sich auf ihre vier Partner zubewegen und dürfen nicht egoistisch auf dem von ihnen entwickelten Prototyp bestehen, weil dieser besser in ihre Exportinteressen paßt.

Dassault gehört zum Teil dem französischen Staat. Umso mehr irritiert es die Bundesregierung, daß dieses Unternehmen eine Geschäftspolitik betreiben kann, die den Aussagen des Staatspräsidenten und der Regierung widerspricht. Der Verdacht liegt nahe, daß die Pariser Politiker ihren deutschen Gesprächspartnern goldene Zusammenarbeit versprechen, den eigenen Unternehmern aber bedeuten, hart zu bleiben. Die Entwicklung ist nicht gerade ermutigend für jene, die an eine europäische technologische Zusammenarbeit unter dem Zeichen Eureka glauben möchte.

Küken ins Wasser

Von Peter M. Ranke

Eine Nachricht erregt Ägypten. Schon rollen Köpfe, kippen Sessel in der staatlichen Wirtschaftsbürokratie. Es klingt unglaublich, ist aber wahr: Eine staatliche Hühnerfarm hat viereinhalb Millionen Küken im Nil ertränkt.

Angeblich gab es nicht genug Futter. Auch weigerten sich die Fellachen, die Küken zum staatlich reglementierten Preis zu kaufen.

Also wurden 4,5 Millionen piepsende Federbällchen in die braunen Nilfluten gekippt. Man denkt an die Hilferufe „Hunger in Afrika", an Rock-Konzerte zur Mobilisierung der Herzen und Gelder für die Hungernden, an Millionen und Abermillionen gesammelter Spendengelder. Wofür?

Die ägyptische Realität ist leider sehr trivial. Die Staatsbürokratie verhindert wie in anderen afrikanischen Ländern schnelle und vernünftige Lösungen. Transportraum stand nicht bereit, Abnehmer im In- und Ausland gab es offenbar nicht, oder sie wurden nicht alarmiert.

Da am Nil die Weizenbrotfladen von der Regierung subventioniert werden, da Amerika und die EG immer neue Mehl- und Weizenlieferungen zu billigen Krediten anbieten, wird getrocknetes Brot als billiges Hühnerfutter verwendet. Es herrscht ein Überfluß an Hühnerfleisch, aber der Eierpreis ist regierungsamtlich festgeschrieben.

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Viereinhalb Millionen Küken werden von der Staatswirtschaft ertränkt, aber Ägypten führt jährlich hundertunddreißig Millionen Küken ein. Billig und bezahlt mit westlichen Krediten, die Kairo regelrecht aufgedrängt werden. Dadurch kann der Staat seine 48 Millionen Menschen dank der subventionierten Lebensmittel in Höhe von rund vier Milliarden Dollar jährlich vor dem Hunger bewahren. Aber Ägyptens Auslandsschulden erreichten die beängstigende Höhe von dreißig Milliarden Dollar.

Was sind da viereinhalb Millionen Küken, mag die Staatswirtschaft da gedacht haben. Afrika wird überfüttert, und trotzdem sterben Millionen, lautet die Kritik an westlicher Hilfspolitik. Aus Kairo haben wir es nun gewissermaßen schriftlich: An Küken besteht am und im Nil kein Mangel.

Mit der Bitte um Prügel

Von Dankwart Guratzsch

Die „Gegengewichts"-Politik zu Bonn, die Holger Börner zum Katechismus seiner Zusammenarbeit mit den Grünen erhoben hat, führt zu einer bemerkenswerten Durchlöcherung des föderalistischen Prinzips. Ministerpräsident und Landesregierung treten de facto bestimmte Entscheidungen über ihr Land an die Bundesregierung ab – zumindest auf Zeit.

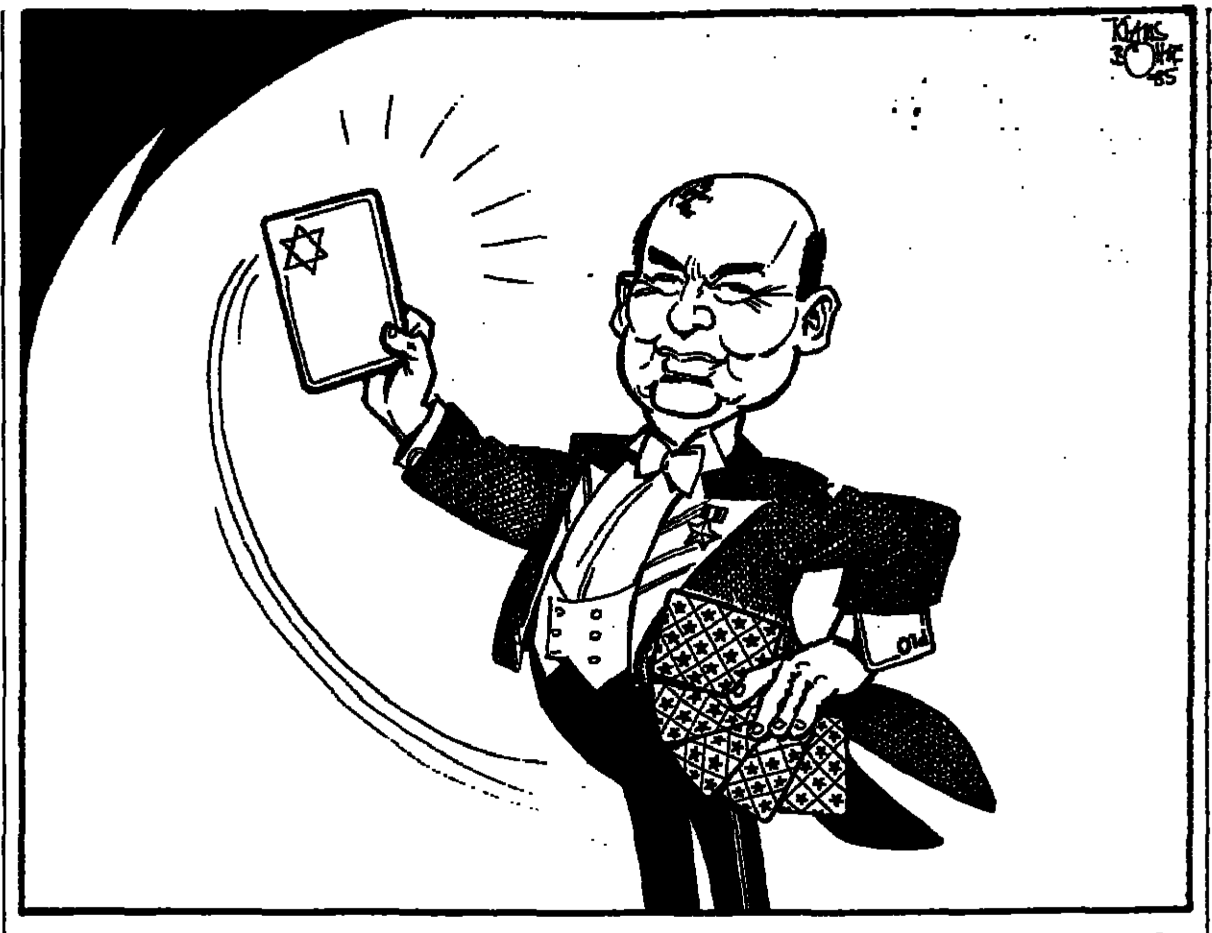
Und zwar, natürlich, solche, die als „brisant" gelten und in denen bundespolitische Zuständigkeiten und Eingriffsmöglichkeiten gegeben sind. Da soll die CDU-geführte Bundesregierung der hessischen SPD-Minderheitsregierung die Kohlen aus dem Feuer holen.

In der Presse werden die solcherart provozierten Eingriffe der Bundesregierung in die hessische Landespolitik häufig als Niederlagen des rot-grünen Bündnisses gewertet. Dabei wird übersehen, daß sie von Börner und seinen Ministern gewollt und regelrecht herbeimanövriert werden. Der dabei ausgelöste Wirbel hat Börner in Hessen bisher nicht geschadet, sondern seine Position gegenüber den Grünen eher gestärkt.

Demonstrationsfelder waren bisher die Diskussionen um ein Nachtflugverbot auf dem Frankfurter Flughafen, um Verkehrsprojekte, um Ausländerpolitik und zuletzt um den Betrieb der Hanauer Nuklearfirmen.

Gerade am jüngsten Beispiel wird die Kalkulation besonders deutlich: Entgegen seiner ursprünglichen Ankündigung, er werde die Teilstillegung der Firma RBU in Hanau sofort aufheben, wenn die Firmenleitung bestimmte Erläuterungen zu ihrem Genehmigungsantrag nachreiche, hatte Wirtschaftsminister Ulrich Steger Wochen nach Eintreffen dieser „Erläuterungen" die Entscheidung schließlich im Juni an Bundesinnenminister Zimmermann abgegeben. Nachdem Zimmermann jetzt gehandelt hat, ließ Steger fast genüßlich verkünden, er lege „Wert auf die Feststellung", daß damit der Bundesinnenminister auch die Verantwortung im Hinblick auf die anhängigen Rechtsverfahren übernommen habe.

Sehr klug. Der Bürger freilich mag sich am Ende fragen, wofür er sich eigentlich eine teure Landesregierung leistet, wenn diese die Verantwortung an den Bund abschiebt.



KLAUS BÖHLE

Gesten über Nahost

Von Herbert Kremp

Die Berichte und Gerüchte über das erwachte Interesse Moskaus an näheren Beziehungen zu Israel geraten unter die Walze der Dementis. Die rhetorischen Gesten, die auf beiden Seiten zu beobachten sind, enthalten keine Spur Verbindlichkeit. Der sowjetische Parteichef Gorbatschow, der die Außenpolitik seines Landes selbst in die Hand nehmen will, ist mit der personellen Auflösung der achtundzwanzigjährigen Ära Gromyko so angestrengt beschäftigt, daß er an die Einleitung neuer politischer Operationen im Nahen Osten noch gar nicht denken kann. Dort steht er (was er ja längst weiß) vor einem Zementberg. Seit die Sowjets *1967* mit den *Israelis* diplomatisch brachen, seit sie 1976 Ägypten verloren, verfügen sie in der Region nur über Störpotentiale. Sie unterstützen extremistische Staaten, Gruppen und Terroristen, halten auswanderungswillige Juden zurück und machen ihre Erfahrungen mit dem Syrer Assad, der durchaus nützlich, aber nicht botmäßig ist. Man kann sich denken, *daß Gorbatschow diesen Teil* seiner Erbschaft korrekturbedürftig findet.

Die Sowjets sind von den diplomatischen Prozessen, die im Nahen Osten ablaufen, praktisch ausgeschlossen. Sich dort einzufädeln stößt auf große Schwierigkeiten. König Hussein, der nicht die Stärke und Unabhängigkeit besitzt, der Politik Sadats folgend mit Israel *allein zu verhandeln oder gar* Frieden zu schließen, stößt mit seiner Idee, Moskau an einer großen Nahostkonferenz zu beteiligen und mithin als Garant in die Region zurückzuholen, auf den Widerstand der USA. Man weiß auch nicht genau, wie ernst es dem bedrängten Monarchen mit diesem Vorschlag eigentlich ist. Natürlich lehnen auch die Israelis eine sowjetische Beteiligung ab. Sie sind sich darüber im klaren, daß die breite Internationalisierung der Nahost-Frage auf ihre Kosten gehen würde. Die Sowjets könnten in diesem Fall aus der Sicht ihrer Interessen nur den Standpunkt jener Palästinenser vertreten, die einen eigenen souveränen Staat nahe am Lebensnerv des zionistischen Staates zu gründen entschlossen sind, um von dieser Bastion aus der nie aufgegebenen Vernichtungs-Politik gegen Jerusalem strategischen Halt zu verschaffen. In den Strudeln dieser Politik würde auch Jordanien versinken.

Da die Sowjets so gut wie keine Aussicht haben, auf diesem Wege *an den nahöstlichen* Tisch zurückzukehren, könnten sie es durchaus mit der bekannten Politik der Normalisierung versuchen, an deren Anfang die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jerusalem steht. Aber auch diese „Bewegung" bereitet Schwierigkeiten. Der Austausch von Botschaftern würde in den Staaten und Gruppen, auf die sich Moskau in der Region stützt, schäumende Diskussionen und wilde Reaktionen auslösen. Die Sowjetunion müßte riskieren, einen Teil ihrer Klientel zu verlieren, die nur unter dem Eindruck einer kontinuierlich israelfeindlichen Politik des Kreml zu verdrängen vermag, daß dieser selber einst zustimmend an der Wiege des Staates Israel gestanden hat. Aus diesem Grunde war in allen Berichten über die Aufnahme von Kontakten zwischen Moskau und Jerusalem von Konditionen die Rede, die in israelischen Konzessionen bestehen. Im Zusammenhang mit dem Botschaftergespräch *Sofer–Worontsow in Paris* tauchte die sowjetische Bedingung auf, die Golan-Höhen aufzugeben, was für die Sicherheit Israels unzumutbar wäre und deshalb undiskutabel ist.

Der Austausch rhetorischer Gesten, die in einer gewissen Häufung auftreten – nicht nur nachgeordnete Diplomaten, sondern auch Ministerpräsident Peres und sogar wieder der Altmeister Gromyko sind hervorgetreten –, kann jedoch auch auf dem Hintergrund der Spannungen zwischen Jerusalem und Washington gesehen werden. Die Amerikaner sind bis zum Punkt der Intervention bemüht, die Palästinenser in den nahöstlichen Verhandlungs-Prozeß einzubeziehen, wobei sie im Geleit der Jordanier und Ägypter an Israel vorbeioperieren. In Jerusalem hat sich der Eindruck verbreitet, vom ungeduldigen Aktionismus Washingtons ausgeschlossen zu sein und schon auf dem Wege von „Vorgesprächen" mit Ergebnissen konfrontiert zu werden, die vitale Interessen Israels berühren. Im Mittelpunkt steht König Hussein, der es im Frühjahr in Washington tatsächlich fertiggebracht hatte, den Präsidenten für seine Verhandlungslinie zu gewinnen, die den Einschluß „unabhängiger" Palästinenser in den diplomatischen Prozeß vorsieht. Aber welcher Palästinenser ist tatsächlich unabhängig, und wie lange würde er das überleben? Hier ist jeder Zweifel erlaubt, auch wenn er am Potomac Gefühle des Mißmuts hervorruft.



Als Preis genannt: Golan-Gebiet FOTO: AP

Die Israelis wissen, wovon *sie* reden, wenn sie an den Aktivitäten der Amerikaner laut Kritik üben, wie jetzt im Falle der Liste „unabhängiger" Palästinenser. Die Sowjetunion folgt der hitzigen Diskussion mit großer Aufmerksamkeit, da sie darauf angewiesen ist, jeden Riß im amerikanisch-israelischen Konsens zur Stärkung ihres Einflusses im Nahen Osten zu nutzen. Den *Sowjets ist klar, daß* zwischen der israelischen Politik, mit Hussein in eigener Regie zu verhandeln, und dem Bemühen der Amerikaner, für Hussein eine arabische Konstruktion unter Einbeziehung der Palästinenser zu schaffen, ein gefährlicher Widerspruch besteht. Da sie an die nächste Nahost-Krise fest glauben (man glaubt oft an das, was man will), treten sie gegenüber Israel *mit Gesten* der Normalisierung auf. Sie hoffen damit die USA zu beeindrucken, die über die Weglosigkeit in Nahost beunruhigt sind. Sie bieten sich, kurz gesagt, mit Gesten an, um eines Tages wieder Zugang in die Region zu gewinnen. Das Signal gilt Washington. Es muß nicht immer in einer Drohung bestehen wie im Falle des Jom-Kippur-Krieges, als Moskau mit Atomwaffen rasselte. Der Sowjetunion steht auch das weniger monumentale Instrument der Diplomatie zur Verfügung, eine Idee, auf die Gorbatschow kommen könnnte.

IM GESPRÄCH Eleanor Smeal

Hier kocht der Gatte selbst

Von Fritz Wirth

„Politik machen und nicht Kaffee kochen." So war es auf einigen T-Shirts zu lesen, als der größte amerikanische Frauenverband, die „National Organization for Women" (NOW), sich am Wochenende in New Orleans zur Jahrestagung traf. Solange es sich nicht um kalten Kaffee handelt, müssen dieses Getränk und Politik sich nicht im Wege stehen.

Die Damen von New Orleans jedoch waren der Meinung, daß das, was in den *letzten zwei Jahren* in ihrer Organisation geschehen ist, kalter Kaffee gewesen sei. Da war nämlich versucht worden, mit guten alten Hausmitteln Politik zu machen, als da *sind*: Argumente, Gespräche, Verhandlungen vor und hinter den Kulissen.

„Das hat uns nicht einen Schritt weitergebracht und uns eher in Sackgassen geführt", befand die Mehrheit der weiblichen Funktionäre und wählte sich die 45jährige Eleanor Smeal zur neuen Präsidentin.

Ihre Wahl ist nicht nur ein Programm, sie ist ein Kampfruf, und Eleanor Smeal formulierte ihn wenige Minuten nach ihrer Wahl, die sie mit 839 gegen 703 Stimmen gewann: „Es ist Zeit, daß wir wieder zurück auf die Straße gehen. Wir kennen unsere Gegner, und wir kennen die Gefahr, die von ihnen ausgeht."

Damit beginnt eine neue Phase der Militanz unter den amerikanischen Feministinnen, die die bisherige Präsidentin Judy Goldsmith eigentlich überwinden wollte zugunsten größerer Glaubwürdigkeit. Judy Goldsmith sah im letzten Jahr diese Glaubwürdigkeit erreicht, als mit Frau Ferraro zum erstenmal eine Frau für das Amt des amerikanischen Vizepräsidenten kandidierte.

Der jetzige Führungswechsel und die Absicht, ihren politischen Kampf wieder auf die Straße zu tragen, sind offensichtlich eine späte Reaktion auf das Wahlergebnis vom letzten November, als mehr Frauen ihre Stimme Reagan gaben als jemals zuvor.

Es wird in Zukunft also wieder Sternmärsche der Feministinnen auf Washington geben. Der nächste ist für den kommenden März geplant. Hauptthema dieser Demonstrationen soll die Verteidigung des Rechts auf Schwangerschaftsunterbrechung



Mehr feministische Militanz: Eleanor Smeal FOTO: DPA

sein, und der Kampf gegen nahezu alles das, was die sogenannte „moralische Mehrheit" fordert. Die Debatte um die „abortion laws", die vor einem halben Jahr mit Bombenanschläger gegen Abtreibungskliniken ihren Höhepunkt erreichte, dürfte daher mit neuer Wucht entbrennen. Jerry Falwell, Gründer der „moralischen Mehrheit", hat bereits ein Urteil über seine künftige Gegnerin: „Eleanor Smeal ist eine schrille, kreischende, die Konfrontation suchende Person. Sie macht viel Lärm, ohne jedoch viel zu erreichen. Ich bin deshalb über ihre Wahl sehr glücklich."

Sie ist die Tochter italienischer Immigranten, kommt aus Pittsburgh und studierte politische Wissenschaften in Florida. Zur Feministin wurde sie, als sie während einer einjährigen Krankheit Zeit hatte, die Bücher der Suffragetten Susan Anthony und Elizabeth Stanton zu lesen.

Zwei Dinge fehlen ihr zur Stunde zum wirksamen Erfolg: Geld und Mitglieder. Die Kämpferinnen, die ihrer Organisation in den letzten Jahren abhanden gekommen sind, will sie vor allem an den amerikanischen Universitäten zurückgewinnen. Das Geld soll durch Sammlungen bei künftigen Sternmärschen hereingeholt werden.

Zum Kaffeekochen bleibt da in der Tat wenig Zeit. Für Eleanor Smeal selbst ist das kein Problem. Das Kochen besorgt in ihrem Hause ihr Mann.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung fragt nach Raus Zukunft:

Würde er sich heute erklären, seine Partei höbe ihn morgen mit Glanz und Gloria auf den Schild. Bei allem Respekt vor dem staatsbürgerlich bemäntelten Interesse mancher seiner politischen Freunde und Gegner stellt er sich in dieser Lage natürlich noch zwei weiterreichende Fragen. Eine davon lautet, welches taktische Verhalten dem Wahlziel der SPD am ehesten nutzt, die andere, für ihn persönlich noch wichtigere aber ist, welchen politischen Lebensweg er, der 54jährige, an dieser strategischen Wegmarke einschlagen möchte. Es ist ihm freigestellt, die Kandidatur abzulehnen, freilich hätte das Konsequenzen auch für die Frage der Nachfolge von Willy Brandt im Parteivorsitz.

POLITIKEN

Die Kopenhagener Zeitung meint zum Bombenanschlag in ihrer Stadt:

Diese Gruppen haben erklärt, daß keiner von Israels Freunden irgendwo auf der Welt sich sicher fühlen soll, solange deren moslemische Brüder im Gefängnis in Israel sitzen. Sie führen, wie der Name sagt, einen heiligen Krieg. Es ist sehr schwer, die Gedanken hinter diesen Aktionen, die gegen unschuldige Menschen gerichtet *sind, zu verstehen. Es ist* schwer faßbar, daß die Organisation Dschihad glaubt, sie könne ihr Ziel auf diese Art und Weise durchsetzen. Die Aktionen können nicht als Teil eines Krieges betrachtet werden. Sie sind Verbrechen, die man nur verurteilen kann. Wenn sie überhaupt etwas bewirken, so nur Fremdenhaß.

ПРАВДА

Die sowjetische Parteizeitung Prawda kommentiert die Lage in Südafrika:

In der Südafrikanischen Republik lodert die antirassistische Flamme. Das Regime der weißen Minderheit, das durch ein nie dagewesenes Ausmaß von Protestaktionen erschreckt ist, versucht die Apartheid mit totalen Polizeirepressalien zu verteidigen ... Für diese Verbrechen hat das Apartheid-Regime von der Regierung der Vereinigten Staaten faktisch eine Freikarte in der Form des sogenannten „konstruktiven Zusammenwirkens" bekommen.

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung bemerkt zum Schutz für die libysche Botschaft:

Seit Jahren plagen sich deutsche Sicherheitsorgane mit den von Libyens Diktator Khadhafi ausgesandten Terroristen herum. Und nun müssen sie seine offiziellen Repräsentanten in Bonn vor einem drohenden Bombenanschlag schützen. Seit vergangener Woche sind starke Polizeikräfte mit gepanzerten Fahrzeugen und schußbereiter Maschinenpistole vor dem „libyschen Volksbüro", wie die diplomatische Vertretung offiziell genannt wird, zusammengezogen ... Der Spieß wird also vielleicht einmal umgekehrt. In Bonn haben schon einige von Khadhafis Gegnern auf offener Straße ihr Leben lassen müssen.

Brokdorf und die richtige Resultante

Das Bundesverfassungsgericht zu Gewalt-Demonstrationen / Von Enno v. Loewenstern

Was der Landrat von Itzehoe 1981 entschied, was das Verwaltungsgericht in erster Instanz aufhob, was das Oberverwaltungsgericht wieder einsetzte: das war falsch. Die Bannmeile um die Baustelle Brokdorf gegen die Demonstration des 28. Februar 1981 hätte nicht so weit gezogen werden dürfen. Das befand der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts.

Nun ist jener 28. Februar 1981 berühmt geworden durch das Bild des wehrlosen Polizeibeamten im Wassergraben, auf den Demonstranten mit Knüppeln und Spaten einschlugen. Es sind damals Molotowcocktails geflogen, ein Polizeibeamter wurde von Flammen erfaßt, andere *trugen teilweise erhebliche* Verletzungen davon. Was folgt daraus für den demokratischen Rechtsstaat?

Daß der Landrat trotzdem Unrecht hatte. Er hätte die Demonstranten näher heranlassen müssen. Das Gericht hob das Urteil des Oberverwaltungsgerichts nicht nur aus einem (mittlerweile überholten) Formalgrund auf, sondern es nahm diese erste Entscheidung zum Artikel 8 des Grundgesetzes (Versammlungsfreiheit) wahr, um der Verwaltung strenge Ansprüche an die Prognose einer „Gefährdung" durch Demonstranten mitzugeben: das Recht auf Versammlung bleibe auch dann erhalten, wenn Ausschreitungen einzelner oder einer „Minderheit" zu befürchten seien.

Das leuchtet jedem insofern ein, als Versammlungen nicht wegen belangloser Randstörungen abgesagt werden sollten. Aber wenn die „Minderheit" ein gern geduldeter Schlägertrupp in Bataillonsstärke ist, was dann? Die sympathisierende Illustrierte „Stern" berichtete immerhin, daß es die Hamburger „Autonomen" waren, die die „Großdemonstration weitgehend organisierten". Und zwar zum Zweck „einer Abschlußkundgebung auf dem Bauplatz – nach Wegräumen von Zäunen und Stacheldraht". Anwesende hatten vermerkt, daß hinter den hunderten von Schlägern tausende von Zustimmenden lärmten.

Da ist in einer (für den Verfasser des Urteils) verräterischen Formulierung von den kollidierenden „Interessen" die Rede. Andere würden von Rechten sprechen. Denn der Schutz vor Gewalt ist keine Interessenfrage, er ist ein Rechtsanspruch unter dem alle anderen Verfassungsbestimmungen überragenden Grundrecht der Menschenwürde (Artikel 1 des Grundgesetzes).

Eine weitere Aussage des Urteils lautet: „Die ungehinderte Ausübung des Freiheitsrechts wirkt nicht nur dem Bewußtsein politischer Ohnmacht und gefährlichen Tendenzen zur Staatsverdrossenheit entgegen. Sie liegt letztlich auch deshalb im wohlverstandenen Gemeinwohlinteresse, weil sich im Kräfteparallelogramm der politischen Willensbildung im allgemeinen erst dann eine relativ richtige Resultante herausbilden kann, wenn alle Vektoren einigermaßen kräftig entwickelt sind."

Das soll, ins Deutsche übersetzt, wohl den naiven Glauben der frühen Aufklärer wiederspiegeln, daß die „richtige" Erkenntnis sich erst bilden kann, wenn alle Leute ihre Meinung heraustrompetet haben. Das Urteil ignoriert, daß nur ein ganz bestimmter Vektor sich auf den Straßen austobt. Die Mehrheit pflegt ihre Meinung an der Wahlurne zu äußern, wie es die Raison des Grundgesetzes ist. Daher nennt man sie auch die „schweigende" Mehrheit. Es wurde nicht näher erläutert, warum die Marschierer Ohnmachtgefühle bekommen müssen, wenn sie ihre Macht nicht durch Zertrampeln einer Landschaft demonstrieren dürfen, und wie un-verdrossen sie weitermachen, wenn sie durften.

Kurios sind noch zwei juristische Aspekte. Der Verwaltung wird bescheinigt, das Gesetz richtig, aber verfassungswidrig ausgelegt zu haben. Das Versammlungsgesetz läßt Auflagen oder Verbote zu, wenn Störungen der öffentlichen Ordnung zu befürchten sind. Nun soll die Verwaltung solche Störungen in Kauf nehmen, wenn sie von einer „Minderheit" ausgehen. So steht das nicht im Gesetz. Anstelle „verfassungskonformer Auslegung von Gesetzen" sollte man lieber das jeweilige Gesetz ändern, wenn man es für unbefriedigend hält. Sonst wird die Verwaltung verdrossen, weil *sie sich nicht* gern in unvorhersehbarer Weise deckeln läßt.

Und dann gibt es da eine merkwürdige Privilegierung von „Spontanversammlungen". Das sind in der neuen Karlsruher Deutung das Gegenstück zu angemeldeten Versammlungen, in Anlehnung an eine Trick-Ausrede der Beschwerdeführer dieses Verfahrens. Denn wer Versammlungen anmeldet, haftet unter Umständen auch strafrechtlich. Wenn aber aus der ganzen Bundesrepublik Leute zu einem bestimmten Punkt an einem bestimmten Tag zusammengerufen werden, was ist daran „spontan"?

Vielleicht erhalten wir nach der nächsten blutigen Affäre nähere Aufklärung. Vielleicht denkt das Bundesverfassungsgericht gar eines Tages darüber nach, daß Ohnmacht und Verdrossenheit nicht nur von Straßenlärmvektoren empfunden werden können, sondern auch von deren Opfern.

Dobrynin - ein diplomatischer Star wurde zur Institution

Noch ist es nicht amtlich, doch es wäre nicht überraschend: Anatolij Dobrynin soll nach 23 Jahren als Sowjet-Botschafter in Washington abgelöst werden. Nach Gromyko würde der zweite Eckpfeiler der Moskauer Diplomatie stürzen.

Von HEINZ BARTH

Er ist ein Meister im Ausnützen amerikanischer Schwächen – und wird gerade deshalb von den Amerikanern bewundert wie kein ausländischer Diplomat sonst. Zum Vergleich: Während der Rekordzeit von 23 Jahren, die Anatolij Fedorowitsch Dobrynin als Botschafter der Sowjetunion in Washington bisher verbrachte, hatten die Vereinigten Staaten ihre prominentesten diplomatischen Asse wie Averell Harriman, Charles Bohlen, Llewellyn Thompson und Malcolm Toon in Moskau eingesetzt – das Feinste vom Feinen, was sie zu bieten hatten. Doch keiner von ihnen durfte nur einen Augenblick davon träumen, im Kreml so viele offene Türen zu finden wie der Sowjet-Botschafter im Weißen Haus.

„Wir haben Dobrynin in Washington", pflegte Außenminister Gromyko, sein Boß und einer seiner Vorgänger auf dem Botschafterposten in Amerika, zu spotten. „Was können sich die Amerikaner noch Besseres wünschen?" Genau das ist die Frage, über die sich alle, die das Verhältnis der beiden Großmächte näher kennen, bisher nie klarzuwerden vermochten. Eine schlüssige Antwort wird es wohl nie geben. Aus sowjetischer Sicht war Dobrynin sicher eine ideale Besetzung, um die Beziehungen zu den USA je nach Stimmung und Bedarf des Kreml auf einer breiten Tonskala zwischen Dur und Moll zu orchestrieren – darüber ist jede Diskussion längst verstummt. Immerhin brachte er das diplomatische Virtuosenstück fertig, mit Henry Kissinger, den er in seinem russischen Akzent, für den es kein „H" gibt, „Khenry" nannte, während acht entscheidender Jahre weltpolitisch Händchen zu halten.

Kissinger beteuert zwar, er habe keinen Augenblick vergessen, daß dieser geschmeidige, verbindliche, aber auch imposante Botschafter Mitglied des Zentralkomitees der sowjetischen KP sei. Es mag schon sein, daß in das intellektuelle Vergnügen, das sich die beiden superbegabten Herren bei ihren diplomatischen Dauergefechten bereiteten, ein kleines Stück Rückversicherung für den Frieden einfloß. Wahr ist aber auch, daß Kissinger durch diesen ausgedehnten Flirt die Position der US-Botschafter in Moskau und damit das Ansehen der amerikanischen Diplomatie untergrub, ohne dabei die geringsten moralischen Hemmungen zu verspüren.

Hintergrund war der Machtkampf, den er als Sicherheitsberater Nixons dem Nixon-Freund und Außenminister Rodgers aufzwang. Was damals zwischen Washington und Moskau am besten funktionierte, war nicht das überbewertete „rote Telefon", sondern der berühmte „back channel", den Kissinger, nie an Selbstunterschätzung leidend, für seine größte Erfindung hielt.

In seinen Memoiren liest sich die Geschichte des verdeckten Kanals so: „Wir (er und Dobrynin, d. Red.) kamen überein, zunächst die grundsätzlichen Ziele unserer Regierungen zu klären und – sobald sich Aussichten auf Erfolg abzeichneten – die Probleme in die normalen diplomatischen Kanäle zu leiten. Wenn es Schwierigkeiten gab, konnten wir immer wieder auf den ‚back channel' zurückschalten."

Ein Verfahren, das für Amerikas auswärtigen Dienst, an dem die meisten der Kontakte vorbeigesteuert wurden, nicht schmeichelhaft war. Außerdem hatte das Arrangement eine bedenkliche Schlagseite. Während Kissinger für das Weiße Haus sprach, konnte sich Dobrynin immer darauf berufen, daß seine Absprachen nicht die Zustimmung des Politbüros gefunden hatten. Wenn die Dinge eine unerwünschte Wendung nahmen oder die Sowjets Druck auszuüben beabsichtigten, so beklagte sich Kissinger später, war der Sowjet-Botschafter jedesmal rechtzeitig verreist.



Von Kennedy bis Reagan: Seit 25 Jahren ist Anatolij Dobrynin Moskaus Botschafter...



... in Washington. Sechs Präsidenten erlebte er hier. Ist Reagan der letzte?

FOTOS: UPI/AP

Ungerechtfertigt war der Respekt vor Dobrynin in Washington auf keinen Fall. Er ist eine Ausnahmeerscheinung unter den Sowjet-Diplomaten, in der Regel sture und gesinnungstüchtige Dogmatiker, die keine eigene Meinung riskieren und berichten, was die Zentrale hören will.

Was Dobrynin weit über andere Experten hinaushob, war ein subtiles Einfühlungsvermögen in die amerikanische Psyche, das er sich als junger Gesandter während der fünfziger Jahre in Washington und später als Vize-Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York angeeignet hatte. Nachdem er 1962 als Chef in die nachgedunkelte, mit Fernsehspionen gespickte Gründerzeit-Villa der Sowjet-Botschaft an Washingtons 16. Straße eingezogen war, lernten die Amerikaner einen Vertreter Moskaus kennen, der sie durch seine Urbanität verblüffte.

Hochgewachsen, ein diplomatisches Schwergewicht auf den ersten Blick, spöttelnde, nicht unfreundliche Augen hinter schweren Brillengläsern, eine konservative Fassade – so wirkte er vertrauenerweckend wie ein Top-Manager des Kapitalismus. Umgänglich bis herzlich gegenüber Untergebenen, selbstsicher auch gegenüber den Mächtigen im Kreml, schien er wie dafür geschaffen, antisowjetische Vorurteile abzubauen. Es wäre ungenau, ihn einen als Weltmann verkleideten Kommunisten zu nennen. Sein verhaltenes Auftreten und seine Verachtung für Wutanfälle nach Chruschtschows Art waren echt. Undenkbar, er könnte je die Versuchung gespürt haben, mit dem Schuh auf ein UNO-Pult zu hämmern.

Henry Kissinger war nicht der einzige, der sich von seinem Charme angezogen fühlte. Doch einer der amerikanischen Journalisten, die Kontakt mit ihm pflegten, bekam heraus, wo er ideologisch einzuordnen war. Man durfte vermuten, daß er weder als prowestlicher Liberaler noch als starrer Reaktionär der Nomenklatura erscheinen wollte. Natürlich war auch sein Spielraum weltanschaulich eingeengt. In einer bestimmten Phase der Entspannung, die sich überlebt hat, spielte er atmosphärisch eine beträchtliche, aber in der Praxis kaum maßgebende Rolle. Kissinger sah in seinem Gespür für amerikanische Reaktionen einen bedeutenden Wert, weil er schwerwiegende Fehlkalkulationen des Kreml ausschloß.

Doch so weit reichte Dobrynins Einfluß auf die Sowjetführung selten. Er ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß auch Botschafter des Jet-Zeitalters, selbst wenn sie auf einem so starren Apparat wie der Sowjetunion festgeschnallt sind, nicht unbedingt zu Briefträgern der Mächtigen abzusinken brauchen. Die Amerikaner, die ihn wohl überschätzt haben, verstanden nicht, daß seine Bewegungsfreiheit als Unterhändler beschränkt blieb.

Hat er mehr Spielraum begehrt? Wenn ja, verbarg er es sorgfältig, vermutlich weil er sicher sein durfte, eines Tages die Nachfolge des um zehn Jahre älteren Gromyko antreten zu können. Ein Mann von seiner Überlegenheit und Geschliffenheit des Stils mußte viele Neider unter den Apparatschiks des Außenministeriums und des Zentralkomitees der Partei haben. Viele verdächtigten ihn als prowestlich und zu „amerikanisiert". Ohne in einen militanten Antiamerikanismus zu verfallen, wußte er jedoch genau, wo seine politische Heimat lag – und versäumte keine Gelegenheit, es zu zeigen.

Die Dinge scheinen für ihn, obwohl erst 65jährig, mit dem Generationenwechsel im Kreml eine unerwartete Wende genommen zu haben. Noch hat Moskau den Botschafterwechsel am Potomac nicht offiziell bestätigt. Und es ist merkwürdig, daß diese Nachricht durch eine unter Diplomaten höchst ungewöhnliche Indiskretion an die Öffentlichkeit kam. Juliy Woronzow, sowjetischer Botschafter in Paris und viele Jahre die rechte Hand Dobrynins in Washington, erzählte seinem israelischen Kollegen, daß er demnächst die Nachfolge seines früheren Chefs in den USA antreten werde. Dabei weiß jeder diplomatische Novize – und erfahrene Missionschefs erst recht –, daß es nur eine unfehlbare Methode gibt, um die Ernennung eines Botschafters zu verhindern. Man braucht sie bloß an die Öffentlichkeit zu bringen, bevor die betreffende Regierung ihr Agrément erteilt hat.

Das wirft die Frage auf, ob in der Sowjetdiplomatie oder gar in der alten Kremlgarde Kräfte aufgestanden sind, die eine Rebellion gegen die Übernahme der Außenpolitik durch Michail Gorbatschow planen. Woronzow gilt in Washington als wohlgelittener, ja geradezu beliebter Diplomat, der an Verständnis für die amerikanische Denkweise Dobrynin kaum nachsteht. An seiner Person kann es demnach nicht liegen. So ist die Vermutung nicht ganz auszuschließen, er könnte aus Loyalität gegenüber dem *Mann, den er als seinen diplomatischen* Ziehvater betrachtet, seine eigene Ernennung torpediert haben.

Immerhin war die Absetzung Gromykos als Außenminister und seine Entfernung auf den einflußlosen Posten des Staatsoberhauptes ein Ereignis, das wie ein Sturm durch die Nomenklatura gebraust sein muß. Wurde der Sturm zum Orkan, weil ein außenpolitisch unerfahrener Georgier den Posten erhielt, der eigentlich Dobrynin gebührte?

Die Datenbank – für viele noch die große Unbekannte

Datenbanken können viel Zeit und Geld sparen helfen. Dies hat man vor allem in den USA gemerkt. Hierzulande ist die Ausnutzung aber noch sehr gering, und die meisten kommerziellen Daten-Anbieter arbeiten noch mit Verlust.

Von KAREN SÖHLER

Hello from SDC/Orbit IV, erscheint auf dem Bildschirm. Die Worte signalisieren dem Prokuristen eines mittelständischen Maschinenbau-Unternehmens, daß die Verbindung mit der Datenbank in den USA hergestellt ist. Er füttert das Gerät, dem eine schreibmaschinenähnliche Tastatur angeschlossen ist, mit seinen Befehlen. Gesucht wird die Beschreibung einer Zahnradpumpe, die das Unternehmen entworfen hat. Der Prokurist will prüfen, ob eine andere Firma auf der Welt ein solches Modell bereits zum Patent angemeldet hat. Die Konstruktion müßte dann überarbeitet werden.

Das Unternehmen glückt: Die Datenbank in den Vereinigten Staaten, auf der alle Patente in diesem Bereich gespeichert sind, verneint die Frage prompt. Ohne die neue Technik hätte die Firma die Patentämter in 40 oder 50 Ländern anschreiben müssen. Das wäre wesentlich aufwendiger und zeitraubender gewesen. Die Firma ist eine von über tausend, die in der Bundesrepublik öffentlich angebotene Datenbanken nutzen.

Ein anderes Beispiel: Ein Chemiker in einem großen Konzern arbeitet an einer neuen Formel. Er stolpert über eine kleine Wissenslücke. Fachliteratur könnte helfen. Nur – wo soll er anfangen zu suchen? So wendet er sich an einen Kollegen, der die Sprache der Datenbank beherrscht. Der Bildschirm zeigt nach einigen Sekunden an, daß die Datenbank – auch diesmal in den USA – zu diesem Thema 14 322 Literaturhinweise anbietet. Das *Problem muß* also weiter eingekreist werden. Schließlich bleiben 27 ausgewählte Artikel übrig. Der Chemiker kennt jetzt die Titel der Aufsätze, in denen sein Problem erklärt wird, und weiß, in welchen Bibliotheken er sie finden kann.

Datenträger wie Schallplatten

Diese Art, Informationen zu beschaffen, erscheint einfach; doch dahinter steckt ein aufwendiges System. Die Grundlage bilden häufig Bücher, Artikel, Aufsätze aus Fachzeitschriften, Statistiken. Sie müssen erfaßt, ausgewertet, geordnet werden – als Nachschlagewerk, Register, in dem Literatur aufgelistet ist mit kurzer Inhaltsangabe, oder als Zahlenwerk. Dann müssen die gesammelten Daten maschinenlesbar gespeichert werden. Datenbasen entstehen auf Trägern, die Schallplatten oder Tonbändern ähnlich sehen.

Die nächste Schwierigkeit ist, das geballte Wissen dem Fragenden zugänglich zu machen. Die Vermittlung übernehmen Firmen, die über Anlagen verfügen, mit denen sie fast unvorstellbare Datenmassen speichern und weiterleiten können. Diese Vermittlungsunternehmen – in der Fachsprache Hosts genannt – übernehmen von verschiedenen Produzenten deren *Datenbanken. Die größten Hosts* in den USA bieten über 40 Millionen Zielinformationen an. Doch diese Summe weitet sich stetig aus. Darum kann ein Vermittlungsunternehmen schwer übersehen, welchen Umfang die technische Einrichtung, also Speicher und Rechner, beispielsweise in fünf Jahren haben muß. Da die Anlagen viele *Millionen Mark kosten*, mieten die Hosts sie von Herstellern wie Siemens oder IBM. Pro Jahr fallen bei einem der größten Hosts in der Bundesrepublik, dem Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information (Dimdi), neun Millionen Mark Miete an.

Rechner und Speicher, die wie Kühlschränke aussehen, sind jedoch nur das Gehäuse. Das Innenleben muß noch geschaffen werden. Dazu gehört, die Datenbasen logisch zu ordnen und so eine Datenbank zu schaffen. Sodann ist eine Sprache zu entwickeln, mit der die Informationen ebenso logisch abgefragt werden können. In die Entwicklung dieser Software hat Dimdi etwa zwei Millionen Mark investiert, insgesamt also mindestens elf Millionen Mark für die Grundausstattung aufgewandt.

Computersprache – von Grips bis Orbit

Die meisten großen Anbieter schaffen ihre eigene Computersprache. Sie heißen Grips, Mistral, Stairs, Messenger oder eben Orbit wie in unserem ersten Beispiel. Wer mit verschiedenen Hosts zusammenarbeiten will, muß die unterschiedlichen Sprachen beherrschen. Das Erlernen verlangt häufig viele Monate.

Die Datenbanken sind erstellt, die Übermittlung der Daten ist gewährleistet – es fehlt immer noch die Verbindung zwischen dem Host und dem Bildschirmgerät des Kunden. Die übernimmt die Bundespost. Über ihr Telefonnetz werden die Zeichen vom Kunden zum Host und zurück transportiert. Wichtig ist nur ein sogenannter Modulator Demulator (Modem). Er wandelt die Informationen bei beiden Teilnehmern so um, daß sie das Telefonnetz passieren können.

Das Datenübertragungsnetz der Bundespost ist aus Euronet hervorgegangen. Das war ein Pilotprojekt der EG. Der Anschluß an die Vereinigten Staaten, die schon seit Anfang der 70er Jahre über so ein Netz verfügen, sollte nicht verlorengehen. Nachdem die EG-Mitglieder auf nationaler Ebene Netze erschlossen haben, die über die Datenübertragungsmöglichkeiten der EG hinausgehen, gibt es Euronet nicht mehr. In der Bundesrepublik hat seit Ende 1984 das Datex-P-Netz der Bundespost die Funktion übernommen.

Alle Systeme sind genormt, so daß sie weltweit miteinander verbunden werden können. Der Benutzer bemerkt nicht, ob er eine Datenbank in Kalifornien oder eine in Köln befragt; denn auch die Kosten für den Anwender sind nahezu entfernungsunabhängig. Der Kunde, etwa das erwähnte Maschinenbau-Unternehmen oder der Chemiekonzern, zahlt wie beim Telefon eine monatliche Grundgebühr, die je nach Gerät zwischen 140 und 180 Mark liegt. Zusätzliche Kosten entstehen für die einzelne Anfrage, berechnet nach Nutzungsdauer und Informationsfülle. Bleibt die Frage, warum der Kunde den Anbieter nicht direkt anruft oder per Telex die *Verbindung herstellt. Normalerweise* kostet das aber mehr und dauert länger.

Ein neuer Weg zum Host steht ab Oktober zur Verfügung: Dann kann jeder Inhaber eines Bildschirmtext-(BTX)-Gerätes öffentlich angebotene Datenbanken nutzen. Es genügen ein für Btx geeigneter Fernsehapparat, eine Tastatur und ein *Post-Modem*. Nutzungsverträge müssen mit den Hosts abgeschlossen werden.

Möglicherweise weitet sich mit dieser Neuerung der deutsche Benutzerkreis aus; und auch die Zahl derer, die Datenbanken anbieten. Die Bundesrepublik hinkt gegenüber den Vereinigten Staaten kräftig hinterher. Von dem weltweiten Angebot – 2764 Datenbanken im Frühjahr dieses Jahres – hält Nordamerika (einschließlich Kanada) 74 Prozent, wie die Gesellschaft für Information und Dokumentation (GID), Frankfurt, ermittelte. Die Bundesrepublik hat 178 Datenbanken, also 6,4 Prozent, hergestellt, die von 23 deutschen Hosts angeboten werden. Ähnlich ist der britische Anteil; Frankreich und Japan liegen mit rund drei und knapp zwei Prozent darunter.

Die Zahl der deutschen Kunden läßt sich im Augenblick nur schätzen, weil aktuelle Zahlen fehlen. Sicher ist aber, daß ein erhofftes Kundenpotential von 50 000 bis Ende dieses Jahrzehnts bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Bisher sind nicht einmal fünf Prozent dieser Zahl erreicht. In den USA hingegen arbeiten bereits über 500 000 Unternehmen, Forschungsinstitute und Universitäten regelmäßig mit Datenbanken zusammen.

Kleinere Unternehmen halten sich zurück

Die Schwierigkeit in der Bundesrepublik ist bislang, daß nur die großen Unternehmen kommerzielle Datenbanken benutzen. Die vielen mittelständischen und kleinen Unternehmen sind von dem Vorzug dieser neuen Technik *häufig nicht* überzeugt. Sie meinen, daß die Fachzeitschriften, Bibliotheken und andere öffentliche Einrichtungen ausreichende Dienste leisten. Ein Sprecher der GID ergänzt, das Angebot auf dem deutschen Datenbanken-Markt sei noch zu schwach. So fehlten beispielsweise speziell auf die Bundesrepublik ausgerichtete Wirtschaftsdatenbanken, obwohl diesen weltweit die größte Bedeutung beigemessen wird. Von den drei wichtigsten Hosts in der Bundesrepublik hat sich keins auf wirtschaftliche Daten spezialisiert.

Die drei Großen – FIZ-Technik in Frankfurt, Inka in Karlsruhe und Dimdi in Köln – werden alle von Bund und Land finanziert. Dimdi rechnet vor, daß es für sie auch noch keine andere Möglichkeit gibt: Den Kosten von rund elf Millionen Mark standen im vergangenen Jahr Einnahmen von etwa 4,5 Millionen Mark gegenüber. Da in diesem Fall das öffentliche Gesundheitswesen sehr von dieser Einrichtung profitiert, meint *Dimdi, daß die Einrichtung* dennoch zu rechtfertigen sei. Außerdem steht im Hintergrund immer die Hoffnung, daß die Zahl der Nutzer steigen wird.

Mit diesem Argument verteidigte die Bundesregierung schon vor zwei Jahren vor dem Bundesrechnungshof die Mittel, die sie in die Fachinformationspolitik steckt. 1974 bis 1984 *waren es 1,7 Milliarden Mark; bis 1988* sind weitere 940 Millionen vorgesehen.

Heseltine über SDI-Kooperation zuversichtlich

FRITZ WIRTH, Washington

Drei Stunden lang sprach der britische Verteidigungsminister Michael Heseltine mit seinem amerikanischen Amtskollegen Weinberger über die von den Amerikanern geplante Raketen-Weltraumverteidigung (SDI).

Heseltine nannte die Gespräche „hilfreich", gab aber keine Einzelheiten bekannt. Informierte Beobachter deuten jedoch an, daß es noch eine Reihe ungeklärter Fragen gebe, ein maßgebender Beamter des Pentagon versicherte jedoch, daß keine ernsthaften Hürden für eine britische SDI-Beteiligung zu überwinden seien.

London geht es wie Bonn darum, mit der amerikanischen Regierung eine Form der Partnerschaft auszuhandeln, die die Teilnahme der britischen Industrie regelt und diese Kooperation zu einer Zweibahnstraße macht, von der beide Seiten profitieren.

Initiativen koordiniert

„Wir können zu diesem Projekt einen bedeutenden Beitrag leisten", sagte Heseltine in einer Pressekonferenz in der britischen Botschaft in Washington. „Ich glaube deshalb nicht, daß die Amerikaner uns bei diesem Projekt in der Rolle eines Subkontraktors sehen." Diese Feststellung war eine indirekte Antwort an den französischen Präsidenten Mitterrand, der mit dieser Begründung beim Gipfeltreffen in Bonn das französische Nein zur SDI begründete.

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher gab schon Ende 1984 bei einem Gespräch mit Präsident Reagan in Camp David ein klares Ja zur SDI-Forschung, solange sie nicht die ABM-Verträge verletze.

Seither ist das SDI-Projekt in London stärker als beispielsweise in Bonn im Verteidigungsministerium verankert, wo der „Zentrale Verteidigungsstab" unter Leitung von Richard Norman seit Januar alle Informationen, Initiativen und Reaktionen zu diesem Projekt koordiniert.

Insgesamt ist die Einstellung der Briten zur Teilhabe an den technischen Errungenschaften von SDI bestimmter und gelassener als die vieler anderer europäischer Partner. Das im Frühjahr von Weinberger ausgesprochene zeitliche Ultimatum über eine Teilnahme an SDI wurde in London ignoriert.

Kontakt mit Firmen

Die amerikanische Regierung hat durch ihren SDI-Direktor General Abrahamson zwar einige Kontakte mit britischen Firmen aufgenommen, irgendwelche schriftliche Verträge über eine Zusammenarbeit mit bestimmten Firmen existieren jedoch noch nicht.

Die britische Regierung stellt es grundsätzlich jeder Firma frei, derartige Verträge zu unterzeichnen, sie zieht es jedoch vor, diese Abkommen unter einer gewissen Kontrolle zu haben, um zu verhindern, daß die SDI-Zusammenarbeit zu einem einseitigen Technologie-Export in die USA wird. Die Briten reagieren skeptisch auf Gerüchte, nach denen die USA bereits einige SDI-Abkommen mit französischen Firmen abgeschlossen haben.

Der zentrale Verteidigungsstab hat durch Richard Norman bisher Kontakte mit 20 britischen Firmen aufgenommen, die für eine Mitarbeit in Frage kommen. Diese Kontakte befinden sich aber immer noch eher im Stadium der Beratungen und Informierung als der Vertragsschließungen. Ebenso waren die gestrigen Gespräche zwischen Weinberger und Heseltine noch weit von einem beschlußfassenden Stadium entfernt.

„SPD-Taktik der Diffamierung"

gba. Bonn

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, hat der SPD in einer Dokumentation über die Oppositions-Taktik „persönliche Diffamierung, psychologische Beeinflussung, Emotionen und Vorurteile" vorgeworfen. Als Beispiel nennt er die SPD-Angriffe auf CDU-Generalsekretär Geißler. Zitiert wird neben den Worten Brandts und Epplers, Geißler sei „seit Goebbels der schlimmste Hetzer in diesem Land" und der „perfideste Politiker dieser Republik", der nordrhein-westfälische SPD-Geschäftsführer Hombach. Der Mitarbeiter des potentiellen Kanzlerkandidaten Rau schrieb, die SPD werde gegen Geißler „ähnlich mobil machen" wie 1980 gegen den Kanzlerkandidaten Strauß. Habe der CSU-Vorsitzende damals den „notwendigen Mobilisierungsschub" in der SPD gebracht, so sei „absehbar, daß 1985 Heiner Geißler dies leisten kann". Weitere Schwerpunkte der Dokumentation sind die Kritik der SPD an Beschäftigungsförderungsmaßnahmen (Anke Fuchs: „Grausamkeiten gegen Arbeitnehmer") und die Einvernahme des DGB als „parteipolitische Kampftruppe".

Kieler Modell im Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Kirche, Gewerkschaften und Parteien ziehen an einem Strang

GEORG BAUER, Kiel

Der Lübecker Bischof Ulrich Wilckens hat den Modellcharakter der gemeinsamen Initiative führender Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen aus Schleswig-Holstein zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betont. In einem Gespräch mit der WELT sagte Wilckens, politisch-moralisches Ziel sei es, einen analogen Zusammenschluß auf Bundesebene anzuregen. In seiner Stellungnahme zu einem entsprechenden Papier, das die Gruppe kürzlich in Kiel verabschiedet hatte, erinnerte er die Mitinitiatoren an ihre Zusage, sich in ihren politischen und wirtschaftlichen Gremien für die Notwendigkeit der Solidarität zur Lösung des bedrückenden Problems einzusetzen. „Was wir wollen, ist das sich ernsthafte Zusammensetzen mit der Absicht, etwas zustande zu bringen," so der Geistliche. Dies sei um so mehr geboten, da die Gruppe das Problem innenpolitisch für weitaus gefährlicher achte, als es die Öffentlichkeit tue.

In ihrem Thesenkatalog hatten die Unterzeichner festgehalten, daß die zur Zeit günstige Konjunkturentwicklung allein keine grundlegende Änderung auf dem Arbeitsmarkt bewirke. Eine größere Bereitschaft zu einem Ausgleich zwischen denen, die über Arbeit und Kapital verfügten und den Arbeitslosen, sei daher notwendig.

Den Aufruf hatten der Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Unternehmerverbandes, Klaus Murmann, der Vorsitzende des Landesbezirks Nordmark des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Jan Sierks, der Landesverbandleiter der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Peter David, der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Günter Flessner, der Oppositionsführer im Kieler Landtag, Björn Engholm und Wilckens unterzeichnet.

Kein Naturereignis

In dem Kompromißpapier wird ausgedrückt, daß die Massenarbeitslosigkeit kein Naturereignis jenseits menschlicher Verantwortlichkeiten sei. Gesamtgesellschaftlich verursacht, müsse sie auch von der „Gesellschaft als ganzes verantwortet" werden. Ihre Bekämpfung sei eine wirtschaftliche, politische und ethische Aufgabe von höchstem Rang.

Nach Meinung des Sechserkreises ist die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland reich und vital genug, um das Arbeitslosenproblem, auch in der vorhandenen Größenordnung, lösen zu können, da ihre ordnungspolitischen Möglichkeiten genügend Wege für wirtschafts- und sozialpolitische Schritte eröffneten. Der sozialen Marktwirtschaft biete sich die Chance zu neuer Bewährung.

„Stimmiges Ensemble"

Das Haupthindernis zur Lösung des Problems wird klar angesprochen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, jenseits gewohnter Rollenmuster und Interessenbindungen zu gemeinsamen Nachdenken und Handeln zu kommen. Als weiterer „Conditio sine qua non" wird die Bereitschaft gefordert, wirksame Entscheidungen gemeinsam zu tragen.

Als Lösung wird ein Konzept vorgeschlagen, das „mehrere, zugleich begehbare Wege miteinander" verbindet. Im einzelnen wird bei der Steuergesetzgebung eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommensgruppen gefordert, um die Nachfragekraft zu stärken. Ferner soll die Unternehmensbesteuerung stärker verwendungsorientiert gestaltet sein und das Ziel verfolgen, arbeitschaffenden Kapitaleinsatz zu favorisieren. Startrisiken bei Unternehmensgründungen sollten begrenzt werden durch das Einführen einer zeitlich befristeten steuerfreien Investitionsrücklage.

Der Maßnahmenkatalog, den Wilckens als „stimmiges Ensemble" bezeichnete, sieht außerdem staatliche Wachstumsanschlüsse vor, um gezielt neue Marktfelder zu erschließen und qualitatives Wachstum zu fördern. In diesem Zusammenhang werden arbeitschaffende Investitionen im Umweltschutz, bei der Energieeinsparung und der Wiederverwendungsindustrie erwähnt.

Ausdrücklich heißt es in dem Papier, daß es im gemeinsamen Interesse von Arbeitnehmern und Unternehmern liege, die Arbeitskosten zu senken und die netto verfügbaren Realeinkommen zu sichern. Um die Brutto-Netto-Spanne zu verengen, müßten die lohnbegleitenden Kosten gesenkt werden. Ferner soll die Arbeitszeitgestaltung verstärkt zu einem Instrument der Beschäftigungspolitik gemacht werden, wobei alle Formen der Arbeitszeitverkürzung „reversibel ausgestaltet" werden sollten.

Strauß für Europäische Verteidigungsinitiative

Ergänzung zu SDI / Staatliches Rahmenabkommen nötig

DW. Bonn

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat sich für ein staatliches Rahmenabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA über die Beteiligung an der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) Präsident Reagans ausgesprochen. Ein solches Abkommen biete die Gewähr für die Berücksichtigung der Interessen der deutschen Industrie dort, wo sie überlegene Ergebnisse und Leistungen vorweise. „Das können deutsche Firmen ohne staatliche Hilfe nicht durchsetzen", sagte der CSU-Chef gegenüber der „Bild"-Zeitung. Mit einem Rahmenabkommen könne ein „freier und ungehinderter Austausch von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen erreicht werden", fügte Strauß hinzu.

Nachdrücklich sprach sich der CSU-Politiker für die Ergänzung der deutschen Beteiligung an SDI durch eine „Europäische Verteidigungsinitiative" (EVI) aus. Sie solle die Möglichkeiten erforschen, Mittel- und Kurzstreckenraketen sowie Flugzeuge unschädlich zu machen. Außerdem solle sie die Vernichtung von Panzern, gepanzerter Artillerie und gepanzerter Infanterie auf große Entfernung ohne den Einsatz von Atomwaffen ermöglichen.

Die Durchführung des SDI-Forschungsprogramms begründete Strauß mit der Notwendigkeit, „eine wirkliche Alternative zur Strategie der nuklearen Abschreckung" zu entwickeln. Einseitige westliche Abrüstungen bedeuteten Kapitulation und Unterwerfung unter die kommunistische Herrschaft. Weil ein grundsätzlicher Wandel der sowjetischen Haltung auf absehbare Zeit nicht erwartet werden könne, bleibe SDI „die einzig realistische Chance".

Skeptisch äußerte sich der CSU-Vorsitzende zu überhöhten Hoffnungen im Hinblick auf das Treffen zwischen KPdSU-Chef Gorbatschow und Reagan. Strauß: „Davon kann sicher kein neuer Ost-West-Frühling erwartet werden."

Bischöfe befürworten Klage gegen den Paragraphen 218

Saier: Notlagenindikation hat sich zu Fristenregelung entwickelt

DW. Bonn

Politiker und die gesamte Öffentlichkeit sollten sich für einen wirksameren Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens einsetzen. Diese Forderung erhob der Erzbischof von Freiburg und Vorsitzende der Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz, Oskar Saier.

In einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) erklärte er, die deutschen Bischöfe befürworteten auch einmütig eine Normenkontrollklage gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch die gesetzlichen Krankenkassen, wie sie das Bundesland Rheinland-Pfalz erwägt. Saier trat damit Berichten entgegen, wonach die katholischen Bischöfe sich in dieser Frage nicht einig seien. Er betonte, daß es an der Zeit und dringend geboten sei, eine inhaltliche Klärung dieser wichtigen verfassungsrechtlichen, aber auch ethischen, gesellschafts- und familienpolitischen Fragen herbeizuführen.

Der Bischof verwies darauf, daß eine politische Lösung zur Zeit offenbar nicht erreichbar sei und deshalb die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht die einzige realistische Alternative sei. „Die zwangsweise Heranziehung der Pflichtversicherten zur finanziellen Beteiligung an der Tötung von Kindern im Mutterleibe ist mit der freien Entfaltung der Persönlichkeit, mit der Menschenwürde und vor allem auch mit dem Grundrecht auf Gewissensfreiheit nicht vereinbar", erklärte Saier. Gleichzeitig führte er an, daß die gegenwärtige Praxis zu einem Verfall des Wertebewußtseins beitrage. Die Menschen dächten dabei nach dem Motto: Was der Staat fördert und sogar finanziert, kann doch kein Unrecht sein.

Als Grund für die strikte Haltung der Bischöfe führte Saier an, daß der Anteil der Abtreibungen auf Grund der sogenannten Notlagenindikation inzwischen auf mehr als 83 Prozent gestiegen sei. „Eine Notlage wird häufig schon dann als gegeben angesehen, wenn das ungeborene Kind unerwünscht ist oder nicht in den Lebensplan seiner Eltern paßt. Die Praxis hat sich weitgehend zu einer verfassungswidrigen Fristenregelung entwickelt."

‚Oskars' Vorschußlorbeer welkt

Von ULRICH REITZ

Hundert Tage sind in der politischen Zeitrechnung eine kurze Spanne. Lang genug jedoch, um die Vorschußlorbeeren, mit denen der „Hoffnungsträger" des Saarlandes, Oskar Lafontaine, nach dem 10. März sein Amt antrat, welken zu lassen. Revolutionäres ist nicht aus dem erstmals in seiner Geschichte rot regierten Land zu vermelden. Die strukturellen Probleme des Bundeslandes, die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote von 14 Prozent und das Haushaltsdefizit von mehr als sieben Milliarden Mark bei einem Haushaltsvolumen von knapp über vier Milliarden, haben den Sozialdemokraten und seine Mannschaft schon jetzt an die Grenzen des Machbaren stoßen lassen. Daß der „Enkel Brandts", anders als in vollmundigen Wahlkampfreden beteuert, nun kleine Brötchen backen muß, versucht er mit spektakulären, für die saarländische Bevölkerung aber nutzlosen Initiativen zu kaschieren.

Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Landesregierung kamen schon auf, als die mit einer Stimme Mehrheit regierende SPD das vor der Wahl angekündigte Programm zur Förderung der Bauwirtschaft mit einem vorgesehenen Volumen von 50 Millionen Mark stillschweigend wieder in der Schublade verschwinden ließ. Aber „Jetzt Oskar" hatte, allerdings etwas weniger laut, Kritik mit seinem Finanzierungsvorbehalt, der über sämtlichen versprochenen Projekten schwebte, vorgebeugt. Die Frage aber, welchen Sinn Versprechungen, die angesichts der miserablen Haushaltslage graue Theorie bleiben mußten, haben sollten, ließ der agile Sozialdemokrat unbeantwortet.

Nachdem sie sich bis knapp drei Monate nach der Regierungsübernahme bedeckt gehalten hatte, trat die Regierung mit einem Paukenschlag ans Licht der Öffentlichkeit. Lafontaine drohte der Bundesregierung in einem offenen Brief an den Bundeskanzler mit dem Konkurs des saarländischen Sorgenkindes Arbed, falls Bonn sich nicht an den Liquiditätshilfen für das gebeutelte Unternehmen beteilige. Lafontaine zog diesen vermeintlichen Trumpf aus dem Ärmel, nachdem er vor der Wahl versucht hatte, durch die Androhung der Verstaatlichung Saarstahls Druck auf Bonn auszuüben. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann widerstand dem Erpressungsversuch.

Was hat sich an der Saar seit dem 10. März geändert? Um Hilfen für das Unternehmen, das in so hohem Ausmaß die Geschicke des kleinen Bundeslandes bestimmt, war auch Lafontaines Amtsvorgänger Werner Zeyer in Bonn vorstellig geworden.



Aber er tat es im Stillen. Lafontaine wählte den Weg in die Öffentlichkeit – zum einen – und gab zum anderen die Haltung des bescheidenen Bittstellers auf. Das Klima zwischen Bonn und Saarbrücken wurde rauher.

Zweifel an ihrer rechtsstaatlichen Integrität ließ die Landesregierung nicht nur mit der Aufhebung des Extremistenbeschlusses aufkommen, sondern auch mit der Weigerung, die Immunität des ehemaligen BBU-Sprechers und jetzigen Umweltministers Jo Leinen aufzuheben. Ein einmaliger Vorgang von Mißbrauch der Parlamentsmehrheit. Skurril mutet auch die Begründung der Entscheidung an, in den Gemeinden friedenspolitische Initiativen, wie die Erklärung zu atomwaffenfreien Zonen, zuzulassen. Das Land sei eben in Fragen der Verteidigungspolitik nicht zuständig, könne mithin den Kommunen auch nicht in ihre Entscheidungen hereinreden, meinte Innenminister Läpple. Er vergaß dabei, daß es die Aufgabe der Landesregierung ist, darüber zu wachen, daß die Gemeinden ihre Kompetenzen nicht überschreiten.

Die definitive Entscheidung hingegen, vor dem Bundesverfassungsgericht auf eine Verbesserung der finanziellen Lage des Saarlandes durch eine höhere Zuweisung aus dem Finanzausgleich zu klagen – dies sah ein Kabinettsbeschluß vor – ist wieder offen, wissen informierte Kreise aus der Landeshauptstadt.

Akzente will die Landesregierung in der Umweltpolitik setzen. So verbuchte der Ministerpräsident in seiner Bilanz der ersten 100 Tage den Fortschritt bei der Rauchgasentgiftung der saarländischen Kohlekraftwerke auf sein Konto – zu Unrecht. Dieses Projekt wurde bereits von der Vorgängerregierung eingeleitet.

Negative Auswirkungen auf die ohnehin angespannte Arbeitsmarktlage sind aufgrund der Weigerung der Landesregierung, den Ausbau der Saar vertragsgemäß fortzusetzen, zu erwarten. Lafontaine riskiert den Ausstieg von Rheinland-Pfalz und des Bundes aus dem Projekt. Dies beträfe vor allem die Bauwirtschaft, die sich an den Aufschwung ohnehin noch nicht ankoppeln konnte. Ob die konjunkturbelebende Ansiedlung von Industrieunternehmen im Saarland durch die Ankündigung Leinens, nur umweltverträgliche Investitionen zuzulassen, gefördert wird, kann bezweifelt werden.

Nach 100 Tagen zeichnet sich im Saarland ein ideologisch befrachteter Wandel in der Innen- und Umweltpolitik ab. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik bleibt nur die bittere, bislang aber kaschierte Erkenntnis, kaum Spielraum zu haben. „Hoffnungsträger" – ein vorschnell verliehenes Prädikat?

KSZE-Feier wird zum Arbeitstreffen

Bilanz in Helsinki nach zehn Jahren / Schewardnadse ein gefragter Gesprächspartner

BERNT CONRAD, Bonn

In fünf Arbeitssitzungen werden die Außenminister aus 35 Staaten, einschließlich des Vatikans, in der nächsten Woche in Helsinki eine Bilanz aus zehn Jahren KSZE-Prozeß ziehen. Damit verwandelt sich die ursprünglich ins Auge gefaßte Feier zum zehnjährigen Jubiläum der Schlußakte von Helsinki praktisch in ein mehrtägiges Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Zum Abschluß ist eine Bekräftigung der KSZE-Prinzipien geplant, ohne daß die Form der Stellungnahme allerdings bisher fest steht.

Als interessantester Teilnehmer gilt unbestritten der neue sowjetische Außenminister Edward Schewardnadse, der in Helsinki zum erstenmal das Parkett einer internationalen Konferenz betritt. Hier kommt er auch zum erstenmal zu einem Gespräch mit seinem amerikanischen Amtskollegen George Shultz zusammen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher trifft den 57jährigen Georgier am Tage darauf.

Den Auftakt der Tagung bildet am Dienstag eine Rede des finnischen Außenministers Paavo Väyrynnen. Nachmittags folgt unter Vorsitz des amerikanischen Außenministers die erste Arbeitssitzung, in der gleich die beiden Hauptkontrahenten Schewardnadse und Shultz auf der Rednerliste stehen.

Am Mittwoch sind zwei weitere Arbeitssitzungen unter sowjetischem und rumänischem Vorsitz geplant. Am Donnerstag leitet Genscher die Vormittagssitzung; und unter seinem eigenen Vorsitz wird er auch das Rednerpult erklimmen. Der abschließenden fünften Arbeitssitzung präsidiert Jugoslawien.

Die Beiträge der NATO-Partner werden eine Mischung aus grundsätzlicher Bejahung des KSZE-Prozesses und scharfer Kritik an östlichen Verletzungen der Schlußakte, besonders im Bereich der Menschenrechte, darstellen. Den positiven Aspekt hatte Genscher kürzlich im Bundestag mit den Worten umrissen: „Der KSZE-Prozeß stellt Rahmen und Motor für die kontinuierliche Fortsetzung des West-Ost-Dialogs dar."

Wie oft dieser Motor aber in den letzten zehn Jahren ausgefallen oder ins Stocken geraten ist, hat jüngst erst das KSZE-Expertentreffen für Menschenrechte in Ottawa bewiesen. Die westlichen Teilnehmer haben dort konkret dargelegt, in wieviel Fällen die Sowjetunion und ihre Verbündeten gegen die Schlußakte von Helsinki verstoßen haben: Die Anklageliste reicht von der fortdauernden Invasion Afghanistans über die Mißhandlung von Bürgerrechtlern bis zur Unterdrückung von Minderheiten und der Vorenthaltung von Freizügigkeit und Informationen.

Zu dieser Bilanz gehört allerdings auch, daß die Menschen in Osteuropa bei ihrem Verlangen nach mehr Rechten und der Westen bei seiner Kritik an deren höchst unzureichender Gewährung im Osten durch die KSZE-Schlußakte einen international akzeptierten Bezugspunkt erhalten haben. Er wird es den Rednern aus Westeuropa, Kanada und den USA auch in Helsinki wieder ermöglichen, die Sowjets nachdrücklich zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen aufzufordern.

Wie schon die propagandistischen Ouvertüren in den Moskauer Medien erkennen lassen, wird Außenminister Schewardnadse die westliche Kritik in Helsinki mit dem Vorwurf kontern, „bestimmte Kreise der NATO, vor allem die USA und die Bundesrepublik", stellten die territorialen Realitäten in Europa in Frage und verletzten damit eine der wichtigsten Bestimmungen der Schlußakte. Gemeint ist die Bestimmung über die Unverletzlichkeit der Grenzen. Wobei die Sowjets seit zehn Jahren regelmäßig übersehen, daß in der Schlußakte vier Absätze vor der Unverletzlichkeit der Grenzen ausdrücklich ihre Veränderung durch Vereinbarung und friedliche Mittel bejaht wird.

Trotz der erwarteten Auseinandersetzung über diese Punkte aber wird in Helsinki schon mit Rücksicht auf die für November in Genf vereinbarte Begegnung zwischen Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow nicht mit einer unversöhnlichen Konfrontation gerechnet. Vielmehr werden sich Schewardnadse und Shultz – unabhängig von Kritik und Gegenkritik – wahrscheinlich bemühen, die Chancen für einen ersprießlichen Verlauf des Gipfeltreffens zumindest nicht zu verschlechtern.

Bundesaußenminister Genscher wird mit besonderer Befriedigung nach Helsinki fliegen, weil die gesamte Veranstaltung seiner eigenen Initiative entsprungen ist. Ein Jahr lang hat er ohne Unterlaß dafür geworben, eine Jubiläumstagung auf Außenministerebene zu veranstalten und damit „einen neuen Impuls für die Zusammenarbeit in Europa" zu geben.

Zunächst war die allgemeine Reaktion eher zögerlich. Aber nach und nach überzeugte Genscher die Amtskollegen in West und Ost. Ungewißheit machte sich noch einmal breit, als Anfang Juli der sowjetische Außenminister Gromyko durch Schewardnadse ersetzt wurde. Doch der Georgier honorierte die Terminzusage seines Vorgängers.

Terror erreicht nun auch Nordeuropa

Keine Spur der Bombenleger in Kopenhagen / Moslemische Extremisten als Bekenner

R. GATERMANN, Kopenhagen

Die dänische Polizei tappt im dunkeln bei ihrer Suche nach den Attentätern, die in Kopenhagen vor dem Büro der amerikanischen Fluggesellschaft North-West-Orient und vor der jüdischen Synagoge drei Bomben zur Explosion brachten. 27 Personen wurden verletzt.

Ministerpräsident Poul Schlüter bezeichnete das brutale Attentat als eine „unheimliche Mißachtung von Menschenleben" und stellte „mit Besorgnis fest, daß nun auch Dänemark Ziel von Terrorakten" geworden ist. Justizminister Erik Ninn-Hansen zeigte sich erstaunt, „daß wir eine solche Art von Terror hier erleben müssen". Er will dem Parlament vorschlagen, mehr Geld für die Polizei zur Verfügung zu stellen.

In Dänemark hat es bisher keinen vergleichbaren Bombenanschlag gegeben. Allerdings waren vor ein paar Jahren die Büros der türkischen Luftfahrtgesellschaft und der Swissair das Ziel armenischer Bombenleger. Darüber hinaus gab es ein paar Morde, an denen Araber beteiligt waren. Diese stufte die Polizei jedoch als „private Auseinandersetzungen" ein.

Unmittelbar nach den Explosionen vor dem North-West-Büro – in seiner unmittelbaren Nachbarschaft haben auch die meisten übrigen in Dänemark arbeitenden Fluggesellschaften ihre Niederlassungen – und der Synagoge, der ältesten Skandinaviens, verhörte die Polizei zunächst sechs Personen, die „aus dem Mittelmeerraum" stammen. Es bestanden allerdings keine konkreten Verdachtsmomente. Sie kamen wieder frei.

Die Ermittlungsbehörden nahmen bisher auch noch nicht zu dem Bekenntnis der moslemischen extremistischen Terroristenorganisation „Heiliger Islamischer Krieg" Stellung. Gegenüber Nachrichtenagenturen in Beirut hatte es in Telefonanrufen geheißen, der Anschlag ihrer „skandinavischen Zelle" sei eine Vergeltung für einen israelischen Angriff auf ein südlibanesisches Dorf.

Die nordeuropäischen Staaten waren bisher von spektakulären Attentaten politischer und religiöser Terror-Organisationen verschont geblieben. Der anonyme Anrufer in Beirut erklärte denn auch, daß gerade diese Tatsache mit ausschlaggebend für die Wahl der beiden Anschläge in Kopenhagen gewesen sei.

Allerdings war zu Beginn der siebziger Jahre der jugoslawische Botschafter in Stockholm durch kroatische Extremisten ermordet worden. Im April 1975 wollte das Kommando „Holger Meins" durch die Besetzung der Bonner Botschaft in Stockholm Baader-Meinhof-Häftlinge freipressen. Zwei Attachés und zwei Terroristen wurden dabei getötet.

Ob bewußt oder unbewußt haben die Attentäter damit wahrscheinlich einen Versuch zunichte gemacht, in Kopenhagen einen Kontakt zwischen Juden und Arabern zu schaffen. Vor einigen Wochen erklärte der Oberrabbiner der jüdischen Gemeinde in Dänemark, Bent Melchior – sein Bruder Arne ist Verkehrsminister – sich bereit, mit dem Leiter des Kopenhagener PLO-Büros, Omar Sabri Kitmitto, zusammenzutreffen. Melchior stellte lediglich die Bedingung, daß das Gespräch auf „neutralem Boden" stattfinden müsse. Ein Termin war noch nicht vereinbart worden. Nach dem Anschlag sagte der Oberrabbiner jedoch, er müsse die Situation noch einmal überdenken.

Hartes Ringen um europäisches Jagdflugzeug

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Wegen unterschiedlicher Vorstellungen über die Leistungskriterien eines neuen europäischen Jagdflugzeuges droht eine Kontroverse zwischen Bonn und Paris. An dem Projekt EFA (European Fighter Aircraft) sind bislang die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien beteiligt. Nach den bisherigen Vorstellungen wollen diese fünf Länder von etwa 1995 an mit der Produktion eines Jagdflugzeuges beginnen, das die fünf Luftwaffen in die Lage versetzt, der Bedrohung durch die fliegenden Offensivkräfte des Warschauer Paktes auch künftig standzuhalten. Etwa 800 Flugzeuge mit einem Auftragsvolumen von 20 Milliarden Mark umfaßt das Projekt.

Ob es zur Beteiligung der fünf Länder kommt, hängt in erster Linie von der französischen Kompromißbereitschaft ab. Gestern tagten in Madrid die Rüstungsdirektoren der fünf beteiligten Ministerien mit dem Auftrag, eine Einigung über die von dem Flugzeug zu fordernden Leistungskriterien herbeizuführen. Nur wenn eine Einigung herbeigeführt werden kann, wollen die Verteidigungsminister noch bis zum Monatsende zusammenkommen, um EFA als ein von den Regierungen beschlossenes Projekt auf den Weg zu bringen. Letzte Woche tagten abermals die Chefs der Luftwaffenstäbe aus den fünf Hauptstädten in London und bekräftigten die von ihnen bereits am 11. Oktober 1984 gesetzten Leistungskriterien.

Die auf deren Grundlage dann ausgearbeiteten industriellen Durchführbarkeitsstudien ließen aber erkennen, daß die französische Firma Dassault am weitesten von der Erfüllung der Kriterien entfernt war. Dies hat sich offenbar auch nach der Verlängerung des Einigungstermins für die Industrie bis zum 15. Juli nicht geändert. Nach Aussagen der deutschen Luftwaffe zeigt der französische Entwurf, der sich an dem im Bau befindlichen Prototyp ACX mit der französischen Triebwerksentwicklung M 88 orientiert, in drei Leistungsbereichen „deutliche Defizite". Aber auch der Entwurf der anderen Industrien aus den vier Ländern entspricht nicht den Forderungen der deutschen Luftwaffe. Sowohl Generalleutnant Eberhard Eimler als auch Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner haben verschiedentlich bekräftigt, daß in die Bundeswehr nur ein Jagdflugzeug eingeführt werden könne, das den von der Luftwaffe gestellten Aufgaben auch gerecht werde. Aus diesem Grunde suchte Wörner im Auftrag von Bundeskanzler Helmut Kohl schon einmal die Gelegenheit, dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand persönlich die deutsche Kompromißbereitschaft im EFA-Projekt zu verdeutlichen, gleichzeitig aber auch zu betonen, daß die französische Industrie nicht ausschließlich zugunsten der eigenen Exportinteressen die Flugzeugentwicklung vorantreiben dürfe. Ein neuerlicher Besuch Wörners im Pariser Elysée schon in allernächster Zeit wurde in Bonn für möglich gehalten. Ob dann Frankreich zugunsten der gemeinsamen EFA-Entwicklung auch eine Änderung seiner Vorstellungen akzeptiert, wurde in Bonner Fachkreisen skeptisch beurteilt.

Für die Bundesrepublik stellt sich noch in diesem Jahr die Frage nach den möglichen Alternativen. Die deutsche Luftwaffe kann auf eine Verzögerung nicht länger warten, da das jetzt benutzte Jagdflugzeug vom Typ F-4 F „Phantom" in mehr als zehn Jahren nicht mehr den Leistungsforderungen entsprechen wird. Aus deutscher Sicht ist auch eine Lösung ohne Frankreich denkbar. Selbst die Entwicklung eines Flugzeuges, das durch den Einbau wichtiger Komponenten aus amerikanischer Fertigung entstünde, wird in Bonn nicht ausgeschlossen.

Männern fehlt Verständnis

dpa, Freiburg

Viele Frauen werden bei einer ungewollten Schwangerschaft von ihren Partnern alleingelassen, hat die Freiburger Caritas-Zentrale gestern moniert. Oft fehle den Männern das Gefühl der Mitverantwortung für das gezeugte Leben sowie das Verständnis dafür, daß Familienplanung Aufgabe beider Partner sei. Obwohl in 24 Prozent der Fälle in katholischen Beratungsstellen für werdende Mütter in Not- und Konfliktsituationen Ehemann oder Freund hinzugezogen werden konnten, dürfe nicht übersehen werden, daß sich der männliche Partner oft jeder Auseinandersetzung entziehe und nicht selten den Schwangerschaftsabbruch mit der Drohung verlange, anderenfalls die Beziehung aufzulösen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wieder heftige Kämpfe im Panschir-Tal

rtr, Islamabad

Im afghanischen Panschir-Tal nördlich von Kabul hat die Sowjetunion nach Angaben westlicher Diplomaten offenbar eine Großoffensive gegen afghanische Widerstandskämpfer begonnen. Die Diplomaten erklärten gestern in Islamabad, es lägen Berichte über heftige Bombenangriffe sowjetischer Kampfflugzeuge im oberen Teil des Tales vor. Zugleich berichteten sie von Raketenangriffen der Widerstandskämpfer auf Kabul vor einer Woche, bei denen es leichte Schäden gegeben habe. Anfang Juli sei auch die sowjetische Botschaft *mehrmals getroffen* worden.

Nach Angaben eines Sprechers der Widerstandsgruppe „Jamiat Islami" sind bei einem sowjetischen Luftangriff auf ein afghanisches Widerstandslager im Panschir-Tal angeblich 131 gefangengehaltene afghanische *Offiziere* ums *Leben* gekommen. Die Offiziere sollten gegen inhaftierte Anhänger des in dem strategisch wichtigen Tal im Norden Afghanistans operierenden Widerstandsführers Ahmed Shah Massus ausgetauscht werden.

USA benennen neuen China-Botschafter

AFP, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat Winston Lord (47) zum neuen Botschafter in China ernannt. Dies gab gestern das Weiße Haus bekannt. Winston Lord war 1972 an der Vorbereitung des China-Besuchs von Henry Kissinger beteiligt, dem dann die China-Visite Richard Nixons folgte.

Lord, der Botschafter Arthur Hummel ablösen wird, war von 1973 bis 1977 der führende Berater des State Department in China-Fragen. Seit 1977 ist er Präsident des Rates für Auswärtige Beziehungen, einer in New York ansässigen privaten Organisation.

Contadora legt 6-Punkte-Plan vor

AFP, Panama-Stadt

Die aus Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama bestehende Contadora-Gruppe, die sich seit mehr als zwei Jahren um eine friedliche Lösung im Mittelamerika-Konflikt bemüht, stellte einen 6-Punkte-Plan vor, der die Unterzeichnung eines regionalen Friedensabkommens zwischen Nicaragua, Honduras, El Salvador, Costa Rica und Guatemala beschleunigen soll. Zu den Maßnahmen, die Contadora als notwendig erachtet, zählt unter anderem die Wiederaufnahme bilateraler Verhandlungen zwischen Nicaragua und den USA. Gleichzeitig fordert sie in ganz Mittelamerika ein Ende des Wettrüstens.

Folterungen in der Türkei beklagt

rtr, London

In der Türkei werden nach Angaben der *Menschenrechtsorganisation* Amnesty International (ai) politische Gefangene systematisch gefoltert. In einem heute vorgelegten Bericht heißt es, seit dem Militärputsch 1980 seien Zehntausende von Menschen verhaftet worden. Die Fälle der in dem Bericht dokumentierten Folterungen erstrecken sich auf den Zeitraum bis zum Jahresbeginn 1984. Zu den beschriebenen Methoden gehören Elektroschocks, Schläge auf den ganzen Körper, Verbrennungen mit glühenden Zigaretten sowie das Aufhängen an Füßen oder Händen. In dem Bericht der Organisation werden keine Zahlen genannt. Jedoch werden konkrete Fälle beschrieben, die durch die Aussagen der Opfer selbst oder durch Zeugenberichte belegt sind. Amnesty fordert die Zivilregierung der Türkei auf, klare Anweisungen gegen die Folter auszugeben und deren Erfüllung strikt zu überwachen.

Als Tito Schwierigkeiten in Kroatien hatte, bot Breschnew ihm „brüderliche Hilfe" an. Das erzählt Veljko Micunovic in seinem Tagebuch „Moskauer Jahre", das vor kurzem in Belgrad erschien (Verlag Jugoslovenska Revija). Micunovic war in einer schwierigen Phase der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen, nach dem Einmarsch in der Tschechoslowakei, Botschafter in Moskau. Dabei wurde ihm klar: Die Sowjets werden militärisch alles zu halten versuchen, was „erobert und befreit" ist. Hier der zweite Teil der Zusammenfassung seines Buches.



1962 im Belgrader Restaurant „Topciderska Noc": Außenminister Gromyko, Frau Gromyko, Sowjet-Botschafter Jepischew und der Tagebuch-Autor Micunovic, damals Unterstaatssekretär im Außenministerium (von links). Vorn der Lockenkopf von Frau Micunovic. Jepischew wurde bald danach Leiter der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und Armee-General; er wurde in der vergangenen Woche abgelöst. Der Montenegriner Micunovic (1912-1982) war von 1956 bis 1958 und von 1969 bis 1971 Botschafter in Moskau, dazwischen auch Botschafter in Washington. FOTO: AP

Unabhängigkeit hängt von Verteidigungs-Bereitschaft ab

Von CARL G. STRÖHM

Auch als sich 1971 eine Besserung des jugoslawisch-sowjetischen Verhältnisses abzeichnete, das nach dem Einmarsch in der Tschechoslowakei gespannt war, bleibt Titos Botschafter in Moskau, Veljko Micunovic, skeptisch: „Keine einzige Ursache unserer Zusammenstöße ist wirklich beseitigt worden. Alles ist nur unter den Teppich gekehrt worden, denn diese Probleme können weder beseitigt noch gelöst werden, weil sie aus den tiefen Unterschieden zwischen der jugoslawischen und der sowjetischen Gesellschaft sowie zwischen der Politik der Regierungen und Parteien unserer Länder hervorgehen", schreibt er in seinem Tagebuch. Die Sowjetregierung sei daran interessiert, daß sich *die Krise des jugoslawischen Modells* vertiefe.

Die Sowjets bestehen nach wie vor auf der Priorität des „ideologischen Faktors", stellt Micunovic fest. Sie wollen die „Generallinie" gegenüber allen Staaten bestimmen, in denen die Kommunistische Partei an der Macht ist.

Die „Grenzkorrekturen" der UdSSR im Krieg

Es sei kein Unglück, daß zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion ideologische Unterschiede bestünden, meint Micunovic: „Das Unglück liegt darin, daß die Politik der sowjetischen Regierung und Partei im Verhältnis zu den sozialistischen Ländern ... sich nicht auf die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Verschiedenem *orientiert.*"

Micunovic erwähnt dabei den Juni 1953 in Berlin, den Oktober/November 1956 in Ungarn, dann das Ende des Prager Frühlings 1968 und fügt hinzu: „Die Führung der UdSSR hat ihre ersten ernsthaften Erfahrungen mit der militärischen Macht als Mittel der *Außenpolitik 1939* gemacht, während des Abkommens mit Hitler über die Teilung Polens. Nach dem Kriege mußten die Polen akzeptieren, das Ribbentrop-Molotow-Abkommen über die sowjetisch-deutsche Demarkationslinie nicht anzutasten. Sie wurde größtenteils nach dem Zweiten Weltkrieg als sowjetisch-polnische Grenze bestätigt." Danach sei 1940 die Okkupation der baltischen Staaten gefolgt, ferner der Krieg sowie die territorialen Eroberungen in Finnland und die „Korrekturen" der Grenze zu Rumänien.

1944 bis 1945 hätten die Russen ihre Grenzen im Westen weiter „korrigiert", schreibt der Botschafter in sein Tagebuch, so daß die UdSSR aus dem Krieg um 600 000 Quadratkilometer vergrößert hervorgegangen sei. Alle Regierungen der UdSSR von 1945 bis 1968 hätten sich an die Doktrin über *die Anwendung militärischer* Gewalt zur Bewahrung dessen gehalten, was „erobert oder befreit" worden sei.

Micunovic: „Stalin wandte 1948 keine *militärische Gewalt* gegen Jugoslawien an ... Bei diesem Verhalten *Stalins spielte* die Tatsache, daß Jugoslawien 1948 zum Kampf bereit war, eine entscheidende Rolle. Wahrscheinlich war auch von gewisser Bedeutung, daß die UdSSR damals nicht über die Atombombe verfügte und daß sie in *dieser* Hinsicht gegenüber dem Westen in einer unterlegenen Position war."

Als sich der jugoslawische Partei- und Staatschef Tito 1970 in innenpolitischen Schwierigkeiten befand – eine kroatisch-nationale Welle ergriff große Teile der Kommunistischen Partei, worauf Tito mit der Absetzung der kroatischen Parteiführung in Zagreb reagierte –, hat Breschnew dem Marschall in einem Telefongespräch „brüderliche Hilfe" angeboten, berichtet Micunovic. „Wir können nur vermuten, an welche Art von Hilfe Breschnew dachte, aber die Antwort würde sicher lauten, es gehe um die ‚Wahrung der Interessen des Sozialismus'." Später erfuhr Micunovic, daß Tito Breschnew mit der Bemerkung abfertigte, die jugoslawischen Probleme seien nicht so schlimm.

Ernst nimmt der jugoslawische Diplomat die Breschnew-Doktrin, mit der sich die Sowjets das Recht herausnehmen, bei einer nach ihrer Meinung vorhandenen Bedrohung des Sozialismus in jedem kommunistischen Lande – auch gegen den Willen der dortigen Führung – militärisch einzugreifen, so wie sie es in der Tschechoslowakei 1968 taten. Ob es den von Moskau ganz oder teilweise unabhängigen Staaten wie Rumänien, Jugoslawien oder Albanien auf die Dauer gelingen wird, eine Anwendung der Breschnew-Doktrin auf ihre Länder zu verhindern, hänge in erster Linie davon ab, „ob sie bereit sind, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen".

Von Bedeutung, so meint Micunovic, *sei in einem solchen Falle auch* die Reaktion des Westens. Aber auch diese hänge von der Bereitschaft der bedrohten Staaten ab, „mit äußersten Mitteln" ihre Unabhängigkeit zu schützen.

Micunovic schreibt im Januar 1971 in sein Tagebuch: „Die sowjetische Regierung war während der Krise 1968 viel stärker von der Tatsache beeindruckt, daß unsere Flugplätze unter die Kontrolle der jugoslawischen Armee gestellt und daß entsprechende Maßnahmen an unseren Grenzen getroffen wurden, ferner daß ein Programm der allgemeinen Volksverteidigung angenommen wurde, als etwa durch die Resolution des Zentral-Komitees der jugoslawischen KP oder die Erklärung der jugoslawischen Bundesregierung."

Rote Armee kontrolliert die anderen Länder

In diesem Zusammenhang registriert Botschafter Micunovic ein Anwachsen des Einflusses der Sowjetarmee in Moskau. Der sowjetische Militärhaushalt sei dreimal so hoch wie offiziell ausgewiesen. Die Russen besäßen nicht genügend andere Mittel, um ihren Einfluß bei ihren Verbündeten zur Geltung zu bringen. Es bleibe nur das Militär, welches die „physische Kontrolle" über die anderen Ländern ausübe. Die sowjetische Armee *genieße „absolute Priorität"* bei der Zuteilung finanzieller Mittel.

Über seine diplomatischen Kollegen bemerkt der jugoslawische Botschafter: „Viele Diplomaten westlicher Länder sehen hier (in Moskau) voraus, daß die Regierung der *UdSSR mit der Zeit* diese Politik ändern muß, denn gleich hohe militärische Ausgaben bedeuten für die Sowjetunion eine mindestens viermal so große Anstrengung im Vergleich zu den Amerikanern. Die westlichen Vertreter führen auch die technologische Rückständigkeit der UdSSR und das verstärkte sowjetische Interesse an, zahlreiche Industriezweige auf der Basis westlicher Lizenzen und Kredite auszubauen, was zu einer Umverteilung der sowjetischen Investitionen führen müsse – und das könne nur zu Lasten der sowjetischen Armee gehen."

Botschafter Micunovic glaubt nicht an diese Prognosen: Sie „sind wahrscheinlich wirtschaftlich gerechtfertigt, meiner Meinung nach aber trotzdem falsch. Denn die Sowjetregierung kann nicht nur, sie muß sogar die gegenwärtige militärische Politik fortsetzen und der Sowjetarmee absolute Priorität gewähren ... Sie benimmt sich als Supermacht und gräbt sich in ihre eigenen Auslegungen des Sozialismus ein, in denen die Sowjetunion als führendes Weltzentrum gilt. Eine solche UdSSR hat heute keine andere Wahl, als die Rolle der Streitkräfte weiter zu begünstigen."

Breschnews Wutanfall beim Besuch in Belgrad

Die offensive Haltung der sowjetischen Politik auf dem Balkan habe sich verstärkt, bemerkt Micunovic 1971. Die UdSSR habe dort bereits, und zwar in Bulgarien, festen Fuß gefaßt. Moskau habe „unverändert große und dauerhafte Interessen" an einem verstärkten Einfluß in Jugoslawien.

Um dieses *Ziel* zu erreichen, wolle der Kreml seine Präsenz in Jugoslawien verstärken, wobei er sich „auf die pro-sowjetischen Kräfte in unseren Lande stützt". Bei seinem Abschiedsbesuch im sowjetischen Außenministerium stellt Botschafter Micunovic fest: „Gromyko hob im Gespräch immer wieder die Beziehungen zwischen unseren Parteien auf den ersten Platz. Die Beziehungen zwischen den Staaten Jugoslawien und Sowjetunion erwähnte er fast überhaupt nicht."

Anläßlich eines Besuchs des Parteichefs Breschnew in Belgrad 1971 notiert Micunovic: „Es ist das langfristige Ziel der sowjetischen Politik gegenüber Jugoslawien, in unserem Volk die Überzeugung zu beseitigen, daß ihm aus dem Osten irgendeine Gefahr drohe." In den Gesprächen mit jugoslawischen Führern – an denen Micunovic teilnahm – griff Breschnew die jugoslawische KP wegen ihrer Abweichung vom Marxismus-Leninismus an.

Er bekam geradezu einen Wutanfall, als er die Jugoslawen wegen ihrer Verteidigungsmaßnahmen gegen einen möglichen Angriff aus dem Osten *kritisierte. Micunovic: „Breschnew* regte sich furchtbar auf, gestikulierte, schlug mit der Faust auf den Tisch. Einige seiner Worte blieben ihm in der Kehle stecken."

Dann forderte Breschnew, daß die Jugoslawen in ihrem Lande eine „Gesellschaft für die Freundschaft mit der Sowjetunion" zulassen. Titos Chefideologe Kardelj widersetzte sich, wie Micunovic schreibt. Er notiert: „Im wesentlichen stand die Schaffung einer pro-sowjetischen Organisation in Jugoslawien zur Debatte, die neben dem Bund der Kommunisten arbeiten sollte. Diese Organisation wäre der wichtigste Stützpunkt der Sowjetunion in ihren Beziehungen zu unserem Land gewesen. Natürlich kam so etwas nicht in Frage."

In der nächsten Folge: Was Botschafter Micunovic von Bonns „neuer Ostpolitik" mitbekam.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Genschers Tagträumereien

„Wer Deutsch spricht, wird verfolgt": WELT vom 17. Juli

Sehr geehrte Redaktion,

Deutschland hat leider in den vergangenen Jahrhunderten nur wenige Politiker, Staatsmänner und Herrscher hervorgebracht, die vom Geist und Willen her fähig und in der Lage waren, das Ganze zu sehen, über den Parteiungen zu stehen und nicht partikularen und persönlichen Eigeninteressen zu erliegen.

Angesichts dieses Tatsachenberichts, der die ungeschminkte Wirklichkeit in Deutschlands Osten wiedergibt, erscheinen die politischen Tagträumereien eines Herrn Genscher absurd und abstoßend, wenn er auf den Knien gen Warschau rutscht, um seine „realistische Entspannungspolitik" aller Welt zu verkaufen, und dabei offensichtlich nicht bemerkt, wie er dabei im Namen des noch freien Teils Deutschlands geistige und moralische Unterwerfung unter ein sowjetisch installiertes Statthalterregime praktiziert und den Namen Deutschlands wieder verächtlich macht.

Die Jahre der ideologisch fixierten „Friedenspolitik" und der sogenannten Aussöhnung mit dem Osten von SPD/FDP, die im Konsens mit der sowjetischen Macht- und Expansionspolitik steht, werden einmal als die dunkelsten eines deutschen Rechts- und Teilstaates in die Geschichte eingehen.

Bundeskanzler Helmut Kohl sollte die Nebelbänke seiner deutschlandpolitischen Formulierungskünste hinter sich lassen und klar und einfach bekennen, daß Deutschland auf seine 750 Jahre alten Ostgebiete nicht verzichtet, und bis zur Verwirklichung dieser völkerrechtlichen Ansprüche endlich die grauenvolle *menschliche Realität in Ostdeutsch*land vor der UNO und allen internationalen Menschenrechtsinstitutionen zur Sprache bringen. Dann würde mir zumindest noch ein Rest Achtung vor dieser Regierung der „Wende" verbleiben.

Mit freundlichen Grüßen
H.-D. Kastien,
Hagen

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist sehr richtig, daß die menschenrechtliche Lage der Deutschen in der Volksrepublik Polen ein sehr düsteres Bild gibt. Die Aggressionen des herrschenden Regimes gegenüber der dort lebenden deutschen Bevölkerung nehmen zu. Den über eine Million Deutschen wurden bisher auch keine Volksgruppenrechte gewährt.

Ich möchte hier als Beispiel auf das schwere Schicksal der deutschen Familie Osmenda aus Kattowitz in Oberschlesien hinweisen. Die Familie bemüht sich seit 1979 um die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Bisher wurden alle Ausreiseanträge abgelehnt. Im April 1984 traten Andreas Osmenda und sein Bruder Thomas in Kattowitz in einen Hungerstreik und forderten die polnischen Behörden auf, der Familie die Ausreise zu gestatten. Daraufhin wurden sie von der Miliz verhaftet, geschlagen und schikaniert. Wegen der Betonung ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe wurde die Familie von der Verteilung der Lebensmittel aus den weltweiten Hilfsaktionen ausgeschlossen.

Obwohl die Volksrepublik Polen die „KSZE-Schlußakte" von Helsinki un den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte" mitunterzeichnet hat, werden ihnen die der Würde des Menschen innewohnenden Grundrechte und Grundfreiheiten vorenthalten.

Mit freundlichen Grüßen
W. Hartmann,
Raubling 1

Polemik des Herrn Marqua

„Leserbrief: Frankfurter Richter"; WELT vom 18. Juli und „Richter Jahrs Eideshelfer"; WELT vom 11. Juli

Die Stellungnahme des Geschäftsführers des Deutschen Richterbundes macht betroffen. Sie weicht jedem Eingehen auf die Sache aus und erschöpft sich in Polemik. Die Anmerkung der Redaktion dazu ist – leider – berechtigt. Bereits am 16. Dezember 1983 hat das Bundesverfassungsgericht durch den in der Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 66, S. 39 ff. abgedruckten Beschluß des Zweiten Senats entschieden, „daß dem mit den Verfassungsbeschwerden angegriffenen Verhalten" (Zustimmung der Bundesregierung zur Aufstellung von Pershing 2 und Cruise Missiles, sog. Nachrüstungsbeschluß) „keine Angriffsabsichten zugrunde liegen". Diese Entscheidung bindet nach Paragraph 31 Abs. 1 Bundesverfassungsgerichtsgesetz „die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden".

Die Entscheidung des Richters Jahr steht hierzu in eindeutigem Widerspruch. Sie wirft der Bundesregierung vor, mit dem Nachrüstungsbe*schluß gegen das in Art. 26 GG ent*haltene Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges verstoßen zu haben, und stützt maßgeblich hierauf den in ihr erkannten Freispruch der Angeklagten. Damit ist der objektive Tatbestand der Rechtsbeugung im Sinne von Paragraph 336 StGB erfüllt.

Fraglich kann nur sein, ob Richter Jahr, wie es das Gesetz weiter verlangt, das Recht vorsätzlich zugunsten der Angeklagten gebeugt und sich auch subjektiv „schuldig" gemacht hat. Das ist nur dann nicht der Fall, wenn Richter Jahr die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Dezember 1983 und/oder Paragraph 31 BVerfGG nicht gekannt hat. Das aber kann ohne weiteres nicht angenommen werden. Denn es müßte Zweifel in die dienstliche Eignung des Richters setzen. Die Frage hätte daher von seiten der Staatsanwaltschaft ebenso wie von seiten der Dienstvorgesetzten eingehender Prüfung bedurft. Daß sie vorgenommen worden sei und zu dem Ergebnis geführt habe, Richter Jahr habe sich glaubhaft auf Unkenntnis berufen können, ist den öffentlich bekannt gewordenen Stellungnahmen nicht zu entnehmen. Der Deutsche Richterbund als Standesvertretung hätte im Interesse des Ansehens der Richterschaft allen Anlaß gehabt, die Öffentlichkeit über die oben dargelegten Zusammenhänge zu unterrichten. Er hätte sich nicht in einer Weise hinter den Richter stellen dürfen, als ob Außergewöhnliches überhaupt nicht geschehen wäre. *Die Stellungnahme* seines Geschäftsführers in der Ausgabe vom 18. Juli 1985 ist kaum begreiflich. Der ganze Vorgang gleicht einem Menetekel, das gar nicht ernst genug genommen werden kann.

Dr. Egbert Paul,
Richter am Bundesverwaltungsgericht, Berlin

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

der in Ihrer Ausgabe abgedruckte Leserbrief des Geschäftsführers des Deutschen Richterbundes, Herrn Peter Marqua, zum Kommentar Enno von Loewensterns findet nicht meine Billigung. Als Mitglied des Deutschen Richterbundes verwahre ich mich gegen diese namens des Bundes erklärte Verlautbarung; hätte Herr Marqua lediglich für sich selbst sprechen wollen, so hätte er die Hinzufügung seiner Verbandsfunktion sicherlich korrekterweise unterlassen.

Die Befugnis des Vorstandes eines Vereins, diesen gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten, berechtigt diesen nicht auch dazu, namens des Vereins ein derartiges Geschimpfe zu produzieren; solches widerspricht eklatant der Bedeutung *und Ernsthaftigkeit der* Belange, welche der Deutsche Richterbund zu vertreten hat. Zu ihnen gehört selbstverständlich und ganz obenan die Verteidigung der Unabhängigkeit der Gerichte. Sollte der Vereinsvorstand geglaubt haben, von Loewenstern habe die Unabhängigkeit des Richters Dr. Jahr *beschädigt, so hätte dies darge*legt und in angemessener Weise zurückgewiesen werden können. Ich habe den beanstandeten Artikel von Loewensterns freilich ganz anders aufgefaßt: Dahin nämlich, daß zu befürchten sei, der Amtsrichter habe seine Unabhängigkeit selbst mißbraucht gehabt – und darüber darf sich ein Presseorgan ja wohl Gedanken machen, oder ist darin der Vorstand des DRB gegenteiliger Ansicht?

Mit freundlichen Grüßen
Willy Feigel,
Frankfurt 60

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

jeder lasse sich diesen Leserbrief im Hirn zergehen: Da sind tragende Figuren des Richterbundes unfähig, sich mit der Argumentation eines Leitartikels auseinanderzusetzen! Jetzt weiß man auch, wie solche Urteile wie die des Richters Jahr zustande kommen. Begreifen diese Herren denn nicht, daß durch solche Urteile jeder einzelne Bürger dieses Landes, der sich zur Verfassung bekennt, besudelt wird? Und das wird vom Richterbund ganz offensichtlich geduldet! Hier heißt es: wachsam sein!

Mit freundlichen Grüßen
D. Krause,
Hamburg 26

Wort des Tages

„Der Mensch ist kein Findelkind, und ihr könnt die Schicksale seines ganzen Stammes nicht erforschen, ohne seinen Vater einzubeziehen – und sein Vater ist Gott."

Giovanni Papini; ital. Autor (1881–1956)

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein, **Erich Selbach**, feiert am Donnerstag seinen 80. Geburtstag. Der *Jurist und langjährige Chef* der Krefelder Girmes-Werke, der auch Ehrensenator der Max-Planck-Gesellschaft ist, hat sich große Verdienste um die Entwicklung der Wirtschaft am linken Niederrhein erworben und deren Einordnung in einen größeren europäischen *Zusammenhang* zielstrebig gefördert. Besonders wird von Selbach, der Mitglied im Kulturkreis des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ist, der künstlerische Nachwuchs gefördert.

*

Ernst-Fritz Fürbringer feiert am Samstag in Südtirol seinen 85. Geburtstag. Der heute in München lebende und aus Braunschweig stammende Schauspieler spielte weit über 120 Rollen im Fernsehen. Mehr als ein halbes Jahrhundert hat er auf Bühnenbrettern gestanden. Als *Schauspieler debütierte er 1925* an den Hamburger Kammerspielen. Von 1935 bis 1942 beim Münchner Staatsschauspiel, war Fürbringer nach dem Krieg an Bühnen des In- und Auslandes engagiert – fest dabei von 1954 bis 1959 an den Münchner Kammerspielen. Dann folgten „freiere Zeiten", vor allem auch für Film und Fernsehen. Fürbringer war in „Grenzstation", „Die Dame in Schwarz" und „Ein Herz spielt falsch" ebenso zu sehen wie in den Filmen „Robinson soll nicht sterben" und „Der Pauker". Vor allem die Bühne zeigte ihn immer wieder in seinem Element. Lessings „Nathan der Weise" in Ingolstadt und Goethes „Faust" in Darmstadt waren unter den herausragenden Theaterleistungen von Ernst-Fritz Fürbringer.

AUSZEICHNUNG

Professor Dr. **Günter Scholz** vom Lehrstuhl für Massivbau und Baukonstruktion an der Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen der Universität der Bundeswehr in München ist mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Damit wurden insbesondere seine Tätigkeit als Ingenieur in Forschung und Lehre und sein Beitrag zur wirtschaftlichen Fortentwicklung gewürdigt. Professor Scholz hat neben der Betreuung wichtiger und schwieriger Großbauten, wie zum Beispiel der Mehrzweckhalle für die Olympischen Spiele 1972 in München, sich auch besondere Verdienste als Vorsitzender des Verbandes Beratender Ingenieure (VBI) erworben, wobei er sich stets darum bemüht hat, den Stellenwert der Technik in der Gesellschaft einer breiten Öffentlichkeit klarzumachen.

EHRUNGEN

Dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten **Franz Josef Strauß** ist die Ehrenmitgliedschaft des Münchener Presseklubs verliehen worden. Der Präsident des Presseklubs, **Georg Wulffius**, betonte in seiner Laudatio, die Ehrung gelte nicht nur einem Politiker und Staatsmann, sondern auch einem überzeugten Humanisten, einem Bekenner der Liberalitas Bavariae.

*

Die Leopold-Franz-Universität Innsbruck hat dem emeritierten Ordinarius für Romanische Philologie der Universität Erlangen-Nürnberg, Professor Dr. **Heinrich Kuen**, das Ehrendoktorat der Philosophie verliehen. Die Auszeichnung wurde ihm „in Anerkennung und Würdigung der Förderung der Romanischen Philologie in allen Teilbereichen, insbesondere der hervorragenden Verdienste um die Erforschung des Tiroler Rätoromanischen" zuerkannt.

UNIVERSITÄT

Professor für Finanzwissenschaft Dr. **Charles B. Blankart** von der Universität der Bundeswehr in München hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für „Volkswirtschaftslehre" an der Technischen Universität Berlin erhalten.

Klaus Freiherr von Mühlen ist im Alter von 76 Jahren in Bergisch Gladbach verstorben. Von 1959 bis 1965 war Freiherr von Mühlen FDP-Bundestagsabgeordneter sowie Mitglied der Beratenden Versammlungen des Europa-Rates und der Westeuropäischen Union. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag war Freiherr von Mühlen als geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft e. V. (AUMA) tätig.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

WERDEN SIE BESITZER EINES PONDEROSA STEAKHOUSE
Die Nummer 1 in den USA

Ponderosa ist die Nummer 1
Über 650 Restaurants in den Vereinigten Staaten und Kanada erhöhen ständig ihre Gewinne und verdienen mehr Geld an mehr Kunden als irgendeiner ihrer unmittelbaren Konkurrenten. 1982 expandierte Ponderosa auch auf den europäischen Markt, und das mit überwältigendem Erfolg.

Die Zahlen sprechen für sich
1983 machte Ponderosas Familienmenü rund ein Drittel aller *Mahlzeiten aus, die in den preiswerten amerikanischen* Steakhäusern (Steakhouses) serviert wurden. Das ergab einen Marktanteil von 50% in den Gebieten, wo das Unternehmen am stärksten vertreten ist. Ponderosas durchschnittlicher Umsatz *beläuft sich in den USA auf 1 Million Dollar.*

Ponderosa in Europa
Das erste Restaurant wurde 1982 in Watford eröffnet, das zweite 1984 in Croydon – beide also in Großbritannien. Schon jetzt übersteigen *die Umsätze pro Restaurant* in Großbritannien die durchschnittlichen Verkaufszahlen pro Restaurant in den USA. Ponderosa hat gerade ein dynamisches Expansionsvorhaben in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und in Skandinavien in Angriff genommen. Zur Zeit verhandeln wir über neue Standorte und suchen geeignete Vertragspartner für diese Restaurants in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf Wachstum programmiert
Das Ponderosa-Konzept bietet komplette, am Tisch servierte Mahlzeiten, die bei der Kundschaft wegen ihrer außerordentlich günstigen Preise sehr geschätzt werden. Die Grundlage des gut ausgewogenen Menüs ist Rindfleisch. Aus Hähnchen und Fisch zubereitete Vorspeisen gehören ebenfalls zum Angebot. Nicht alkoholische Getränke, Kaffee und Tee werden kostenlos nachgeschenkt, und an der berühmten Salatbar kann sich der Gast nach Herzenslust bedienen. Eine solide Basis für Geschäfte, deren Umfang *mit einer ständig wachsenden Kundschaft zunimmt.*

Wir helfen Ihnen, erfolgreich zu sein
Wir bieten Ihnen einen Stab von Fachleuten, die Ponderosa-Vertragspartnern auf dem Weg zum Erfolg zur Seite stehen: Angefangen beim eigenen Restaurant (Kauf oder Leasing) Über die Bautätigkeit (eigener Neubau/Bau nach Ihren individuellenn Wünschen/Umbau) bis hin zur großen Eröffnung und zum täglichen Betrieb. Ponderosas Know-how und Managementerfahrungen stehen Betreibern eines einzigen Restaurants oder mehrerer Betriebe gleichermaßen zur Verfügung. Für kosteneffektive Werbung und verkaufsfördernde Maßnahmen sorgt ein bewährtes Team.

Finanzielle Voraussetzungen
Eine Mindestsumme im Gegenwert von US-$300.000 ist erforderlich. Davon 150.000 Dollar flüssiges Investitionskapital.

Und so bewerben Sie sich bei uns
Ein Antragsformular (Franchise Application Form) erhalten Sie von:
PONDEROSA INTERNATIONAL DEVELOPMENT Inc.
134 High Street, Watford, Herts, England
Tel. 0044 923/21245-6



Ponderosa International Development Inc. ist eine Niederlassung der Ponderosa Inc. Dayton, Ohio
Eine Gesellschaft, deren Aktien an der New Yorker Wertpapierbörse notiert werden.



STELLENANGEBOTE

Wenn Sie gern bis Mittag schlafen, die Zähne kaum auseinander kriegen, nicht mehr als DM 12 000,– bis DM 15 000,– verdienen, auf Bestandsrente und eine kostenlose Immobilie verzichten wollen, und Ihre Zukunft Ihnen sowieso egal ist, dann machen Sie so weiter.

Sie sind nicht der Partner, den wir suchen!

Denn wir bieten

Karriere und **Sicherheit**

die für den Selbständigen aus dem Rahmen fällt.

A. Philipsen, Geschäftsstellenleiterin der GVI
Wendlohstr. 130
2000 Hamburg 61
Tel. 0 40 / 5 52 66 88

Gesucht wird zum Eintritt bis spätestens 1. 1. 1986 für herrschaftliches Landhaus im Raum *Düsseldorf* ein

Hausmeister

Erfahrung in Service-Tätigkeiten erwünscht. Ältere Bewerber scheiden *nicht* aus.

Bei guten Arbeitsbedingungen steht eine geräumige und moderne Wohnung zur eigenen Haushaltsführung zur Verfügung. Kraftfahrer und Gärtner vorhanden.

Es handelt sich um eine ausgesprochene Vertrauensstellung, für die *Zuverlässigkeit und* Anpassungsfähigkeit Voraussetzung sind. Stundenweise Mitarbeit der Ehefrau ist erwünscht.

Nur solche Bewerbungen können in die engere Wahl gezogen werden, die eine genaue und lückenlose Darstellung des bisherigen Lebens- und Berufsweges geben. Neben einem handschriftlichen Lebenslauf werden auch Zeugnisse und mögliche Referenzen sowie ein Lichtbild erbeten.

Zuschriften bitten wir unter T 3788 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, zu richten.

DEUTSCHE PRIVATBANK
MIT INTERNATIONALEN VERBINDUNGEN

DEVISENHÄNDLER

Wir suchen für unseren Sitz Hamburg baldmöglichst eine Nachwuchskraft als Devisenhändler. Interessenten bitten wir zunächst um eine kurze schriftliche Bewerbung an unsere Personalabteilung.

SCHRÖDER, MÜNCHMEYER, HENGST & CO.
Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Offenbach · Stuttgart
Ballindamm 33
2000 Hamburg 1

Sehr gute Verdienstmöglichkeiten für Leute mit guten Kontakten

Die schönste Timesharing-Anlage der Welt (von RCI preisgekrönt) an einem der schönsten Strände der Welt, wird ab sofort auch auf dem deutschen Markt angeboten.

Wenn Sie dieses Traumobjekt an ausgewählte Kunden verkaufen möchten, bewerben Sie sich bitte schriftlich bei unserem Repräsentanten in Deutschland:

EICHENHERR Marketing KG
Wellingsbüttler Landstr. 225 c, 2000 Hamburg 63
Tel. (0 40) 50 10 85, Tx. 2 174 481

Wir suchen
Autozubehör-Handelsvertretungen
für den norddeutschen Raum.
Erstklassige Kontakte zum Kfz- + Reifengroßhandel sowie zu Verbrauchermärkten setzen wir voraus.
Bitte senden Sie Ihre Referenzen unter K 3825 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Erfolgreiche Vertriebsgesellschaft
mit neuer Verkaufsstrategie, mit neuen Ideen und einem neuen Team, sucht neue Produkte für den Direktvertrieb (Investitionsgüter) für den Raum Nord-West.
Ang. u. A 3971 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

General-Contractor gesucht
mögl. Exportkfm. Seit über 12 Monaten arbeiten wir (Ing.-Team) an einer Geschäftsidee, die nach allen Seiten geprüft u. in Europa einmalig ist. Es handelt sich um eine Beratungsdienstleistung, die in Deutschland p. a. 200 000 potentielle Kunden hat. Durch EDV-Einsatz ist die Abwicklung vollautomatisiert u. weder personal- noch kostenintensiv. Die Rechte in der Bundesrepublik wollen wir selbst ausüben. Wir suchen den General-Contractor, der in der Lage ist, das System en bloc *für das übrige West-Europa* zu übernehmen, um selbständig Länder-Lizenzen zu erteilen. Kapitalbedarf TDM 119. Objekt u. Anbieter sind ebenso anspruchsvoll wie zuverlässig.
Angeb. u. T 3964 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Starke Vertriebsgruppe
für Erwerbermodelle in NRW von solventem Initiator gesucht. Eigene Vertriebskonzepte können eingebracht werden.
Tel. 02 61 / 4 18 28

Ungewöhnlich selbständig machen
Zukunftsorientierter faszinierender *Beruf im Bereich Esoterik/* Managementwissen.
Tel. 05 61 / 51 63 32

Verleger gesucht: Autor esotherischer Schriften zur praktischen Erfolgssteigerung im Leben und Verkauf bietet Manuskripte. Angebote über: F. K. Seidel GmbH, Fachagentur für Anzeigen, Am Wandrahm 10, 28 Bremen 1.

Neuerbauter moderner
PILS-PUB
mit Küche in zentraler Lage in einer größeren Stadt zu verpachten. Eigenkapital erforderlich. Näheres durch KnäuKo Automaten, 0 71 23 – 6 07 98

Immobilienvertrieb – Spanien
Für den Vertrieb von App., Bungalows und Villen suchen wir Vertriebspartner aus dem Immobilien- und Anlagenbereich.
Firma MESMAR / JAVEA
Da wir Sie von Deutschland aus kontaktieren werden, bitte Zuschriften unter K 3803 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche auf Provisionsbasis Vertretung
Sprachkenntnisse englisch u. russisch, für In- u. Ausland. Anruf bis 10.30 Uhr. Tel. 0 30/3 13 78 37. Wolf Ledermann, Grolmanstr. 22, 1000 Berlin 12.

Volksrep. China
Handelshaus mit langj. engen Beziehungen bis in höchste Stellen bietet Herstellern Zusammenarbeit im Export an.
Angebote erb. u. N 3806 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ungewöhnlich selbständig machen
Zukunftsorientierter, faszinierender Beruf im Bereich Esoterik Managementwissen. Tel. 0 40 / 7 33 19 27, bep-Verlag, D. Hansen.

Achtung, Kapitalanleger!
Hohe Rendite bei der Auslandsvermarktung von Video-Spezial-Filmen. Speziell f. d. Länder USA, Spanien, Italien, Skandinavien geboten. Für in diesen Ländern tätige Kaufleute (auch aus anderen Branchen) Lizenzvergabe v. *Produzenten supergünstig.*
Telefonkontakt 0 61 21 / 52 94 92

Achtung, Macher!
Gute Verdienstmöglichkeit durch Postversandgeschäft. Gratis-Info 5 gegen Rückporto. G. Schmidt, PF 2204, 5400 Koblenz

---

Firmenadresse + Telefon
Dortmunder BüroHotel
Autom. Info: 02 31 / 53 65 29

Immob.-Vertriebsges. aus Hamburg, m. 15jähr. Erfahrung auf dem *Ferien-Immobiliensektor, sucht* Kontakt zu Initiatoren für Auslandsimmobilien.
Angeb. u. R 3962 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Konkurrenzlose Weltneuheit
bietet cleveren Verkaufsprofis, Home-Party-Beratern und Außendienstlern riesige Verdienstmöglichkeiten und sicheren Arbeitsplatz. Sie können auch ohne Kapitaleinsatz sofort bei uns anfangen.
Tel.: 0 52 47 / 41 97
(Gesprächspartner H. Biege)

Neue/zweite Existenz
Kriegen Sie das Gewicht Ihrer Stadt in den Griff! Unser Slogan: Für immer schlank! Start: sofort, mit konkurrenzloser Methode. Verdienst monatl.: DM 10 000,- und mehr. Gebietsschutz und Betreuung zugesichert. Erforderlich Telefon und geringes Eigenkapital.
Kopa-KG, Dr. M. Schlüter
Krähenweg 5, 2000 Hamburg 61
Tel. 0 40 / 5 55 18 00

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

BODYGUARD
übernimmt noch Aufträge.
Kontakt erb. u. M 3805 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir vermitteln
seriöse Firmengründungen, Filialen u. Kapitalanleger in Ägypten, Bau- u. Industriebranche. Zuschr. erb. u. T 3942 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Texter gesucht? *Meine Spitzenfähigkeiten* sind Werbebriefe und Gesprächsleitfäden. Angebote über: F. K. Seidel GmbH, Fachagentur für Anzeigen, Am Wandrahm 10, 2800 Bremen 1.

Hypnotiseur
ein Beruf mit Zukunft, als neuer oder zweiter Berufsweg. Hypnose kann jeder erlernen, auch Sie! Keine Vorkenntnisse erforderlich. Intensivkurse durch:
Hypnosepraxis KOPA-M. SCHLÜTER KG
Tel. 0 40 / 5 55 18 00

Selbst. Verkaufsprofis
f. ausger. Fertighaus- und Blockhausprogr. gesucht.
Angeb. u. S 3963 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Für alle Branchen bieten wir schlagkräftigen
Handelsvertretungen
mit Lagermöglichkeiten hochinteressante Neuentwicklungen aus dem chem./techn. Bereich an.
Zuschr. RMP GmbH, Postfach 12 67, 7141 Möglingen.

STELLENGESUCHE

WERBEFACHMANN
26, ledig, belastbar, ist interessiert an Aufgabe in Werbeabteilung. Kann zielorientiert organisieren, mit sicheren Kenntn. in Produktion, Kontakt, Media; hö. Handelssch., Werbefachsch., 3jähr. Agenturerf. in FRG und USA.
Angebote erb. unter L 3826 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

IMPORTKAUFMANN
versiert im Ein- und Verkauf von Bekleidung aus Fernost, Anf. 40, perf. Engl., z. Zt. selbst., sucht leitende Position im Einkauf, mögl. Raum Hamburg.
Zuschriften erbeten unter PB 48 881 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Geschäftsführer Import/Export
Deutscher, 41 J., Sprachen: fließend Englisch, Spanisch, Portugiesisch, wohnh. in São Paulo, Brasilien, z. Z. in Heimatstadt Hamburg. 16 J. Südamerikaerfahrung in Führungsposition deutscher Unternehmen, mit engen Kontakten zu Banken, Behörden, Industrie und Handel, su. in Hamburg zum baldmöglichen Antritt herausfordernde Führungsaufgabe in namhaftem Handelshaus oder außenhandelsorientierter Industrie.
Angebot erbeten unter S 3787 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. f. Schiffsbetriebstechnik (FH)
Praktiker, 35 J., verh., in ungekünd. Stellung an Land, nicht ortsgebunden, möchte sich verändern. Mögl. Tätigkeit im Bereich, Schiffsreparatur, Energieerzeugung, Instandhaltung, Wasserwirtschaft, auch artfremde Tätigk. ges.
Angebote bitte unter B 3818 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wenn Sie für Ihr Direktionscasino oder für Ihr Firmenerholungsheim ein Ehepaar suchen, das Ihnen die Verwaltung in bester Weise abnimmt, dann sollten Sie sich mit uns in Verbindung setzen.
Wir sind ein Ehepaar, Ende Vierzig. Wir sind viele Jahre in der Top-Gastronomie tätig und sind Inhaber eines der besten Gastronomie-Objekte im Lande.
Da wir in unserem Betrieb keine Nachfolger haben, möchten wir uns etwas „kleiner setzen".
Angebote unter F 3822 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Als Facharbeiter
im Bereich Schwimmbadbau einschl. Heizung, Sanitär, Klima, suche ich neuen Wirkungskreis. Ausland bevorzugt.
Zuschr. erb. u. R 3808 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Erf. Exportkaufmann
mehrsprachig, übernimmt Auslandsmärkte-Betreuung. Bedingung: Fixum und Ergebnisbeteiligung. Zuschr. unt. X 3572 an WELT-Verlag, Postf. *10 08 64, 4300 Essen.*

Verkäufer
Industriekaufmann, 48 Jahre, Vertriebserfahrung *im In- und Ausland* einschl. Osteuropa, davon 15 Jahre mit erstklassigen Referenzen in multinationalem Großunternehmen in Verkauf, Marketing, Produktmanagement, Verkaufsleitung und Bereichsleitung *mit G + V-Verantwortung tätig, sucht* nach 5jähriger Selbständigkeit neues Engagement im Vertrieb.
Ang. erb. u. E 3821 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Welcher Fabrikant oder DOB-Einzelhändler
sucht tüchtige, *gutaussch.* Geschäftsfrau zur Unterstützung seiner Geschäfte? Nach 25jähr. Selbständigk. zieml. fit auf allen Gebieten.
Angeb. u. U 3965 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

LEITER RECHNUNGSWESEN, 37 J., *Ind.-Kfm./Betriebswirt, langj. Erf.,* z. Z. Ausbilder, erf. im Umg. m. EDV, su. verantw. Stelle in Mittelbetr., Raum Ruhrgebiet. Zuschr. erb. u. V 3768 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist
29 J., Examen 1985 in NRW ausr., sucht Anfangsstellung bei RA, Bank, Versicherung od. sonstiges Privatunternehmen. Zuschr. erb. u. P 3807 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Beamter
48 J., ungekündigt, sucht zum 1. 4. 1986 neue Tätigkeit. Erfahrungen in Organisation, Ausbildung, EDV. Engl. u. chinesische Sprachkenntnisse.
Ang. unt. Y 3815 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außen- und Innendienstprofi
Kaufmann, 34 J., sucht für nördliches oder gesamtes Bundesgebiet qualifizierte Repräsentantentätigkeit im Angestelltenverhältnis.
Akquisitionserfahren in Industrie und Handwerk, verhandlungssicher auch auf gehobener Ebene, dynamisch, initiativ, ideenreich, techn. versiert.
Zuschr. u. S 3853 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Betriebswirt (VWA)
Industriekaufmann, 42 Jahre, verh., *in ungekünd. leit. Position, sucht z.* 1. 10. 1985 neue verantw. Tätigkeit, vorzugsweise Vertrieb, Verwaltung.
Ang. unt. C 3980 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kfm. Leiter
39 Jahre, sucht neue Herausforderung in einem mittelständischen Unternehmen. Schwerpunkte: Finanz- + Rechnungswesen, betriebl. Rechnungswesen und Personalwesen. Zuschr. u. V 3570 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Back to Germany
Mechanical Engineering technician, general manager in USA, GERMAN, 37 J., willing to travel in Germany or *abroad, is looking* for a challing position where I can utilize my management and industrial background. Please write to W 3813 WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

ITALIEN
Manager mit 15jähriger Erfahrung *als Geschäftsführer der ital.* Tochter einer Weltfirma, Sitz Mailand, übernimmt Beraterauf-gaben.
Zuschr. u. P 3939 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64, 4300 Essen*

CONTROLLING
Dipl.-Volkswirt, 5jährige Industrieerfahrung, umfangreiche Kenntnisse im Finanz- und Rechnungswesen, besonders in Controlling, Budgetierung, Deckungsbeitragsrechnung und Finanzplanung, mit guten Englischkenntnissen sowie EDV- und PC-Erfahrung, sucht neue verantwortliche Aufgabe im Bereich Betriebswirt*schaft im Großraum Hamburg.*
Zuschr. erb. u. Y 3810 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist
33 J., ortsungebunden, einsatzfreudig und belastbar, mit Anwaltserfahrung, sucht Anstellung bei RA, Unternehmen, Bank od. Versicherung.
Ang. erb. u. Z 3816 an WELT-Verlag, *Postf. 10 08 64, 4300 Essen.*

Verkauf – Außendienst
Verkäufer, 39 J., verh., kein Mann f. den Schreibtisch, Führungserf., einsatzfr., dynam., belastbar, *Verkaufsnachweise, sucht entspr.* festangestellte Position im Raum NRW u. NL bei aufstreb. Firma. Ist-Gehalt 130 p. a. Aufbau, Pionierarb. u. Führung kl. Verk.-Team angenehm. Keine Kapitalanl.
Zuschr. erb. u. A 3917 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Bilanzbuchhalter (IHK)
erfahrener EDV-Spezialist, übernimmt Betreuung von Rechnungswesen/EDV-Verfahren, Umstellung auf EDV u. Programmierung Teilzeit/freiberuflich.
Ang. unt. G 3823 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL – Bundesanstalt für Arbeit

Diplom-Kaufmann (FH)
29, *Ind.-Kaufm.*, beide Abschlüsse Note gut, Studienschwerpunkte: Marketing und Arbeitswissenschaft; besondere Kenntnisse in Distribution, Konsumentenforschung und Werbung; sucht Berufseinstieg in Marketing oder Personal, gern als Trainee.
Auskünfte erteilt: Herr Gründemann
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19
4800 Bielefeld 1, ☎ 0521/587-360 o. -342, FS 932344

Diplom-Betriebswirt
24, Studium FH Münster, Schwerpunkt Marketing und Außenwirtschaft, Abschlußnote gut, 1 J. Berufserfahrung in Marketing/Vertrieb (Elektronikbranche), mit guten Englisch- bzw. Spanisch-Grundkenntnissen sowie praktischen EDV-Kenntnissen; sucht Beschäftigung als Führungsnachwuchs, Auslandseinsatz angenehm.
Auskünfte erteilt: Herr Gründemann
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19
4800 Bielefeld 1, ☎ 0521/587-360 o. -342, FS 932344

Jurist
42, beide Staatsexamen in Hamburg, 2½ J. tätig als Anwalt, 2½ J. tätig als Verw.-jurist, bes. Kenntnisse im Familien-, Erb- und Verwaltungsrecht sowie Zoll-, Bau- und Bodenrecht; sucht Anstellung bei Rechtsanwalt oder Wirtschaftsunternehmen.
Auskünfte erteilt: Frau Krauel
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2331, FS 2163213

Diplom-Politologe
34, Auslands- und Projekterfahrung, Veröffentlichungen über Zentralamerika/Karibik; gute spanische und englische Sprachkenntnisse sowie 2 J. Berufserfahrung in Presse- und Zeitschriftendokumentation. Wunsch: Erwachsenenbildung, Dokumentationswesen (Medien/Verbände), Projektbetreuung (Entwicklungshilfe).
Auskünfte erteilt: Frau Maderner
Fachvermittlungsdienst Hamburg, *Kurt-Schumacher-Allee 16*
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2495, FS 2163213

Jurist/Ing. (grad.) Vermessung
34, 1. Staatsexamen, Stud.-Schwerp.: Verwaltungs- und Grundstücksrecht; Referendarzeit (Wahlstation bei einem Kreditinstitut), Noten: vollbefriedigend; Kenntnisse im Rechnungswesen, *Steuerrecht, EDV (Finanzbuchhaltung); sucht Tätigkeit* bei WPG/StBG, Kreditinstitut, Kammer, Verband oder Unternehmen im norddeutschen Raum.
Auskünfte erteilt: Frau Krauel
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2331, FS 2163213

Extrusions-Fachmann
Maschinenbautechniker, 15 J. als Fertigungsleiter in der Extrusionstechnik tätig, sucht neues Aufgabengebiet.
Zuschr. unter V 3966 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)
38 J. (Projektbearbeitung, Bauleitung, EDV) sucht per sofort neues Aufgabengebiet. (*Außendienst,* Verkaufsberater ...) Evtl. freie Mitarbeit.
Zuschr. unt. H 3824 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Engl. Reifen- u. Auspuffmechaniker
sucht Arbeit, 10 Jahre Praxis, Deutschkenntnisse, sehr gute Referenzen. Anfragen:
Mr. P. Tamlin, 16 The Pinfold
Digby, LINCOLN LN 4 3ND, England

Verkaufsprofi
*(29/1), langjähr. Erfahrung: E-Me*talle, EDV, Organisation u. Koordination, ungekündigt u. anpassungsf., sucht ausbaufähigen Top-Job im In- und/oder Ausland.
Zuschr. u. W 3857 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche ab Sept. 1985 festen Arbeitsplatz als
Chauffeur, Direktionsfahrer, Kurier oder ähnl.
im In- oder Ausl. Bin 28 Jahre, led., und nicht ortsgebunden. Seit 10 . unfallfrei, Führerschein Kl. II u. III. Zuschr erb. u U 3811 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Junger kfl. Angestellter
im Vertragsbereich eines Sozialversicherungsträgers, in ungekündigter Stellung, sucht sich zu verändern. Keine Privatversicherung, kein Außendienst. Zuschr. unt. H 3882 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Aus dem Ausland zurückgekehrte attrakt., qualifizierte
Chefsekretärin
sucht interessantes Aufgabengebiet (nur Raum Hamburg), bin 43 J. alt, verheiratet und habe einen 16jährigen Sohn.
Biete: Sekretärinnendiplom
langjährige Berufserfahrung
Steno und Phono
Englisch fließend in Wort u. Schrift
Belastbarkeit und Flexibilität
Organisationstalent
Teamgeist
freundliches Wesen
Erwarte: formidablen Chef
angenehmes Betriebsklima
Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit
Gehaltsangebote nicht unter DM 4 000,–. Zuschriften u. B 3972 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Au-pair-Mädchen
20 Jahre, m. Abi, sucht vom 1. 9. 85 bis 30. 6. 86 Beschäftigung in der Schweiz. Zuschriften an Ursula Ellebracht, Rippelbaum 36, 4414 Sassenberg 2.

Dynamischer Kaufmann
28 Jahre, m. 5jähr. Erfahrung als selbst. Geschäftsführer, 30 Angestellte, m. Aussteller-Leistungsschein, der gil. als tätiger Teilhaber in der Lage ist, alle anf. Aufgaben u. Arbeiten selbst zu verrichten, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im nordd. Raum. Finanzielle Absicherung gewährleistet.
Zuschr. u. Z 3948 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm., 30 Jahre
ledig, flexibel, Sprachkenntn. engl. u. spanisch, sucht interessante Auslandstätigkeit, auch Zeitarbeit angenehm.
Zuschr. u. A 3949 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Feldberg-Falkau
Hochschwarzwald
Schwarzwaldhaus als Ein- oder Zweifamilienhaus.
Wfl. ca. 155 m².
bezugsfertig.
Preis ab DM 385.000,--
incl. Garage(n) u. Stellplatze.
Keine Käuferprovision

Leonberger Immobilien
Telefon (07 71) 5041/42

Konstanz/Bodensee
Eigentumswohnungen.
Wfl. 88 - 127 m², bezugsfertig.
reizvolle Umgebung mit hohem Freizeitwert.
Preis ab DM 288 000,--
incl. TG-Platz
Keine Käuferprovision

Leonberger Immobilien
Telefon (07 71) 5041/42

Freiburg, Stadtmitte
Am nördlichen Ende der Fußgängerzone entstehen Laden, Büros und Wohnungen mit Tiefgarage
● Große und Grundriß flexibel
● Bestens geeignet für Selbstnutzer und Anleger
Baubeginn Mai 1985.
● Baubeginn Herbst 1986
Bezug Herbst 1986
ggf. Mietgarantie!

Leonberger Immobilien
Telefon (07 61) 55 25 70

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

IBIZA
Aktiengesellschaft bietet Investmentgruppe erstklassiges Objekt als Gesamtpaket oder Beteiligung an der Entwicklung eines Touristikkomplexes: 65 Apartments (1, 2 und 3 Schlafzimmer), hoher Standard, 6000 m² auf einem 10 000 m² großen Grundstück zur Bebauung freigegeben. Die erste Bauphase hat bereits begonnen. *Lage in Strandnähe der Cala Conta und* Cala Bassa (San Antonio Abad).
Verhandlungsbasis: 350 000,– US-$
GERINSA
Paseo de la Habana, 19 - 3° piso
28036 Madrid/Spanien
Tel. (0 03 41) 2 50 60 10 – 2 50 13 93

Harz – Südrand
1-Familien-Haus in schöner Waldlage
Ca. 100 m² Grundfl., lux. Ausf., 2geschossig, voll unterkell., Öl-Zentr., 2 Bäder, 4 Schlafr., großz. Wohnraum mit Kamin
1 wohnbauartiges Betriebsgebäude
Flachbau, 550 m², Gasheizung
Grundstück gesamt 2340 m², in verkehrsgünstiger Wohnlage. Gesamtpreis 700 000,– DM VB.
Tel. 0 55 22 / 21 91

Bad Herrenalb
Bauplatz „Am Bottenberg", 8,90 Ar in schöner Hanglage zu verkaufen.

Treuhandbüro
Bürkle/Büschel
Berliner Platz 6
7100 Heilbronn
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

HOLLAND
in Wydenes, 5 km v. Hoorn, reizv. Wohnbauernhof mit allem Komf., Wohnzi. m. off. Kamin (80 m²), 3 Schlzi., 2 Badezi. m. Liegebad u. WC, Stall für 4 Pferde, Reitbahn im Freien, Doppelgarage 50 m². Günstige Lage f. Wasser- u. Pferdesport u. Ysselmeer. Gut gepfl. Hfl 350 000,– N. v. d. Velden, Purmerdyk 9, *Purmerend. (Holland)*
Tel. 00 31 - 29 90 4 40 52

2-Familien-Haus, herrl. Hausrücklage bei Kastellaun
über 200 m² Wohnfl., 3 Bäder, Heizung, fast komplett und gut möbliert, beste Vermietung, 2 Garagen, gepfl. Garten für 210 000,– DM und viele weitere Objekte. Liste anfordern bei
LETZEL-Immobilien
Albrechtstr. 34
6200 Wiesbaden
Tel. 0 61 21 / 30 40 49

BETEILIGUNG (auch ÜBERNAHME)
an rentablem u. entwicklungsfähigem Unternehmen gesucht von kapitalkräftiger Gesellschaft. Auslandsabwicklung möglich.
Angebote unter P 3917 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Über 100 % Gewinn gibt es nicht ohne Risiko!!
Wenn Sie bereit sind, ein überschaubares Risiko einzugehen, dann fordern Sie noch heute unsere Unterlagen an.
Zuschriften erbeten unter U 1743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hohe Gewinnbeteiligung!
Etablierter Filmproduzent bietet Beteiligung an Spezial-Video-Filme. Referenzen u. Vertriebs*verbindungen vorh.,* Telefonkontakt 0 61 21 / 52 94 92

Verk. altersh. getr. od. zus. **CANADA** New Brw., 36 ha a 0,10 DM (VB) Ortsrd. Str. Anschl. Kü'str. Miram. Bey USA Fla. Highl. City Sebring. Str. Ans. 5000 m² a 3,– DM (VB) – Beide h. u. tr. – Abw. üb. d. Notar – Deed gg. Zlg. üb. Bk.
Zuschr. unter V 3900 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

10 000 m² Freigelände, Großgewerbegebiet, im Stadtbereich von Düsseldorf zu verpachten. Näheres unter Telefon 02 11 / 78 56 19

Gepflegtes und bestens eingerichtetes
Speise-Restaurant
90 Sitzplätze, mit angebautem Wohnhaus, 184 m², und Doppelgarage. Vor *vier Jahren neu rustikal eingerichtet,* in ostwestfälischer Kleinstadt, krankheitshalber sofort zu verkaufen. Gesamtpreis 790 000,– DM.
Zuschriften erb. u. U 3899 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exklusive Bar
mit Haus und großem Grundstück Nähe Mannheim zu verpachten oder zu verkaufen. Ebenso gut eingeführter
Saunaclub
Nähe Heidelberg zu verkaufen oder zu verpachten. Zuschriften unter K 3913 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ladenlokal in Fußgängerzone Ludwigsburg, beste Lage, ab sofort zu vermieten. Zuschr. erb. u. Z 3904 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

In unserem
City-Center Bad Oeynhausen
zentral gelegen, vermieten wir per sofort
1 Ladenlokal 122 m²
Parkplätze am Haus. Keine Maklergebühr.
Geeignet für Kunstgewerbe, Spielwaren, Video, Arzt- u. Anwaltspraxis, Briefmarken, Parfümerie, Sonnenstudio, Geschenkartikel, Handarbeitsgeschäft u. a. m.
Auch als Restaurant geeignet.
**City Center GmbH & Co KG
– Frau Garen – Große Heide 31
4970 Bad Oeynhausen 2
Tel. 0 57 31 / 5 11 83**

Live-Bericht vom Kampf mit den Außerirdischen im „Kleinen Fernsehspiel"

Supermann schlägt Mars-Tyrannen

Feindseligkeiten extraplanetarischer Kampftruppen, ausstaffiert mit utopischen Uniformen, ausgetragen mit futuristischen – oder nicht mehr futuristischen – Waffen nach dem altbekannten Muster „Gute gegen Böse" sind dem Fernsehzuschauer hinreichend bekannt. Die Macht der Medien und die Rivalitäten der unterschiedlichen Genres dagegen gehörten bislang eher zum Politkolorit. Doch das will das ZDF jetzt ändern. Kampf zwischen Kino, Fernsehen und Video und ihre Wirkung auf den Menschen vor Bildschirm und Leinwand werden zum Thema eines kleinen Fernsehspiels – in Science-fiction-Verpackung allerdings.

Argon, Tyrann auf dem Mars, will seinen unersättlichen Machthunger durch die Einverleibung unseres Planeten stillen. Er greift ihn mit einer Strahlenkanone an und sorgt für Katastrophenalarm und Panik auf dem Erdball. Natürlich fehlt es nicht am Retter in der Not in Gestalt des erfahrenen Kosmonauten Hurry Cane, der ins All gesandt wird, um die Bedrohung abzuwenden. Soweit ist alles wie gehabt, doch nun kommt der mediale Aspekt: Canes mutiger und unermüdlicher Kampf gegen den Mars-Despoten flimmert live über die Bildschirme auf dem Globus. Eine zynische Satire auf Nachrichtensendungen, bei denen die Reporter nicht nahe genug an den Krisenherd herankommen können?

„Der Unbesiegbare" paßt mit seinen 100 Minuten eigentlich nicht in die Sendereihe unter dem Symbol des schwarzen Kopfes mit dem stechenden Auge, soll sie doch in erster Linie ein Forum für das *kleine* Fernsehspiel sein. Inhaltlich gehört er wohl schon eher auf diesen Programmplatz, der cineastischen Anforderungen genügen will. Damit ist

Der Unbesiegbare – ZDF, 22.35 Uhr

auch sogleich die Zielgruppe definiert: Die Redaktion geht davon aus, daß, wer sich zu nachtschlafender Zeit vor den Bildschirm setzt, ein fundamentales Interesse an „Filmen der dritten Art", bar des leidigen kommerziellen Produktionsmotivs hat. Abgesehen von dieser, verglichen mit den horrenden Einschaltquoten der leichten Show-Unterhaltung, kleinen Fernsehspiel-„Gemeinde" findet diese Reihe oft auch Zuspruch in Kinos, in Kunst-, Festival- und kommunalen Kinos.

Wird „Der Unbesiegbare", entstanden nach einer Idee von Gusztav Hamos, diesem Anspruch gerecht? Allein mit der Story vom Superhelden sicher nicht. Doch da bleibt die Hoffnung auf das psychologische Moment, auf die Wirkung der medialen Schlacht um den interplanetarischen Kampf auf die vielzitierten Konsumenten: Für zwei Kosmopoliten bietet die aktuelle Berichterstattung Anlaß zu einer Wette. Die These, ein wahrer Held werde erst durch den Heldentod „geboren", steht der von der bloßen Wirkung der Heldentat gegenüber. Daß sich die Auseinandersetzungen um diesen Streit parallel zu den Kämpfen auf dem Mars zuspitzen, mag durchaus ein dramaturgischer Kunstgriff sein: Immerhin werden beide Ebenen durch den von einem der Wettstreiter organisierten Mordanschlag auf den „Retter" des Erdballs miteinander verquickt.

Und dann sind da noch die „Anbieter" an sich. Im „Unbesiegbaren" kämpfen auch zwei mediale Supermächte gegeneinander: die ritualisierte, fast betuliche Gestik des Kinos gegen die schillernden Abziehbilder einer Fernsehserie, das Krimiklischee des Killers gegen den „Superman" des Science-ficition-Comics. M.Sch.

TURNEN / Streit und kein Ende: Briefwechsel geht weiter – WELT-Interview mit Klaus Lehmann

Gegenseitige Beschimpfungen hören nicht auf – Vorwurf an Ursula Hinz: „Sie geht über Leichen"

KLAUS BLUME, Bonn

Der Deutsche Turnerbund (DTB) kommt nicht zur Ruhe. Seit Jahren spielen sich Skandale ab, die der Charta des deutschen Sportes spotten. Da wurden minderjährige Mädchen mit unerlaubten Medikamenten behandelt, da wurden Bundestrainer beschäftigt, die in dem Ruf standen, Diamanten ohne Herkunftsnachweise zu schmuggeln und an hohe Funktionäre zu verkaufen, da wurden Kampfrichter bestochen und erpreßt, da wurden und werden finanzielle Manipulationen vorgenommen. Der Berliner Lehrer Klaus Lehmann, einst Landeskunstturnwart, hat als Vater der aus dem Nationalkader gefeuerten Brigitta Lehmann einen offenen Brief an das Turner-Präsidium geschrieben. Unterstützung versprach ihm dabei bisher der Vater der zurückgetretenen Aktivensprecherin Elke Heine aus Hannover. Karlheinz Gieseler, der Generalsekretär des Deutschen Sportbundes (DSB) sagt dazu: „Es ist die vornehmste Aufgabe des DTB-Präsidiums, die Angelegenheiten ins Reine zu bringen, zum Schutze der den Damen und Herren des Verbandes anvertrauten Mädchen." Dazu wird es nicht kommen. Denn DTB-Präsident Willi Greite hat bisher bei keinem einzigen Skandal in seinem Verband gehandelt, er hat stets alles gewähren lassen. – Die WELT sprach mit Klaus Lehmann über seinen Brief an das Präsidium des Turner-Bundes.

WELT: Warum jetzt dieser Brief?

Lehmann: Ich bin äußerst erbost darüber, daß sich das Präsidium des Deutschen Turnerbundes niemals einschaltet und daß sich deshalb die Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz in despotischer Manier über alles hinwegsetzt.

WELT: In despotischer Manier . . .

Lehmann: Ja, denn Frau Hinz arbeitet mit Lügen, Manipulationen und mit Rufmord.

WELT: Können Sie das beweisen?

Lehmann: Ohne weiteres. Nehmen wir nur das Beispiel meiner Tochter. Frau Hinz behauptet in der Öffentlichkeit, sie sei für ihre Größe von 1,55 m zu dick. Das wäre sie, wenn sie nur 1,55 m groß wäre. Meine Tochter ist 1,60 m groß, obendrein – im Gegensatz zur im vergangenen Jahr zurückgetretenen Yvonne Haug – ein fraulich entwickelter, athletischer Typ. Frau Hinz weiß das, aber mit solchen Verdrehungen beginnt immer alles.

WELT: Es geht aber nicht nur um den Fall Brigitta Lehmann . . .

Lehmann: Es geht darum, daß alle Profis im Deutschen Turnerbund, wie der hauptamtliche Bundestrainer Vladimir Prorok, von einer ehrenamtlichen Funktionärin, von Frau Hinz, abhängig sind.

WELT: Sie haben Frau Hinz auch der Manipulationen bezichtigt. Können Sie diese Behauptung aufrechterhalten?

Lehmann: Weil sie in Sachen Sporthilfe Mentor und Koordinator in einer Person ist, so daß sie das gesamte Sporthilfe-Geld für die Turnerinnen ausgezahlt bekommt. Frau Hinz wirtschaftet damit nach Gutdünken, sie kürzt Zuwendungen, sie erhöht sie mal, sie stellt auch schon mal ein halbes Jahr lang die Zahlungen ganz ein. Frau Hinz bringt aber auch Trainer und Kampfrichterinnen in Abhängigkeitsverhältnisse. Das beginnt damit, daß sie bestimmt, wer welche Reisen mitmachen darf, und wer nicht. Dann wird der Druck verstärkt, dann wird manipuliert. Warum denn sind zwei Bundeskampfrichterinnen in der Amtszeit von Frau Hinz zurückgetreten? Warum hat man ihr im Berliner Landesverband das Vertrauen entzogen?

WELT: Sie sprechen von Unmenschlichkeit im Turnerbund, warum?

Lehmann: Weil unsere Turnerinnen, wenn die Leistung nachläßt, wie eine unbrauchbar gewordene Ware auf den Müll geworfen werden. Keine einzige Turnerin ist nach Beendigung ihrer Laufbahn geehrt oder ordentlich verabschiedet worden, nicht Andrea Bieger, nicht Dagmar Brannekämper, nicht Yvonne Haug, nicht Angela Golz, nicht Brigitta Lehmann, nicht Elke Heine. Das drückt den Charakter von Frau Hinz aus, denn diese Frau geht über Leichen und das ist verwerflich.

KRITIK

Portrait einer Elitetruppe

Sie wurde als verlorener Haufen bezeichnet, als Unterschlupf für Verbrecher. In den 150 Jahren ihres Bestehens mußte Frankreichs Fremdenlegion mit ihrem schlechten Ruf leben. Mit diesen falschen Klischees räumte der ZDF-Film **Krieg heißt ihr Handwerk** aus der Reihe „Reportage am Montag" von Alexander Niemetz auf. Kühl und präzise zeigte er den Alltag der Legion. Sie ist eine Elitetruppe, jederzeit zu einem globalen Einsatz bereit. Auf der Flucht vor der eigenen Vergangenheit war keiner der Legionäre, die sich dem Gespräch stellten. Selbstbewußt erzählten sie von den Motiven, die sie zum Eintritt in die Legion veranlaßten. Es reizte sie nicht die provinzielle Trostlosigkeit der Bundeswehr, sie wollten die Welt sehen.

Die Garnisonen liegen in Südfrankreich und auf Korsika, aber auch in Tibouti, auf Tahiti, auf der kleinen Komoreninsel Mayotte und in Guyana. Kein Interviewpartner von Alexander Niemetz war eine Killerfigur, sie wollten sich nur nicht von der Wohlstandsgesellschaft mit ihren Stechuhren in der Bundesrepublik vereinnahmen lassen.

Fremdenlegion 1985, das machte der ZDF-Film klar, ist eine hochspezialisierte Truppe. Von hundert Bewerbern werden zehn zur Grundausbildung geschickt, davon scheiden wieder fünf aus. Noch immer ist das Unteroffizierkorps deutsch geprägt. Über die Härte in der Legion ließ der Film keinen Zweifel, aber er demonstrierte, daß es keine Schikanen gibt. Der ZDF-Film räumte auch mit den Vorurteilen auf vom Legionär, der einsam durch die Wüste wankt. Eine Truppe wurde vorgestellt, die ihr Kriegshandwerk perfekt beherrscht, im Dschungel, in der Wüste, aber auch an der Zonengrenze.

PETER HORNUNG

. . . und der Held reitet weiter

Joseph Cotten hatte vermutlich Steuerschulden, als er in dem amerikanischen Spielfilm **Cutter duldet keinen Mord** (ZDF) eine Rolle annahm. In diesem Western von 1969 ist er in der Rolle eines Generals zu sehen, der gleich eingangs einem Verbrecher das Todesurteil verliest und ihn hängen läßt.

Zuvor aber darf der Delinquent noch ein letztes Wörtchen sagen. Und da er einer der berüchtigten Bowen-Brüder ist, schwört er die Rache seiner Brüder-Clique auf das Haupt dessen, der ihn hierher an den Galgen gebracht hat. Dann baumelt der Mann, der General trägt sein markantes Gesicht zum Abschminken in die Garderobe. Zurück bleibt ein nachdenklicher Marshall, nämlich Ben Cutter, dem der Abschiedsgruß des Gehängten galt: John Gavin, der auch schon bessere Rollen hatte.

Übriggeblieben aus diesem Vorspiel sind auch die Bowen-Brüder, die wir nun kennenlernen. Sie und ihre finstere Gefolgschaft machen ihre Drohungen wahr, sie brennen und morden in dem mexikanischen Dorf Cascabel und schüchtern die überlebenden Einwohner so ein, daß keiner von ihnen dem tapferen Marshall gegen die schießwütigen Racheengel zu helfen wagt. Aber, wie der Titel schon verrät, bleibt am Schluß Ben Cutter der Sieger über die Mächte des Bösen. Über dieser Klischeeansammlung tröstet uns das Bewußtsein, daß wir mit dieser „deutschen Erstaufführung" dem ZDF größere Ausgaben erspart haben.

WALTER DEPPISCH

SPORT-NACHRICHTEN

Frühes Ende für Wimmer

Stuttgart (dpa) – Für Martin Wimmer ist die Motorrad-Saison vorzeitig beendet. Der 27jährige Yamaha-Fahrer, der in der Klasse bis 250 ccm noch Chancen auf die Vize-Weltmeisterschaft gehabt hätte, wurde am Mittelhandknochen des rechten Arms operiert. Er war am Freitag im Training zum Großen Preis von Frankreich in Le Mans gestürzt.

Tour-Prolog in Berlin?

Berlin (sid) – Vertreter des Berliner Senats haben in Gesprächen mit den Organisatoren der Tour de France darum geworben, 1987 den Prolog der Radrundfahrt in Berlin auszutragen. Die Stadt feiert in zwei Jahren ihr 750jähriges Bestehen.

Stattliches Lebenswerk

New York (sid) – John Henry, erfolgreichstes Rennpferd aller Zeiten, muß vermutlich seine Karriere beenden. Der inzwischen zehnjährige Galopper laboriert an einer Sehnenverletzung. John Henry hat bei 83 Starts 39 Rennen gewonnen und dabei 6 597 947 Dollar verdient. Als Einjähriger hatte der Wallach noch für 1100 Dollar den Besitzer gewechselt.

Weller gegen Jacobsen

Düsseldorf (sid) – Der bisher unbesiegte dänische Leichtgewichtler Gert Bo Jacobsen ist Herausforderer von Europameister René Weller (Pforzheim). Voraussichtlicher Kampftermin ist der 4. Oktober.

Rehhagel ungeduldig

Bremen (dpa) – Trainer Otto Rehhagel und Manager Willi Lemke von Werder Bremen wollen bei der Europäischen Fußball-Union (UEFA) Protest einlegen. Trotz mehrfacher Mahnung hat sich bisher der erste Gegner im UEFA-Pokal-Wettbewerb, Tschernomoretz Odessa, nicht mit seinem Spielplan gemeldet.

HSV geht „unters Volk"

Hamburg (sid) – Unter dem Motto „HSV – damit der Norden oben bleibt" startet der Hamburger Sportverein eine breit angelegte Werbekampagne. Ziel ist eine Erhöhung der in den letzten Jahren stark gesunkenen Zuschauerzahlen. Nach Aussage von HSV-Präsident Klein läßt der Fußballverein sich diese Maßnahmen eine sechsstellige Summe kosten.

Finnland trauert um Idol

Helsinki (sid) – Matti Henrikki Järvinen, Speerwurf-Olympiasieger 1932 in Los Angeles und finnisches Sportidol, ist im Alter von 76 Jahren in Helsinki gestorben. In seiner aktiven Laufbahn hatte er zehn Weltrekorde aufgestellt.

Hübners Platzrekord

Berlin (GAB) – Bei der als Ranglisten-Wettspiel des Deutschen Golf-Verbandes gewerteten Berliner Amateur-Meisterschaft stellte Thomas Hübner (Hubbelrath) in der ersten Runde mit 65 Schlägen bei Par 72 einen neuen Amateur-Platzrekord auf. Der Nationalspieler stellte den Rekord der Pros durch Vincente Fernandez (Argentinien) von 1980 ein.

Ohne große Wirkung

Frankfurt (dpa) – Mit einer Sperre von fünf Wochen hat das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) Andreas Ellguth (Arminia Bielefeld) wegen „leichter Tätlichkeit" beim Spiel gegen den 1. FC Saarbrücken am 17. Juni belegt. Die Frist für Ellguth lief allerdings bereits gestern ab, so daß der Libero ab sofort wieder spielberechtigt ist.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Washington, Finale: Noah (Frankreich) – Jaite (Argentinien) 6:4, 6:3. – **Grand-Prix-Turnier in Hilversum,** erste Runde: Maurer (Deutschland) – Feenstra (Holland) 6:1, 6:1. – **Grand-Prix-Turnier in Indianapolis,** erste Runde: Schwaier (Deutschland) – Frawley (Australien) 7:5, 6:3, 6:3.

GOLF

Berliner Amateur-Meisterschaft als Ranglisten-Wettspiel des Deutschen Golf-Verbandes auf dem kombinierten Wannsee-Platz (Par 72): Herren: 1. Hübner (Hubbelrath) 65 + 77 + 71 = 213 Schläge, 2. Strüwer (Hamburg-Hittfeld) 73 + 71 + 71 = 215, 3. A. Stamm (Braunschweig) 70 + 77 + 71 = 218, 4. Kötter (Hubbelrath) 68 + 74 + 76 = 218, 5. Schuchmann (Hamburg-Falkenstein) 72 + 70 + 79 = 221. – **Damen:** 1. Annison (Berlin) 75 + 76 + 80 = 231, 2. Eicke-Huth (Kronberg) 79 + 75 + 82 = 236, 3. Bernt (Berlin) 78 + 83 + 76 = 237.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 040 214,00 Mark, 2: 154 665,30, 3: 11 155,70, 4: 163,00, 5: 11,60. – **Elferwette:** 1: 3 464,20, 2: 139,60, 3: 13,80. – **„6 aus 45":** 1: 41 860,00, 2: 37 816,70, 3: 425,70, 4: 17,50, 5: 3,30. – **Rennquintett, Rennen A:** 1: 65,50, 2: 13,20 – **Rennen B:** 1: 727,00, 2: 121,10, Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 15 994,40. (Ohne Gewähr).

STAND ● PUNKT

Ski im Sommer . . .

Es wird nun allerhöchste Zeit, sich endlich auf den alpinen Ski-Winter einzustellen. Der Countdown läuft bereits, denn die ersten Weltcup-Abfahrten der neuen Saison finden am 15. und 16. August statt. Das ist kein Druckfehler, das ist so: Der Beginn des alpinen Weltcups ist mitten im Sommer. Als der österreichische Ex-Weltmeister Harti Weirather gestern daheim in Tirol bei sommerlicher Hitze seine Skisachen zusammenpackte, um deshalb zum Gletschertraining auszurücken, sagte er: „Ich weiß gar nichts damit anzufangen – Abfahrten mitten im Sommer." Und in den Wiener Sportredaktionen, wo ansonsten das Thema Ski alles andere verdrängt, war das Interesse gleich Null.

Aber die sommerliche Lethargie täuscht vielleicht. Denn der Elsässer Serge Lang, Vater des Ski-Weltcups, spricht von einem regelrechten Run auf die argentinischen Wintersport-Hochburgen, wo im August die nur im Winter so geliebte Hangraserei beginnt. Alle großen Ski-Verbände haben zugesagt und die wesentlichsten europäischen Fernsehstationen werden darüber berichten. Lang hofft, auch ARD und ZDF von der Ski-Berichterstattung im Sommer überzeugen zu können.

Das alles klingt sehr nach verdrehter Welt. Doch Skifahren in der höchsten Preisklasse ist ja längst ein Ganzjahres-Job geworden. Die Nationalmannschaften sind mitten im Sommer schon oft nach Südamerika, nach Australien oder Neuseeland ausgerückt, um dem nicht allzu sinnvollen Gletschertraining auf umweltverseuchten europäischen Pisten aus dem Weg zu gehen. Warum sollte man da nicht auch zwischendurch mal einige Rennen fahren? Fraglich ist nur, ob man das alles gleich zum Weltcup zählen soll. Im Österreichischen Ski-Verband (ÖSV) spricht man von einem besseren Training, das in den Anden absolviert werde.

Serge Lang ist das alles gleichgültig. Auch der Spott, der ihm nun entgegengebracht wird. Er sagt: „Wir machen das für die, die sich dafür interessieren. Ob das 200 oder 20 Millionen Zuschauer sind, interessiert mich nicht." Wenn das so ist, dann sollte er doch gleich eine große Käseglocke über seinen Weltcup-Zirkus stülpen. K. Bl.

TENNIS

Becker: „Ich lerne noch"

SAD/dpa, **Indianapolis**

„Vor zwei Monaten fragte ich ihn: Junge möchtest du mit mir spielen?" frotzelt der ehemalige argentinische Weltklasse-Spieler José-Luis Clerc über Boris Becker. „Heute frage ich ihn: Gnädiger Herr, möchten Sie mit mir ein paar Bälle schlagen?" Clercs Witzeleien waren nur ein Zeichen für den neuen Status, den Boris Becker seit seinem Wimbledonsieg vor zwei Wochen besitzt. Und während früher die Tennis-Groupies dem gutaussehenden Clerc Blicke zuwarfen, verkünden nun bei den amerikanischen Hartplatz-Meisterschaften in Indianapolis Mädchen auf ihren T-Shirts: „I'm a Boris Becker backer" („Ich steh' hinter Boris Becker").

Bei einem Übungsspiel gegen Clerc tags zuvor schien er nicht ganz sicher, was er von der Bewunderung um ihn herum halten sollte. Er reagierte nur auf die Spielereien von Clerc, zeigte aber nicht die Unbefangenheit, die ihn in Wimbledon zum Liebling der Fans gemacht hatte.

Selbst als er gegen Clerc einen Satz 7:6 gewann, blieb er vollkommen ruhig. Gerade zwei Autogramme gab er und verschwand dann in die Umkleidekabinen, ehe die Fans ihn umrunden konnten. Die Bewunderung seiner Verehrerinnen scheint ihm allerdings trotzdem nicht gleichgültig. Ob ihm die Bewunderung der weiblichen Fans gefalle, wollte ein Reporter wissen. Beckers kennerhafte Antwort: „Sie sind ein Mann, ich bin ein Mann, und ich mag Mädchen – Sie nicht?"

Über die Lebensweise von Boris Becker („Ich mag keine Hamburger, und ich mag auch nicht meinen Spitznamen Boom-Boom") nach dem Wimbledon-Sieg sagte sein Manager Ion Tiriac: „Er hat sich zuvor nie große Dinge gekauft und tut es auch jetzt nicht." Trotz der bisher erspielten 264 737 Dollar habe sich der 17jährige nicht geändert. Über die Ascheplätze zeigte er sich besorgter: „Sie verlangen viel mehr als Rasen, aber wir nehmen jede Runde wie sie kommt."

Becker selbst beurteilt sich so: „Ich beginne gerade mit dem Tennis, erst in zwei, drei Jahren bin ich ausgereift. Ich lerne noch."

Als erster der in Indianapolis spielenden Deutschen qualifizierte sich Hans-Jörg Schwaier (München) mit 7:5, 3:6, 6:3 über den Australier John Frawley für die zweite Runde.

ARD / ZDF / III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 WISO
10.55 Was bin ich?
11.40 Alltag in Asien
12.10 Panorama
Mit Peter Gatter
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
15.25 Fauna Iberica
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Öko-Stadt Davis
Porträt einer Umwelt-Musterstadt in Kalifornien
16.55 Janosik, Held der Berge
Polnische Abenteuerserie (4)
17.40 Nudnik
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Krimi-Sommertheater
Tatort
rot – rot – tot
Von Karl Heinz Willschrei
Mit Curd Jürgens, Renate Schroeter, Christian Berkel, Werner Schumacher u. a.
Regie: Theo Mezger
Die Bewohner eines noblen Stuttgarter Wohnviertels leben in großer Angst, da ein rätselhafter Frauenmörder sein Unwesen in der Gegend treibt. Zwei junge Damen fielen ihm bereits zum Opfer. Beide waren rothaarig, zunächst der einzige Anhaltspunkt für die Ermittlungen von Kommissar Lutz.
21.50 Brennpunkt
Aufruhr in Südafrika – Der Burenstaat am Scheideweg
Moderation: Ernst Elitz
22.30 Ohne Filter
Musik pur
Mitwirkende: die japanische Jazz-Rock-Gruppe „Casiopea"; die englische Jazz-Formation „Working Week"; Al Dimeola, Gitarre; Blues-Gitarrist „Stevie Ray Vaughn and Double Trouble" und Harold Faltermeyer
Moderation: Frank Laufenberg
0.00 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Der Waschbär Rascal
Der Bär auf dem Dach
15.30 Ferienkalender
16.05 Flugboot 121 SP
Ein chinesisches Puzzle
16.30 Ein Affe im Haus
Alice im Showgeschäft
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Rauchende Colts
Der Sprenstoffexperte. Teil 3
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
20.15 ZDF Magazin
Zehn Jahre nach Helsinki: Menschenrechte immer noch mißachtet / Kriminelle Methoden bei Haustürwerbung / Grüne streiten um Mandatszeit / Warum SDI? – Fragen an General a.D. Lothar Domröse und Professor Edward Teller
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Polizeirevier Hill Street
Ein nicht ganz weißes Schaf
Captain Furillo hat wieder einmal eine Menge Schwierigkeiten: mit Howard Hunter, der ihn mit neuen militanten Ideen verärgert, mit *Detektiv Schneider von der Mord*kommission – und nicht zuletzt Ärger mit seiner Geliebten hat.
21.45 heute-journal
22.05 Ein Blick in die Liebe
Amouröse Episoden von anno dazumal
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Der Unbesiegbare
Drehbuch: Astrid Heibach, Juri Kozma, Ed Cantu und Gusztav Hamos
0.00 heute

III.

WEST
18.30 Kindergartenkonzert
Fritz
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Kindergartenkonzert
19.00 Haste Töne?
Amateure und Profis machen Musik
Moderation: Sigrid Meyer, Peter Wolfgang Fischer
19.45 Das internationale TV-Kochbuch: Australien (3)

HESSEN
18.30 Kindergartenkonzert
19.05 Das Beste aus der Hobbythek
Gefrorene Köstlichkeiten
19.35 Der Physik-Zirkus II (3)
Überall Kristalle

Gemeinschaftsprogramm:
WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 elf-elf extra
Ferien-Sondersendung des Magazins
Autotest: Großraum-PKW – Honda Shuttle 4x4, Mitsubishi Space 4x4 und Renault Espace / Schildkröten auf dem Balkon? / Das unbekannte Nordfriesland: Die Landschaft Stapelholm / Fitneß-Gymnasik zum Mitmachen
22.30 Die Schwarze Hand der Mafia
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Regie: Edward L. Cahn
In der Unterwelt kommt es zum erbitterten Machtkampf zwischen dem Gangster Augie Martello und Mafia-Boß Johnny Lucero.
23.40 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Heinz im Mond
Deutscher Spielfilm (1934)
Mit Heinz Rühmann u. a.
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Heute mit: Joan Armatrading
20.15 Wanderungen durch die DDR
Merseburger Kontraste
21.00 Der Greifer
Deutscher Spielfilm (1957)
Mit Hans Albers, Siegfried Lowitz u. a.
22.35 Das romantische Zeitalter
Der romantische Held
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 MS Franziska
5. Pfannkuchen und Jenever
20.00 Mit Vergnügen!
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Claire (1)
Englische Fernsehserie in sechs Teilen
22.40 Wie Gott in Frankreich
Deutsche Auswanderer
23.25 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Big Valley
15.00 Black Beauty
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Erben der frühchristlichen Welt
Im Banne des Heiligen Berges (4)
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.15 Sport auf SAT 1
Thema: Surfen
20.00 Offen gesagt
Lothar Kleinjung im Gespräch mit Rolf Liebermann
20.30 Love Boat
Anschl. Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Heute ich – morgen du
Italienischer Spielfilm (1969)
Mit Brett Halsey, Bud Spencer u. a.
Regie: Tonino Cervi
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
19.00 heute
19.30 Leute wie Du und ich
20.40 Ernst Mosch und seine Original Egerländer Musikanten
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
23.00 3SAT-Nachrichten

Golfer suchen nicht krampfhaft Langers Nachfolger

SABINE KOBES, Bonn

Was hat Bernhard Langer mit den elf- bis 15jährigen Jungen und Mädchen gemeinsam, die letzte Woche in Fulda Schnitzeljagden veranstalteten? Antwort: Alle spielen Golf. Der eine, 27 Jahre alt, als Profi auf internationalen Turnieren; gerade ist er mit einem dritten Platz von den Offenen Britischen Meisterschaften zurückgekehrt. Die anderen, vier Tage lang diesmal, in spielerischen Wettkämpfen eines Jugendtreffs. „Rund um die Uhr besessen und begeistert", nennt Karen Lampert vom Deutschen Golf-Verband die Stimmung bei solchen Veranstaltungen, die jeweils von drei oder vier Trainern geleitet werden.

Den ureigenen Charakter des traditionellen Golfs hält die Jugendwartin für „wenig kindgerecht". Kein Spiel zum Austoben, eine lange Anfangsphase auf der Übungswiese: „Wo ist da der Reiz für ein Kind?" fragt sie. Erst wenn die Jugendlichen – so wie jeder erwachsene Neuling auch – Platzreife erlangt haben, mit Schlagtechniken und Strategien grundsätzlich vertraut sind, dürfen sie sich auf der Anlage präsentieren. Das braucht Geduld. Ein Grund dafür, daß ein zwölf- oder 14jähriger *Golfer immer noch ein seltenes Bild* ist? Daß von hoffnungsvollem Nachwuchs aus dem Amateurlager kaum die Rede sein kann?

Jugendtreffen wie das der 47 Jungen und Mädchen in Fulda sollen den Traditionssport Golf „kindgerechter" machen, sein Image als Beschäftigung allein für Mittdreißiger bis Pensionäre aufweichen. Die Jahre „um elf herum" hält Karen Lampert für das beste Einstiegsalter. Im spielerischen Mit- und Gegeneinander, ohne das zu ausgeprägte Nachdenken des Erwachsenen, dafür noch mit einer starken Nachahmungsfähigkeit ausgestattet, ließen sich unter den Jugendlichen Talente für den Wettkampfsport Golf finden.

Von rund 70 000 Golfern, die sich auf den 200 Plätzen der deutschen Klubs tummeln, widmet sich bisher eine verschwindend geringe Zahl von je etwa 30 Damen und Herren dem Leistungssport. Und auch das nur in sehr engen Grenzen: International können die deutschen Amateur-Golfer nicht mithalten. Sie sind meistens nur dabeigewesen. Der Anteil Jugendlicher in den Vereinen ist im Vergleich mit anderen Sportarten verschwindend gering. Stammt etwa *jedes sechste oder siebte aktive Mit*glied aus einem jüngeren Jahrgang, wird das bereits als bemerkenswerter Prozentsatz gehandelt.

Wieweit in einem Traditionssport, wie es das Golf ist, überhaupt gezielte Nachwuchsförderung betrieben werden soll, darüber gehen die Meinungen im Dachverband auseinander. Da gibt es Mitglieder wie Karen Lampert. Sie treten ein für offensive Werbung; gehen, wie jetzt in Kronberg, der Heimatstadt der Jugendwartin, in Schulen und bieten kostenlose Trainerstunden an.

Abwartender will es dagegen Heinz Biemer, Geschäftsführer des Deutschen Golf-Verbands, angehen lassen: „Wir hängen keine Plakate an die Litfaßsäulen", steht er solchen Aktivitäten skeptisch gegenüber, „wir suchen nicht krampfhaft den Nachfolger für Bernhard Langer." Man will unter sich bleiben.

Tatsächlich kommen noch immer die meisten der wenigen jungen Spieler aus einer Golfer-Familie: Vater oder Mutter haben sie als Klubmitglieder auf den Grüns eingewiesen. Gerade das Aushängeschild des deutschen Golfs Bernhard Langer bildet die Ausnahme von der Regel. *Er war der erste in seiner Familie, der* den Schläger zur Hand nahm. Als Caddie, als Schlägerträger also, kam er zu seinem Sport.

Eine Vorzeigespielerin könnte, so die Meinung im Verband, demnächst Martina Koch aus Hannover werden. Gerade 19 Jahre alt hat sie mit ihrer für eine Amateurin überraschend guten Placierung bei den Offenen Deutschen Golf-Meisterschaften der Damen in Braunfels auf sich aufmerksam gemacht. Ihre deutschen Konkurrentinnen ließ sie dabei „mindestens eine Klasse hinter sich", sind sich Jugendwartin Lampert und Verbandsgeschäftsführer Biemer einig.

Martina Koch sieht sich heute von vielen als Paradebeispiel zitiert. Von denen, die der intensiven Nachwuchsförderung das Wort reden: Hat der Teenager doch schon im zarten Kindesalter von sieben Jahren Einlochen geübt – früher Start trägt also Früchte. Aber auch die, die das Interesse am Golf nur für eine Sache der Blutsverwandtschaft halten, scheint Martina Koch zu bestätigen: Ihr Trainer ist ihr Vater. Und der steht seit Jahren in Diensten des niedersächsischen Golf-Verbands.

Keine Übernahme des gewerblichen Vorruhestandes

G. BADING, Bonn

Die Möglichkeiten für einen Vorruhestand im öffentlichen Dienst reduzieren sich aufgrund der engen finanziellen Spielräume aller öffentlichen Arbeitgeber – Bund, Länder und Gemeinden – derzeit auf die Prüfung von Möglichkeiten der Teilzeitarbeit, des Überstundenabbaus sowie der Gleichstellung von Bundes- und Länderbeamten. Beamte in den Ländern können schon mit 62 Jahren, die des Bundes dagegen erst mit 63 Jahren von der vorgezogenen Altersgrenze Gebrauch machen. Die Kosten für eine Gleichstellung werden in Regierungskreisen mit 17 bis 18 Millionen Mark pro Jahr angegeben. Eine Übernahme des in der gewerblichen Wirtschaft schon praktizierten Vorruhestands, dessen Kosten sich Arbeitgeber, Beschäftigte und öffentliche Hand zu je einem Drittel teilen, komme nicht in Frage. Dies sei „noch kein endgültiges Nein" hatte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am 15. Juli vor bayerischen Beamten gesagt, verwies aber auf Prüfungen und Entscheidungen „zu gegebener Zeit".

In den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes war Minister Wolfgang Schäubles Wort, daß man alle Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung auch bei den Staatsdienern „sehr genau prüfen" werde, als „Angebot" interpretiert worden. Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies schrieb sofort an Zimmermann und bat um Klarstellung, ob die öffentlichen Arbeitgeber ein entsprechendes Angebot unterbreiten wollten. Dies allerdings wird schon aufgrund der im November vergangenen Jahres geschlossenen Tarifvereinbarung über die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Damals hatten der Bund, die Länder und die Gemeinden ein von der ÖTV und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes später angenommenes Angebot unterbreitet, in dem in einem Stufenplan zunächst für ältere Arbeitnehmer und ab 1. Januar 1987 für alle Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zwei zusätzliche freie Tage pro Jahr vereinbart wurden. Weiter heißt es: „Vorruhestandsregelungen werden nicht vereinbart; die Vertreter der Gewerkschaft behalten sich vor, frühestens 1987 auf diese Angelegenheit zurückzukommen."

Südkorea für eine gemeinsame Verfassung

Erste Vorgespräche von Parlamentariern über Wiedervereinigung

dpa/AP, Panmunjon

Zum ersten Mal seit der Teilung der koreanischen Halbinsel 1945 haben gestern Parlamentarier Nord- und Südkoreas Gespräche über mögliche Wege zu einer Wiedervereinigung des Landes geführt. Beide Seiten entsandten eine fünfköpfige Delegation nach Panmunjon, das in der entmilitarisierten Zone zwischen beiden Staaten liegt und wo nach dem Korea-Krieg (1950 bis 1953) der Waffenstillstand geschlossen wurde.

In der zwei Stunden und elf Minuten dauernden Sitzung vereinbarten die Delegationen ein weiteres Treffen am 25. September, ebenfalls in Panmunjon. Dabei wird es sich noch einmal um ein Vorbereitungstreffen für die eigentlichen Gespräche handeln, die mit Abordnungen von je elf Mitgliedern geführt werden sollen. Die Festlegung dieser Zahl war das einzige konkrete Ergebnis des Treffens. Beide Seiten waren sich im Prinzip aber auch einig, daß die Parlamentarier-Konferenz abwechselnd in den Hauptstädten Seoul und Pjöngjang tagen soll.

Die Initiative zu den Vorgesprächen ging von Nordkorea aus, das im April vorgeschlagen hatte, in einer gesamtkoreanischen Konferenz solle eine Nichtangriffserklärung verabschiedet werden. Nordkoreas Chefdelegierter Chon Gum Chol wiederholte jetzt diesen Vorschlag und versicherte gleichzeitig, daß Pjöngjang die von Südkorea angeregte Diskussion über eine gemeinsame Verfassung nicht blockieren werde. Der Delegationschef des Südens, Kwon Jong Dal, lehnte jedoch Beratungen über einen Nichtangriffspakt ab, da dieses Thema den Regierungen vorbehalten bleiben müsse.

Dem Gespräch der Parlamentarier waren in den letzten Monaten zwischen dem Norden und Süden des Landes bereits Wirtschaftsverhandlungen und Beratungen von Abordnungen des Roten Kreuzes, bei denen es vor allem um Familienzusammenführung ging, vorausgegangen.

Durchbruch im Handel?

■ Fortsetzung von Seite 1

In jüngster Zeit haben sich die amerikanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen in großen Schritten entwickelt. Als starker Antriebsmotor entpuppten sich die marktwirtschaftlich orientierten Reformen. Einschließlich der Joint Ventures, Offshore-Ölprojekte und fünf US-Tochtergesellschaften (100 Prozent) investierten die Vereinigten Staaten bis September 1984 mehr als 700 Millionen Dollar in der Volksrepublik. Washington dringt auf den Abschluß eines bilateralen Investitionsabkommens, was die Handelsschleusen erst richtig öffnen würde.

Noch sichtbarer schlägt sich die zunehmende ökonomische Verzahnung im beiderseitigen Handelsvolumen nieder, das 1984 die Rekordhöhe von 6,4 Milliarden Dollar erreichte. Die USA lieferten Waren für drei, China für 3,4 Milliarden Dollar. Zum zweitenmal wies die US-Handelsbilanz mit China ein Defizit aus, während 1980 der Überschuß noch 2,6 Milliarden Dollar betragen hatte.

Stark verändert hat sich die Struktur des Güteraustauschs. So sind die früher typischen amerikanischen Agrarexporte von 2,2 (1980) auf 0,6 Milliarden Dollar geschrumpft, während Industriegüter von 1,2 auf 1,9 Milliarden Dollar stiegen. Gegenüber 1983 verdoppelten sich die US-Computerverkäufe auf 100 Millionen Dollar. Seit 1980 erhöhte China auch seine Fertigwaren-Ausfuhren in die Vereinigten Staaten von 0,8 auf 2,4 Milliarden Dollar. Mit 900 (300) Millionen Dollar rangieren Textilien obenan.

Aber noch immer ist der Handel nicht völlig frei – auf amerikanischer Seite durch Schranken für Textilien, auf chinesischer durch hohe Zölle, Einfuhrlimits und fehlende Fazilitäten, in denen sich US-Firmen etablieren könnten. Über all das wird jetzt hart verhandelt. Andererseits bilden die USA zur Zeit 15 000 chinesische Studenten aus, hinzu kommen Seminare zum Verständnis des amerikanischen Rechts oder die Schulung von Computertechnikern. Für 1985 bis 1987 schätzt das US-Handelsministerium den Modernisierungs- und Ersatzbedarf in der chinesischen Wirtschaft auf 14 Milliarden Dollar.

In Südafrika eskaliert die Gewalt

Aus Moskau Vorwürfe an die Adresse Washingtons / CDU-Politiker gegen Wirtschaftboykott

DW. Johannesburg

Der Ausnahmezustand in Südafrika hat zu Unruhen in der schwarzen Bevölkerung und zu einer neuen Verhaftungswelle geführt. Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes am Samstag über 36 Städte und Bezirke hat die südafrikanische Polizei 441 Oppositionelle festgenommen. Ein Sprecher der Polizei kündigte gestern die Veröffentlichung einer Liste mit den Namen der Inhaftierten an. Zwei Schwarze wurden nach Angaben der Polizei erschossen, als eine 4000köpfige Menge das Haus eines Polizisten in Tsakane angriff. Auch in der Schwarzen-Stadt Thokoza sei ein Mann bei dem Versuch, eine Benzinbombe auf eine Polizeistation zu werfen, erschossen worden. Seit Inkrafttreten des Notzustands in den besonders dicht besiedelten Gebieten Südafrikas sind bei Unruhen in Siedlungen für Schwarze insgesamt neun Menschen ums Leben gekommen.

Nach Berichten ergriff die Verhaftungswelle vor allem Mitglieder und Amtsträger der Oppositionsbewegungen United Democratic Front (UDF) und Azanian Peoples Organisation (AZAPO) sowie der militanten Schülerorganisation Congress of South African Students (COSAS), die einen großen Anteil an der Organisation des Unterrichtsboykotts an Schwarzen-Schulen hat. Unter den Verhafteten sollen sich mindestens vier prominente schwarze Pfarrer befinden. Die Bestimmungen des Ausnahmezustandes erlauben es der Polizei, Verdächtige ohne Haftbefehl zu arrestieren und ohne richterliche Kontrolle praktisch für unbegrenzte Zeit in Gewahrsam zu behalten.

Die jüngste Welle der Gewalt stand in engem Zusammenhang mit der südafrikanischen Parlamentsreform, die neben der Kammer für Weiße getrennte Kammern für Mischlinge und für Asiaten schaffte. Apartheids-Gegner bezeichneten die Reform als Farce, die den Mischlingen und Asiaten keine Befugnisse gebe und die 24 Millionen Schwarzen nach wie vor von der Macht ausschließe.

Scharfe Kritik an der Südafrika-Politik Washingtons übte die sowjetische Parteizeitung „Prawda". Der Regierung in Pretoria sei mit der Politik des „konstruktiven Engagements" eine Unbedenklichkeitsbescheinigung erteilt worden, Verbrechen zu begehen. Demgegenüber erklärte der für Südafrika zuständige Abteilungsleiter im US-Außenministerium, Robert Gelhard, die USA würden ihre Politik zunächst nicht ändern. Er hoffe aber, daß der Ausnahmezustand nur wenige Wochen in Kraft bleiben werde.

Gegen einen Wirtschaftsboykott als Reaktion auf die Verhängung des Ausnahmezustandes hat sich der CDU-Obmann im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, Hans Stercken, ausgesprochen. Im Saarländischen Rundfunk sagte Stercken gestern, er sei davon überzeugt, daß eine solche Maßnahme nach den bisherigen Kenntnissen nicht geeignet sei, eine Veränderung der Lage in Südafrika „herbeizuzwingen". Stercken fuhr fort, er verstehe, daß man die Möglichkeit eines Boykotts prüfe. Wenn ein Boykott zu dem Ergebnis führen könnte, den Abbau der Apartheid zu beschleunigen, würde er einer solchen Maßnahme zustimmen.

FDP: Große Steuer-Entlastung 1989

● Fortsetzung von Seite 1

Bedarfsfall dadurch sichergestellt werden, daß die Finanzverwaltung Ausgleichsbeträge für den Kindesunterhalt – gestaffelt nach der Zahl der Kinder – zahlt (bereits ab 1986 gesetzlich verankert).

Die Proportionalzone soll, anders als von Bangemann gestern angekündigt, bei einer 22prozentigen Besteuerung bleiben. Sie soll allerdings künftig als feste Einkommensspanne definiert werden (ab 1986 beträgt sie etwa 13 500 bis 27 000 Mark für Ledige/Verheiratete), also mit jeder weiteren Erhöhung des Grundfreibetrags entsprechend später beginnen, um einen Teil der heimlichen Steuererhöhungen aufzufangen. Nach dem FDP-Vorschlag würde sie damit 1989 erst bei zu versteuernden Jahreseinkommen von 19 500 bis 39 000 (derzeit 18 000 bis 36 000) Mark enden.

Entsprechend würde die Progressionszone nicht mehr bei 130 000 bis 260 000, sondern bei 131 500 bis 263 000 Mark enden, um den Progressionsverlauf nicht steiler werden zu lassen. Vielmehr soll der Tarif „nur noch langsam und gleichmäßig ansteigen" (linear progressiv). Allerdings hat sich das FDP-Präsidium, anders als Bangemann gestern mit 45 Prozent, noch nicht auf einen neuen Spitzensteuersatz (derzeit 56 Prozent) festgelegt, sondern lediglich erklärt, daß er „deutlich gesenkt" und unter 50 Prozent liegen soll.

Ferner soll die Steuerbelastung der Unternehmen „deutlich verringert" werden. Der Körperschaftsteuersatz (derzeit ebenfalls 56 Prozent) soll wie der Spitzensatz der Einkommensteuer gesenkt werden. Unterschiedliche Sätze für einbehaltene (56) und ausgeschüttete (36 Prozent) Gewinne soll es künftig nicht mehr geben. Damit werde die Kapitalertragsteuer entbehrlich, so daß sich ein erheblicher Vereinfachungseffekt ergebe (da der ausgeschüttete Gewinn heute mit 36 Prozent versteuert und von den verbleibenden 64 Prozent 25 Prozent Kapitalertragsteuer einbehalten werden, verbleiben 48 Prozent netto.

Die betriebliche Vermögensteuer soll ganz abgeschafft werden. Außer in Luxemburg gebe es in der EG eine solche Besteuerung nicht. Mit ihrer Beseitigung entfalle die jetzige Doppelbelastung des Betriebsvermögens, die sich aus der Vermögensteuerpflicht der Kapitalgesellschaften und ihrer Anteilseigner ergebe. Der Verlustvortrag soll von fünf auf sieben Jahre verlängert, die Gesellschaft- und Börsenumsatzsteuer sollen abgeschafft werden.

Auch wenn laut FDP-Beschluß „alle Einkünfte ... gleichmäßig erfaßt werden" sollen, ist, wie Bangemann und Gattermann auf Fragen erläuterten, „auf keinen Fall" an die Erhebung einer „Sparbuchsteuer", also an eine Erfassung der Sparzinsen an der Quelle, gedacht. Bangemann zur Begründung: „Wir haben uns in diesem Papier nicht mit Verfahrensfragen befaßt."

„Aufkommensneutral" soll die den Gemeinden zufließende Gewerbesteuer abgeschafft und durch eine „gemeindefreundliche Alternativfinanzierung" ersetzt werden. Nur in diesem Falle denkt die FDP also an eine Kompensation durch Steuererhöhung an anderer Stelle, ohne jetzt schon zu sagen, ob dies bei der Mehrwertsteuer geschehen soll.

Zimmermann: Stark reduzierte Schadstoffwerte

dpa, Bonn

Aus den Schornsteinen der Kraftwerke und Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland werden 1988 insgesamt nur noch 0,8 Millionen Tonnen Schwefeldioxid in die Luft geblasen. 1993 sollen es sogar weniger als 0,5 Millionen Tonnen sein, erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) gestern in Bonn. Danach wurden 1982 noch über zwei Millionen Tonnen Schwefeldioxid aus Großfeuerungsanlagen ausgestoßen, rund zwei Drittel der Gesamtemission in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Ausstoß an Stickstoffoxiden wird nach Angaben Zimmermanns von derzeit einer Million Tonnen pro Jahr bis Anfang der neunziger Jahre um 70 Prozent auf etwa 0,3 Millionen Tonnen zurückgeben. Schwefeldioxid und Stickstoffoxide gelten als die Hauptursachen des Waldsterbens.

Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung zur Verringerung des Schadstoffausstoßes, die vor zwei Jahren in Kraft getreten war, hatte den Kraftwerksbetreibern offengelassen, ob sie sich für eine begrenzte Nutzungsdauer entscheiden und ihre umweltschädlichen Anlagen bis 1993 stillegen oder ob sie nachträglich (spätestens bis 1988) eine Abgasentschwefelungsanlage einbauen.

Nach Angaben des Ministers ergab eine Umfrage bei den Ländern, daß mehr als 80 Prozent der erfaßten Anlagen über 1993 hinaus betrieben würden. Dies bedinge den Einbau der Abgasentschwefelungsanlagen bis spätestens 1988.

Privathochschule in Bayern gescheitert

lz. München

Die geplante medizinische Privat-Universität Ingolstadt ist gescheitert. Nach monatelanger Prüfung erklärte der bayerische Ministerrat gestern, das Projekt könne keine staatliche Anerkennung erhalten. Als Gründe nannte Kultusminister Maier das zu geringe Fächerspektrum und die mangelhafte Finanzierung.

Der Freistaat bestand auf einer Garantiesumme von 30 Millionen Mark, der Universitätsträger konnte bis gestern aber nur sieben Millionen Mark zusichern.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Haering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT der Bücher: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Humanmedizin

2. vorklinisches Semster

von	nach
1 Aachen	Freiburg
2 Aachen	Tübingen
3 Bochum	Aachen
4 Bochum	Bonn
5 Bochum	Göttingen
6 Bochum	Hannover
7 Bochum	Köln
8 Bochum	Münster
9 Düsseldorf	Göttingen
10 Düsseldorf	Hannover
11 Düsseldorf	Münster
12 Essen	FU Berlin
13 Essen	Heidelberg
14 Essen	Tübingen
15 Essen	Ulm
16 Frankfurt	Freiburg
17 Frankfurt	Marburg
18 Uni Kiel	Hamburg
19 Marburg	Freiburg
20 Marburg	Hamburg
21 Mainz	Heidelberg
22 Ulm	Freiburg
23 Ulm	Uni München
24 Ulm	Tübingen

Zahnmedizin

1. Semester

von	nach
1 Bonn	Aachen
2 FU Berlin	Göttingen
3 FU Berlin	Hannover
4 FU Berlin	Heidelberg
5 FU Berlin	Marburg
6 Erlangen	Göttingen
7 Erlangen	Uni Kiel
8 Erlangen	Münster
9 Erlangen	Uni München
10 Erlangen	Ulm
11 Frankfurt	Bonn
12 Frankfurt	Göttingen
13 Frankfurt	Hannover
14 Freiburg	Heidelberg
15 Freiburg	Mainz
16 Gießen	Bonn
17 Gießen	Göttingen
18 Gießen	Hannover
19 Gießen	Hamburg
20 Uni Kiel	Hamburg
21 Marburg	Göttingen
22 Münster	Düsseldorf
23 Mainz	Aachen
24 Mainz	Bonn
25 Mainz	Düsseldorf
26 Mainz	Frankfurt
27 Mainz	Münster
28 Mainz	Saarbrücken
29 Ulm	Bonn
30 Ulm	Düsseldorf
31 Ulm	Heidelberg
32 Ulm	Köln

Zahnmedizin

3. Semester

von	nach
1 Aachen	FU Berlin
2 Aachen	Uni München
3 Aachen	Würzburg
4 Bonn	Uni München
5 FU Berlin	Uni München
6 Freiburg	Erlangen
7 Freiburg	Heidelberg
8 Freiburg	Hamburg
9 Freiburg	Uni München
10 Göttingen	FU Berlin
11 Göttingen	Münster
12 Hamburg	Münster
13 Marburg	Gießen
14 Münster	Heidelberg
15 Münster	Mainz
16 Mainz	Heidelberg

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985

Vergebliche Liebesmüh

nl. – Die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch den Abbau von Überstunden ist ein Rezeptvorschlag, der nur allzu häufig in der politischen Diskussion um Möglichkeiten der Beseitigung der Arbeitslosigkeit eine hervorgehobene Rolle spielt. Mit der Tragfähigkeit einer solchen Argumentation ist es freilich nicht weit her.

Von einem zunehmenden Ausweichen vieler Unternehmen in Überstunden, *um so das Risiko von* Einstellungen neuer Mitarbeiter zu umgehen, kann wohl kaum die Rede sein, wenn man bedenkt, daß die derzeitige Überstundenzahl einen Tiefenrekord darstellt. In 1970 wurden mehr als doppelt soviel Überstunden geleistet wie heute. Sogar im Krisenjahr 1975, als alle Welt über unausgelastete Kapazitäten jammerte, lag die Überstundenzahl um etwa 40 Prozent über der heutigen. Daß sich dieser „Mindestsockel" an Überstunden, selbst wenn man dies wollte, nicht auf die Arbeitslosen umverteilen läßt, dafür gibt der Maschinenbau vor allem im Südwesten der Bundesrepublik ein beredtes Beispiel ab. Faktum ist, daß trotz relativ hoher Arbeitslosenzahlen viele Maschinenbauer vergeblich nach zusätzlichen Mitarbeitern Ausschau halten. Dabei erstreckt sich der Mangel über die ganze Breite, vom Facharbeiter bis hin zur Hilfskraft.

Nicht nur Anwerbungsbemühungen in Regionen wie dem Saarland oder in Norddeutschland schlugen fehl. Selbst auf relativ geringe räumliche Distanz besteht wenig Mobilität. Den Ursachen hierfür, zum Beispiel in der Frage der Wohnraumbeschaffung, nachzugehen, würde wohl mehr bringen, als globale Lösungen zu suchen.

Bullenquoten

hdt. – Die Milchquotenregelung scheint eine erfolgreiche Maßnahme zu sein, um das Überangebot an *Milch in* der *EG* einzudämmen. So ging vor allem in Westfalen-Lippe der Bestand an Milchkühen in Jahresfrist um fast acht Prozent auf 360 000 zurück. 2184 Landwirte in dieser Region gaben die Haltung von Milchkühen sogar ganz auf, sie kommen dafür in den Genuß der Milchrente, gedacht als Einkommensausgleich. So weit, so gut, aber nun zeigt sich, daß viele der betroffenen Landwirte nicht bereit sind, sich mit einem solchen Rentnerschicksal abzufinden. Durch verstärkte Haltung von Mastbullen und auch von Schweinen versuchen sie nämlich, den Einkommensverlust auszugleichen. Das ist sicher ein durchaus legitimes Vorhaben, aber ob das im Sinne der hohen Behörde ist? Vielleicht steht so der europäischen Landwirtschaft eines Tages eine Bullen- und Schweinequotenregelung ins Haus, und das ist sicher nicht der Weisheit letzter Schluß.

STAHLSTREIT / Kein Wende in den Verhandlungen mit den USA abzusehen

Im EG-Außenministerrat setzen sich noch die „Gemäßigten" durch

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Der Streit um die von den USA verlangte Begrenzung der europäischen Stahlexporte belastet aufs neue die Beziehungen zwischen der EG und Washington. Zwar haben sich im Brüsseler Außenministerrat gestern die Befürworter eines gemäßigten Kurses durchsetzen können, doch wurde von der britischen Regierung bereits die Aufstellung einer Liste von Produkten gefordert, wenn die EG ihrerseits im Falle einer einseitigen amerikanischen Importbeschränkung mit Einfuhrkürzungen drohen soll.

Die Verhandlungen über die Auslegung des im Oktober 1984 abgeschlossenen und bis zum Jahresende begrenzten Massenstahlabkommens mit den USA hatten sich in den letzten Tagen erheblich zugespitzt. Obwohl Washington die bis zur Einführung autonomer Maßnahmen gesetzte Frist (9. bis 15. Juli) inzwischen verlängert hat, war gestern noch nicht abzusehen, wie die unterschiedlichen handelspolitischen Interessen doch noch auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind.

Bei Vereinbarungen des Massenstahlabkommens hatten die EG und Washington für zehn Stahlerzeugnisse freiwillige Exportquoten der Gemeinschaft vereinbart und für weitere zehn Stahlprodukte für den Fall sprunghafter europäischer Ausfuhren ein besonderes Konsultationsverfahren beschlossen. Die USA werfen den Europäern jetzt vor, dieses Selbstbeschränkungsabkommen dadurch unterlaufen zu haben, daß sie auf andere nur von der Konsultationspflicht betroffene Produkte ausgewichen seien. Dagegen führen die Exporteure der Gemeinschaft ihre Ausfuhrerfolge vornehmlich auf den Dollar zurück. Sie betrachten die amerikanische Forderung nach Einbeziehung weiterer Produkte in eine Kontingentregelung als Ausdruck eines wachsenden protektionistischen Drucks.

Zunächst hat sich die EG-Kommission daher mit Händen und Füßen gegen jegliche Ausweitung der Liste von Erzeugnissen mit festen Mengenbeschränkungen zur Wehr gesetzt. Diese Taktik erwies sich jedoch schnell als ungeeignet, da Washington mit einseitigen Importbeschränkungen drohte. Schließlich erklärte sich die Kommission bereit, für 16 der 17 Produkte Beschränkungen vorzunehmen. Ausgenommen werden sollte von der Zusage lediglich Halbzeug, da dieses von der US-Industrie selbst importiert wird und der Weiterverarbeitung dient. Das Gerangel der Stahlexperten ging in den vergangenen Tagen vor allem darum, welche Referenzperiode für die künftig zulässigen Exporte der Gemeinschaft gelten sollen. Die EG wünschte als Ausgangspunkt für die Quoten oder vergleichbare Maßnahmen die Exporte der jüngsten Zeit heranzuziehen, während Washington als Präferenzjahr am liebsten 1981 gewählt hätte, als die europäischen Ausfuhren vergleichsweise noch niedrig waren.

Nach dem jüngsten Verhandlungsstand wollen die USA erreichen, daß die EG sich für 16 „Konsultationsprodukte" zu einer Reduzierung ihrer Exporte von 1984 um 25 Prozent bereit erklärt. Dies wird von allen EG-Staaten entschieden abgelehnt. Selbst wenn es jedoch gelingen sollte, mit Washington doch noch Einvernehmen zu erzielen, wäre das Problem der Stahlexporte indes noch längst nicht geklärt. Die Bundesregierung hat nämlich deutlich gemacht, daß sie diesmal einer Selbstbeschränkungsvereinbarung nur dann zustimmen wird, wenn zuvor Klarheit über das innergemeinschaftliche „Burden sharing", also die Aufteilung der Exportopfer auf die einzelnen EG-Staaten, hergestellt werden kann.

NEUZULASSUNGEN

Pkw-Import hat sich stabilisiert

rtr, **Flensburg**

Der Marktanteil der ausländischen Autohersteller in der Bundesrepublik Deutschland beginnt sich zu stabilisieren. Ihr Anteil an den Pkw-Neuzulassungen nahm nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes in den ersten sechs Monaten dieses Jahres zwar auf 30,4 Prozent von 30,1 Prozent in der ersten Hälfte 1984 zu, lag jedoch unter der Quote von 30,6 Prozent in den ersten fünf Monaten.

*Von den im ersten Halbjahr neuzu*gelassenen 1,257 Millionen Pkw kamen nach Angaben des Bundesamtes 382 005 aus dem Ausland, davon allein 165 206 oder 13,2 Prozent aus Japan. Der Marktanteil Frankreichs verringerte sich dagegen auf 7,6 Prozent und der Anteil der italienischen Hersteller auf 4,9 Prozent.

Bei den deutschen Herstellern baute Volkswagen die erste Position auf 23,0 Prozent aus. Dahinter folgten Opel (einschließlich General Motors) mit 15,8 Prozent, Daimler Benz mit 11,2 Prozent, Ford mit 9,9 Prozent einschließlich der ausländischen Produktion und BMW mit 6,2 Prozent Anteil an den Neuzulassungen.

Die deutschen Produzenten nutzen ihrerseits auch die stabile Nachfrage auf den Auslandsmärkten, stellt der Verband der Automobilindustrie in seiner Produktionsübersicht für Juni fest. Die Ausfuhr bewege sich in diesem Jahr mit 1,47 Mill. Einheiten (davon 1,38 Mill. Pkw/Kombi) in den ersten sechs Monaten auf hohem Niveau. Im „Normaljahr" 1983 wurden im Vergleichszeitraum 1,22 Mill. Einheiten exportiert.

STAHLINDUSTRIE

Neue Sorgen um Diskriminierung

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die deutsche Stahlindustrie hat sich in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gegen eine Aufweichung der Entscheidung des EG-Stahl-Ministerrats vom Frühjahr dieses Jahres ausgesprochen, ab 1986 keine Stahlsubventionen in der EG mehr zuzulassen. Vor der am Donnerstag in Brüssel stattfindenden Ministerratssitzung weist die Wirtschaftsvereinigung Eisen- *und Stahlindustrie darauf hin,* daß angesichts anhaltender Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen in den anderen EG-Ländern auch in den kommenden Jahren nicht auf eine Mengenregelung im EG-Stahlmarkt verzichtet werden könne. Auch Walzdraht und Stabstahl, die die Kommission liberalisieren möchte, müßten im Quotensystem verbleiben, da auch hier Verzerrungen, Überkapazitäten und Krisenerscheinungen anhielten.

Aus den gleichen Gründen könnte auch die Sicherung der traditionellen Lieferströme und ein wirksamer Außenschutz nicht aufgegeben werden. Eine stufenweise Liberalisierung des Stahlmarktes sollte daher frühestens nach zwei Jahren erwogen werden. Die Stahlproduzenten erwarten, daß ihr Anteil an der EG-Produktion erhalten bleibt und ein Ausgleich für die den anderen Ländern ermöglichten zusätzlichen Subventionen gewährt wird. Sie sorgen sich um weitere Diskriminierungen, sei es durch Zusatzquoten, neue Beihilfen oder durch zu geringe Stillegungsauflagen für die Wettbewerber.

In schiefer Schlachtordnung

Von JOACHIM GEHLHOFF

Kopfschüttelnd sehen die deutschen Verpackungsmittelhersteller den Bundesinnenminister in seinem löblichen Bemühen um eine sauberere Umwelt hartnäckig auf einem Wege fortschreiten, den sie aus guten Gründen für einen gefährlichen Irrweg halten. Jüngster Anlaß zum Kopfschütteln: Zwecks Anhörung zu der seit Jahr und Tag heißumstrittenen 4. Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes hat der Innenausschuß des Parlaments für Ende September, angetrieben von Minister Zimmermann, eine Legion von fast zwei Dutzend Organisationen, Verbänden und Experten geladen und vorab mit Fragebögen beglückt.

Aber die betroffenen Produzentenbranchen, ob Blech oder Glas, Kunst- oder sonstiger Werkstoff, wurden überhaupt nicht zur Anhörung geladen. Um so reichlicher dafür, vom Niedersachsen-Landesverband der Grünen bis zum „Pro-Mehrweg-Verein", jede Art ökologisch angehauchter Gruppierungen.

Mit solcher schiefen Schlachtordnung will offenbar der Minister, wie weiland Hannibal, zum Sieg in der Schlacht um administrative Eindämmung der angeblich von der Hochflut der Verpackungsmittel ausgelösten Müll-Lawine kommen. Einer Lawine, die nach Zimmermanns Beschwörung unser Land in nicht mehr allzu ferner Zukunft in Müllhalden erstikken läßt, wenn man dem Millionenheer der Verbraucher nicht endlich das bequeme Leben mit der Wegwerf- oder „Einweg"-Verpackung seiner Konsumgüter zugunsten der vielmals verwendeten „Mehrweg"-Verpackung austreibt.

Die schiefe Schlachtordnung ist in diesem Fall dem schiefen Blick auf die Realität ebenbürtig. Zunächst und vor allem: Mit ihrem Müll kann eine marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft auch ohne Dirigismus fertig werden. Vom Rohstoff-Recycling mit der Wegwerf-Verpackung bis zur umweltfreundlichen Müllverbrennung gibt es da nach heutigem Stand von Technik und Praxis überhaupt keine Probleme.

Probleme aber hat Zimmermann schon bei der nun einmal gegebenen Struktur moderner Verbrauchergewohnheiten gespürt. Die putzige Idee etwa, den Milch-Konsumenten vom bequemen „Wegwerf"-Pappkarton auf „Mehrweg"-Flasche und zum Einkauf mit mitgeschleppter eigener Kanne zu verlocken, hat sein Ministerium, nachdem auch da einiger Steuerzahler Geld versuchsweise in den Sand *gesetzt* wurde, vor Jahresfrist still begraben.

Es folgte das wohl endgültige Begräbnis der Idee, mit der 4. Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes die Vorschrift-Vollmacht gegen jeden Lebensmittel-Einzelhändler zu erhalten, ihm das Einweg/Mehrweg-Parallelangebot für die Verpackungen seines Getränke-Sortiments zu diktieren. Als Deutschlands größter Lebensmittel-Discounter (Aldi-Gruppe) darob ankündigte, das in seinen Läden räumlich nicht realisierbare Mehrweg-Angebot durch neue Parallel-Getränkeläden zu schaffen, geriet ein Heer von Getränkehändlern vor der neuen Konkurrenz in Panik und bestürmte den Minister erfolgreich, dieser Vorschrift Valet zu sagen.

Was danach nun vom neuralgischen Punkt der 4. Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes übrig bleibt, konzentriert sich offensichtlich auf die Idee, Einweg-Getränkepackungen aus Blech und Glas mit Händler-Pflicht zur Pfandgeldforderung zu belegen. Ein Rattenschwanz von Fragen taucht da auf. Wenn schon Pfand-Vorschrift, muß die dann nicht nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung auch für alle Getränke-Packungen, zumal auch für den von mächtiger Lobby gestützten Milch-Absatz in Einweg-Packungen gelten? Darf man überhaupt bei Getränken Schluß machen und müßte man nicht jegliche Einweg-Packung bis zum Marmeladenglas und zum Joghurt-Becher einbeziehen?

Das sind nicht nur aberwitzige Visionen. Sie sind, wenn mit dem Unfug der Pfand-Vorschrift für Einweg-Getränkepackungen aus Gründen des Umweltschutzes erst einmal angefangen wird, auch durchaus realistisch. Vermeidbar sind sie aber auch, wenn der Minister von vornherein auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beim Einsatz staatlicher Ordnungsmittel achtet. Alle Einweg-Getränkedosen beispielsweise machen nur 0,5 Prozent vom jährlichen Hausmüllanfall in der Bundesrepublik aus. Das ist kein vernünftiger Ansatz, um erfolgreich Politik für eine gesündere Umwelt zu betreiben.

AUF EIN WORT

„Bisher haben Brauereien ihren Grundbesitz nur verwaltet. Wir haben uns entschlossen, ihn künftig zu managen. Dadurch ergibt sich auch eine erhebliche Verbesserung der Renditen."

Frank Wedekind, Vorstandssprecher der Dortmunder Union – Schultheiss Brauerei AG, Dortmund – Berlin
FOTO: DIE WELT

Dollar gab deutlich nach

rtr, **Frankfurt**

Der Dollar hat sich am Dienstag an den europäischen Devisenmärkten erneut erheblich abgeschwächt. Beim amtlichen Fixing in Frankfurt wurde er mit 2,8500 DM bewertet, mehr als drei Pfennig unter seinem Montags-Mittelkurs von 2,8856 DM. Händler sagten, die Bundesbank habe sich erneut zurückgehalten und weder beim Fixing noch im Handel zwischen Banken eingegriffen. Auch in Tokio, Mailand, Paris, Amsterdam und London gab der Kurs der amerikanischen Währung nach.

Die Schwäche des Dollar hat auch den deutschen Kapitalmarkt erheblich verunsichert. Die Notierungen der Standardwerte schwächten sich in der ersten Börsenstunde um vier bis fünf Mark ab. Später kam es auf Grund von Auslandskäufen zu einer Erholung, so daß die Schlußkurse deutlich über den Tagestiefstkursen lagen. Die niedrigen Umsätze deuten auf eine bevorstehende Ferienflaute hin.

FRAU BREUEL ZUR PRIVATISIERUNG

In jedem Einzelfall ist die Wirtschaflichkeit zu prüfen

OLIVER SCHUMACHER, **Bonn**

Kommunale und regionale Privatisierungsmodelle stellte die niedersächsische Ministerin für Wirtschaft und Verkehr Birgit Breuel in Bonn vor. Die Landesministerin betonte, daß die Überführung staatlicher Leistungen in private Hände für sie keine ideologische Frage sei. Vielmehr gelte es, jeden Einzelfall auf seine Wirtschaftlichkeit abzuklopfen. „Mit etwas Kreativität lassen sich von Fall zu Fall neue Investitionen in Bewegung setzen", erklärte Birgit Breuel.

Bevor ihre Landesregierung jedoch preisgünstigere private Alternativen unterstützt, müssen für Frau Breuel bestimmte Kriterien erfüllt sein. Priorität hat dabei die Sicherung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Ferner müssen den Bürgern die Abgaben für die privatisierten Dienstleistungen zugemutet werden können.

Als konkretes Beispiel nannte die Ministerin einen geplanten Wesertunnel in der Nähe von Bremerhaven. In öffentlicher Trägerschaft könnten die Arbeiten erst nach der Jahrtausendwende beginnen. Erhalten die privaten Tunnelbetreiber, wie vorgesehen, jedoch im Herbst den Zuschlag, fällt der Startschuß für die Bauarbeiten schon Anfang 1987. „Die rein privatwirtschaftliche Finanzierung des 200-Millionen-Projekts bringt für diese strukturschwache Region frühzeitig bedeutende Wirtschaftsimpulse", unterstrich die Ministerin. Ein weiterer Vorteil bestehe darin, daß die Tunnelgebühren niedriger seien als die heutigen Fährtarife.

Weiterhin führte Breuel ein „nachahmenswertes Projekt" in der Gemeinde Algermissen an. Die niedersächsische Kommune betreibt seit kurzem die erste privatfinanzierte, gebaute und betriebene Kläranlage in der Bundesrepublik. Dieses sogenannte „Betreibermodell" senkt die Kosten um 20 Prozent. Breuel: „Eine erfreuliche Gebührensenkung für die Verbraucher ist die Folge."

GROSSFEUERUNGSANLAGEN

Zimmermann: Verordnung von 1983 zeigt gute Erfolge

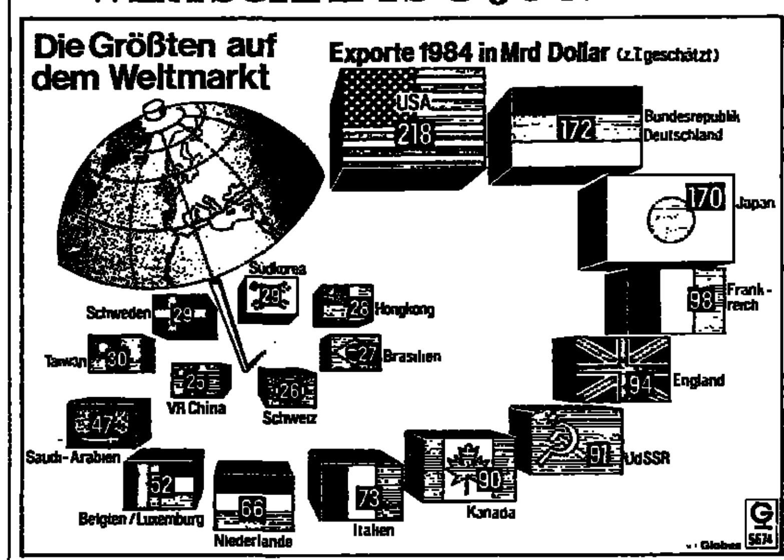
SABINE SCHUCHART, **Bonn**

Auf Erfolge der am 1. 1. 1983 in Kraft getretenen Großfeuerungs-Anlagenverordnung hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann verwiesen. Nach den neuesten Berechnungen des Umweltbundesamtes werden die jährlichen Schwefeldioxid-Emissionen aus Großfeuerungsanlagen bis 1988 um etwa 1,2 Mill. Tonnen pro Jahr auf etwa 0,8 Mill. Jahrestonnen verringert. 1982 hätten die Schwefeldioxid-Emissionen dagegen noch bei über 2,0 Mill. Tonnen gelegen und damit rund zwei Drittel *der Gesamtemission der* Bundesrepublik Deutschland ausgemacht.

Trotz des verstärkten Einsatzes der Steinkohle zur Stromerzeugung wird der jährliche Schwefeldioxid-Ausstoß aus Großfeuerungsanlagen nach Angaben des Innenministeriums bis 1993 auf weniger als 0,5 Mill. Tonnen sinken. Dadurch werde die Schadstoffbelastung der Luft drastisch reduziert, erklärte Zimmermann. „Alle diejenigen, die beim Inkrafttreten der Großfeuerungsanlagen-Verordnung vor zwei Jahren diese Verordnung kritisiert haben, haben sich eindeutig als falsche Propheten erwiesen", erklärte der Innenminister.

Die jetzt veröffentlichten Ergebnisse stehen in Zusammenhang mit einer Umfrage des Bundesinnenministers bei den Ländern. Sie hat ergeben, daß nach dem Inkrafttreten der Großfeuerungsanlagen-Verordnung über 80 Prozent des erfaßten Anlagenbestandes begrenzt weiter betrieben werden. Das bedeutet, daß hier bis spätestens Juli 1988 die *Maßnahmen* zur Minderung der Schwefeldioxid-Emission abgeschlossen sein müssen. Die den Unternehmen gewährte Erklärungsfrist war schon am 1. Juli 1984 abgelaufen. Bis dahin war ungewiß, ob sich die Betreiber entschließen, die Großfeuerungsanlagen bis spätestens 1993 stillzulegen oder nachträglich Abgasentschwefelungsanlagen einzubauen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



USA, Bundesrepublik Deutschland und Japan: Dieses Trio führt seit Jahren unverändert die Liste der größten Exportländer an. Ein Positionswechsel ist allerdings in Sicht. 1984 rückten die Japaner schon ganz nahe an die Deutschen heran und werden den europäischen Konkurrenten früher oder später wohl vom zweiten Platz verdrängen. QUELLE: GLOBUS

Mehr Insolvenzen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Pleitewelle ist auch im Frühjahr 1985 weiter gewachsen. Im Mai 1985 mußten in der Bundesrepublik 1037 Unternehmen Konkurs oder Vergleich anmelden. Das sind 13 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Von Januar bis Mai sind damit 7745 Unternehmen zahlungsunfähig geworden, 11,9 Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum 1984. Im Mai war besonders der Dienstleistungssektor mit einem Anstieg von 32 Prozent auf 305 Insolvenzen betroffen. Im Baugewerbe registrierten die Amtsgerichte 240 Fälle (plus 3,9) und im Handel 243 Unternehmenszusammenbrüche (plus 3,4).

Antrag zurückgezogen

Bonn (DW.) – Der beim Bundesminister für Wirtschaft eingebrachte Antrag auf Ministererlaubnis für den Zusammenschluß der Klöckner-Werke AG, Duisburg, mit der Seitz Enzinger Noll Maschinenbau AG (SEN) ist von den Antragstellern zurückgenommen worden. Das teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Das Bundeskartellamt hatte im Oktober 1984 diesen Zusammenschluß untersagt, weil damit die beiden Marktführer Holstein & Kappert, ein Tochterunternehmen der Klöckner Werke AG, und SEN mit inländischen Marktanteilen von insgesamt über 70 Prozent auf zwei Teilmärkten für Getränkeabfüllanlagen marktbeherrschend würden. Dagegen haben die betroffenen Unternehmen Beschwerde beim Kammergericht in Berlin eingelegt. Die Beschwerde wird von der Rücknahme des Antrags nicht berührt.

Inflation verlangsamt

Brüssel (AP) – Die Verbraucherpreise sind in der Europäischen Gemeinschaft im Juni um 0,3 Prozent gestiegen. Dies teilte das Statistische Amt der EG mit. Im Mai hatte die Teuerung noch 0,4 Prozent betragen. Die Jahresinflationsrate lag im Juni bei sechs Prozent. Bei einem Anhalten des Trends erwartet die EG jedoch bis Ende des Jahres eine Stabilisierung auf 5,5 Prozent.

Neuer Wert in Hamburg

Hamburg (JB.) – Die Hanseatische Wertpapierbörse hat einen weiteren Erfolg bei ihren Bemühungen um neue skandinavische Wertpapiere zu verzeichnen. Ab 24. Juli werden in Hamburg die Namensaktien der Norsk Data A. S. Oslo gehandelt und amtlich notiert. Norsk Data ist 1967 gegründet worden und entwickelt, produziert, verkauft und wartet eine Reihe von Computersystemen. In der Bundesrepublik ist das Unternehmen durch die Norsk Data Dietz GmbH, Mülheim/Ruhr, vertreten.

HDE beschuldigt Massa

Köln (dpa/vwd) – Massive Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht hat die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) der Verbrauchermarktkette Massa in Alzey vorgeworfen. Nach Angabe der HDE wurde das Bundeskartellamt am Dienstag fernschriftlich aufgefordert, gegen die Firma ein Kartellverfahren einzuleiten. Massa sollten damit insbesondere „massierte wettbewerbswidrige Verkäufe unter Einstandspreis" untersagt werden. Es bestehe der dringende Verdacht, daß Massa mit solchen Praktiken kleine und mittlere Wettbewerber behindere und so gegen das Kartellgesetz verstoße.

Aktien überzeichnet

München (dpa/VWD) – Die Vorzugsaktien der König + Bauer AG, Würzburg, waren bereits am ersten Verkaufstag mehrfach überzeichnet worden. Die Konsortialführerin Bayerische Vereinsbank hat deshalb die Zeichnungsfrist auf den 22. Juli verkürzt. Freie Aktionäre können dagegen im Rahmen ihres „Vorkaufsrechts" wie geplant in der vierten Juliwoche zeichnen. Die Aktien an der nach eigenen Angaben ältesten Druckmaschinenfabrik der Welt waren zum Preis von 285 DM je 50-DM-Aktie angeboten worden. Die erste Notiz im amtlichen Handel in München und Frankfurt ist für den 6. August vorgesehen.

Teuerung unverändert

Washington (dpa/VWD) – Die Lebenshaltungskosten in den USA sind im Juni gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozent gestiegen. Wie das Arbeitsministerium in Washington mitteilte, ergibt sich im Vergleich zum Juni des Vorjahres eine Rate von 3,9 Prozent. Das Ministerium begründete den nur geringen Anstieg unter anderem mit den gesunkenen Preisen für Benzin und Gebrauchtwagen. Im Mai hatten sich die Verbraucherpreise gegenüber dem April ebenfalls lediglich um 0,2 Prozent erhöht.

LANDWIRTSCHAFT

Verbraucher kritisieren Bonner Subventionspolitik

HEINZ HECK, **Bonn**

Fast 1000 Mark jährlich muß jeder Steuerzahler zur Subventionierung der Landwirtschaft zahlen. Hinzu kommen nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) „die riesigen Summen", die als versteckte „Lebensmittelsteuer" über die Preise aufgebracht werden. Doch komme wenig einkommenswirksam bei den Bauern an.

Der Grund: „Die Verschwendungsquote in der Agrarpolitik hat inzwischen eine Rekordhöhe erreicht." Vor allem in der wichtigen Getreidefrage widersetzten sich Bauernpräsident Heereman und Landwirtschaftsminister Kiechle der notwendigen marktorientierten Anpassung der Garantiepreise. Kiechle gehe sogar so weit, seine Position mit unverblümt antimarktwirtschaftlichen Argumenten zu verteidigen. Dabei sei seine Verteidigungslinie längst überrollt. Denn die Getreidepreise gingen jetzt stärker zurück, als es die Kommission mit 3,6 Prozent vorgeschlagen habe.

Mit einer Rechnung verdeutlicht die AgV die sozialpolitische Fragwürdigkeit der Stützung: Zwei Drittel aller EG-Getreidebetriebe bewirtschafteten bis zu fünf Hektar Anbaufläche und bezögen aus dem EG-Agrarfonds jährliche Subventionen von etwa 240 Mark. Ein Prozent der großen Betriebe (etwa 33 000 über 80 ha Anbaufläche) vereinigten rund 20 Prozent der gesamten EG-Getreidefläche auf sich und bezögen im Schnitt jährlich 24 000 Mark Subventionen, also das Hundertfache.

An dem Mißverhältnis zwischen Großen und Kleinen habe sich seit 1979 kaum etwas geändert. Nur die absoluten Subventionsbeträge lägen heute rund 20 Prozent höher.

MASCHINENBAU / Eine Umfrage belegt die Notwendigkeit von Überstunden

Arbeitskräftemangel bremst Wachstum

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Über einen erheblichen Mangel an Arbeitskräften – sowohl Facharbeiter als auch Hilfskräfte – trotz allgemein anhaltender hoher Arbeitslosigkeit klagen die Maschinenbauer im Südwesten. Von diesem Zustand leitete Günther Fahr, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) Landesgruppe Baden-Württemberg, in Stuttgart die Gefahr von Wachstumsbarrieren und den möglichen Verlust von Marktanteilen ab, zu deren Vermeidung ein gewisses Maß an Überstundenarbeit dringend nötig sei.

Fahr präsentierte eine Untersuchung, bei der rund 650 größtenteils mittelständische Mitgliedsfirmen zu Beschäftigungsfragen angeschrieben wurden und rund die Hälfte davon antwortete, um die Klagen aus der Branche, offene Stellen nicht mit geeigneten Mitarbeitern besetzen zu können, datenmäßig zu belegen. Von den insgesamt 267 000 Beschäftigten des baden-württembergischen Maschinenbaus, der gut ein Viertel dieser Branche der Bundesrepublik repräsentiert, war im Mai dieses Jahres etwa die Hälfte in den an der Erhebung beteiligten Betrieben tätig. Hiervon hatte wiederum gut jeder zweite Beschäftigte seinen Arbeitsplatz im Produktionsbereich.

Obwohl die Betriebe, wie aus der Untersuchung hervorgeht, von Dezember 1984 bis Mai 1985 die Zahl der Beschäftigten um über 1100 aufstockten, waren im Produktionsbereich immer noch mehr als 1600 Stellen unbesetzt. Dies entspreche einer Quote von 2,1 Prozent.

Gesucht wurden von den Firmen u. a. 222 Monteure, 115 NC-Maschinenbediener, 105 Dreher, 103 Schlosser, 102 Elektriker und Elektroniker, aber auch nicht weniger als 461 Hilfskräfte. Bei Hochrechnung auf der Basis eines Pro-Kopf-Produktionswertes von 100 000 DM pro Jahr ergäbe dieser Mangel auf das Jahr umgerechnet einen Produktionsausfall allein im fertigungsnahen Bereich des Maschinenbaus in Baden-Württemberg von 300 Mill. DM.

Die Bildungsmaßnahmen der siebziger Jahre sehen die Maschinenbauer als die Hauptursache für den Mangel an. *Hinzu komme* die oftmals unzureichende Mobilität vieler Arbeitnehmer. Diese zeige sich darin, daß 53 Prozent der nicht zu besetzenden Stellen in fünf Ballungsräumen Baden-Württembergs (z. B. mittlerer Neckarraum, Ravensburg, Göppingen) zu finden seien. Versuche, beispielsweise im Saarland und in Norddeutschland Facharbeiter anzuwerben, seien bisher ohne Erfolg geblieben.

Selbst innerhalb Baden-Württembergs zeigten Stellensuchende nur wenig Bereitschaft, einen Wohnungswechsel in Kauf zu nehmen.

OPEC

Preisspannen im Mittelpunkt

dpa, Genf

Die Fachminister der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) haben gestern ihre Beratungen über die Rohölpreise wieder aufgenommen. Die 13 Staaten wollen versuchen, sich über einheitliche Preisspannen zwischen hochwertigem Leichtöl, wie es von Algerien, Libyen, Nigeria und den Vereinigten Arabischen Emiraten erzeugt wird, und den schwereren Sorten aus den Golf-Staaten, Venezuela und Ecuador zu verständigen. Vor allem die lateinamerikanischen Opec-Staaten stehen dabei unter dem Konkurrenzdruck des Nicht-Opec-Landes Mexiko, das sein Öl für 23 Dollar pro Barrel (159 Liter) statt für 26 Dollar verkauft, der von der Opec festgelegten Untergrenze für schweres Rohöl. Vor allem Saudi-Arabien tritt dafür ein, die Preise für schweres Rohöl zu senken. Dagegen verteidigen die Vereinigten Arabischen Emirate und Iran als Leichtölproduzenten die bestehende Bandbreite. Sie fordern, die Fördermengen neu festzusetzen. Doch dieser Wunsch wird in diesen Tagen auf keinen Fall erfüllt. Das Thema soll auf einer Sondersitzung behandelt werden; Datum und Tagungsort sind noch nicht genannt.

SOWJETUNION / Osteuropa-Institut untersucht die Entwicklung der Lebensmittelindustrie – Gutachten für Bonn

Investitionsbedarf gibt dem Westhandel Impulse

HEINZ STÜWE, Bonn

Der Investitionsbedarf der Sowjetunion in der Lebensmittelindustrie wird in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunehmen. Davon dürften Impulse auf den Westhandel ausgehen, erwartet das Münchener Osteuropa-Institut. Hoffnungen können westeuropäische Exporteure auch an *den geplanten* Ausbau der Futtermittelindustrie knüpfen. Die UdSSR sei beispielsweise am großindustriellen Einsatz neuer Techniken zur Produktion von Futterhefe interessiert. Im Landmaschinensektor rechnet das Institut dagegen mit einer Abschwächung der Expansion.

Diese Schwerpunkte im Westhandel entsprechen den Zielen des 1982 verabschiedeten Nahrungsmittelprogramms, in dem Entwicklungslinien für die Landwirtschaft und die mit ihr verflochtenen Wirtschaftszweige festgelegt sind. In einem Gutachten für das Bundeswirtschaftsministerium zieht das Osteuropa-Institut eine Zwischenbilanz dieses Programms.

Der Ausbau der mikrobiologischen *Industrie und der Mischfutterindustrie* solle ein Problem lösen, das mitverantwortlich für die hohen Getreide-Importe aus dem Westen ist: der geringe Eiweißanteil im Viehfutter. „Gelänge es, diese Eiweißlücke zu schließen, könnte der Futteraufwand um etwa 20 Prozent gesenkt werden", schätzt das Osteuropa-Institut. Von der besseren Futterqualität versprechen sich die Planer eine Erhöhung der Fleischproduktion.

Die Einfuhr von Fleisch und Schlachtvieh konnte zwar in den letzten beiden Jahren vermindert werden, dem Ziel einer größeren Autarkie bei Nahrungs- und Futtermitteln ist die Sowjetunion nach Einschätzung des Instituts aber noch nicht näher gekommen. Nach offiziellen Angaben erreichte die Getreide-Importrechnung 1984 5,36 Mrd. Rubel (18,8 Mrd. DM) nach 4,22 und 3,64 Mrd. in den Jahren zuvor. Der Internationale Weizenrat schätzt die Importmenge im Agrarjahr 1984/85 auf 56 Mill. Tonnen. Die Nahrungsmittel-Ausfuhr der Bundesrepublik in die UdSSR ist seit 1981 von 945 auf 431 Mill. DM 1984 zurückgefallen.

In den Zulieferbranchen der Landwirtschaft haben sich die Hoffnungen westlicher Exporteure in den beiden letzen Jahren nicht erfüllt. Zwar nahmen die sowjetischen Einfuhren kräftig zu, bei Schädlingsbekämpfungsmitteln um 27 Prozent im Jahresdurchschnitt, in der Landtechnik um *16* und bei Ausrüstungen für die Nahrungsmittelindustrie um 25 Prozent, doch die OECD-Staaten konnten davon nur unterdurchschnittlich profitieren. Ihr Importanteil sank etwa bei Schädlingsbekämpfungsmitteln von 46 Prozent im Jahr 1980 auf 42 Prozent 1984.

Dem steht eine Handelsausweitung mit den RGW-Staaten gegenüber. Das Osteuropa-Institut vermutet dahinter eine Strategie, die sich die Tatsache zunutze machte, daß sich aufgrund der verzögerten Energiepreisanpassung die Terms of Trade der UdSSR gegenüber ihren Verbündeten in den achtziger Jahren stark verbesserten.

Die Bundesrepublik konnte 1984 *Belgien* als wichtigstes westliches Lieferland von Schädlingsbekämpfungsmitteln verdrängen. Von 49 000 Tonnnen, die aus dem Westen importiert wurden, stammten 15 000 Tonnen aus der Bundesrepublik.

Den ersten Rang unter den OECD-Staaten hält die Bundesrepublik auch bei Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie. Die Lieferungen konnten im vergangenen Jahr um *100 Mill. DM auf* 255 Mill. *DM* erhöht werden. Bei Landmaschinen ist der schon immer geringe Westanteil an den sowjetischen Importen von vier Prozent Anfang der achtziger Jahre auf 2,2 Prozent 1984 gesunken. Zu den Importen aus dem OECD-Raum im Wert von 27 Mill. Rubel (94,5 Mill. DM) steuerte die Bundesrepublik knapp 20 Prozent bei. Sie liegt damit unter den Lieferländern auf dem dritten Platz.

BRASILIEN / Haushaltsdefizit soll 1985 halbiert werden

„Wir erfüllen die Verträge"

dpa, Brasília

Brasiliens Staatspräsident José Sarney hat die internationale Finanzwelt davor gewarnt, das höchstverschuldete Land durch „dogmatische Unnachgiebigkeit" in eine wirtschaftliche Rezession zu treiben. In einer *landesweiten* Fernseh- und Rundfunkansprache erklärte Sarney am Montag: „Wir stehen vor schwierigen Verhandlungen mit den Banken und dem Internationalen Währungsfonds über die Auslandsschuld. Wir können es nicht zulassen, daß die dogmatische Unnachgiebigkeit internationaler Finanzorganisationen dem Land eine unnötige Rezessionspolitik auferlegt." Gleichzeitig forderte Sarney eine neue internationale Wirtschaftsordnung und eine Senkung der internationalen Zinssätze.

Brasilien werde seine internationalen Verpflichtungen und Verträge erfüllen, versicherte Sarney, der vor gut vier Monaten sein Amt als erster ziviler Präsident Brasiliens nach 21jährigem Militärregime angetreten hatte. Doch bei den Verhandlungen mit den Gläubigern dürften Souveränität und Unabhängigkeit des Landes nicht verletzt werden.

Das mit rund 300 Mrd. DM im Ausland verschuldete Brasilien hatte es vor kurzem abgelehnt, die vom Internationalen Währungsfond geforderten harten Maßnahmen zur Bekämpfung der rund 220prozentigen Jahresinflation voll zu erfüllen. Außerdem will die Regierung keine regelmäßigen Kontrollen durch IWF-Fachleute innerhalb des Landes mehr zulassen.

In einem wichtigen Punkt der Verhandlungen mit dem IWF signalisierte Sarney Entgegenkommen. Er kündigte an, daß das kalkulierte Haushaltsdefizit von 110 Bill. Cruzeiros (55 Mrd. DM) in diesem Jahr auf rund 50 Bill. Cruzeiros reduziert werde. Bisher war Brasília nur zu einer Reduzierung um umgerechnet knapp 30 Mrd. Mark bereit gewesen. Der Währungsfonds hatte eine Reduzierung des Haushaltsdefizits bis Ende dieses Jahres auf Null gefordert.

FRANKREICH / Die Nachfrage nach Luxusartikeln ist in der ganzen Welt gewachsen

Mit Champagner gegen die Sorgen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wenn Frankreich die letzte Weltwirtschaftskrise trotz aller kostspieligen sozialistischen Experimente einigermaßen glimpflich überstanden hat, so war das nicht zuletzt seiner bedeutenden Luxusindustrie zu verdanken. Denn die internationale Nachfrage nach Luxusartikeln vor allem französischer Herkunft hat sich nicht nur gut behauptet. Sie ist in verschiedenen Bereichen gerade wegen der Krise stark gestiegen. Klassische Beispiele dafür sind Parfums und Champagner. Wer Sorgen hat, greift leichter zu beiden Flaschen, auch wenn er dafür ein finanzielles Opfer erbringen muß.

Die spektakulärste Expansion verbuchte der noch vor einigen Jahren kaum bekannte Pariser Koffermacher Louis Vuitton. Das 1854 gegründete Handwerksunternehmen für Koffer und Taschen verdreifachte in den letzten vier Jahren seinen Umsatz auf 1,11 Mrd. Franc und seinen *Reingewinn auf 197* Mill. Franc. Damit wurden sämtliche Konkurrenten in den Schatten gestellt, obwohl die *meisten von ihnen* ihre Produktion stark diversifizierten.

So betätigt sich etwa Hermes längst nicht mehr nur als Hersteller von exklusiven Lederwaren mit dem Reitsattel als Aushängeschild, sondern auch als Parfumeur und Produzent von modischem Zubehör. Umgekehrt ist der Pariser Juwelier Cartier in die Uhrenproduktion gegangen und spricht mit seiner „Must"-Reihe auch für andere Artikel eine breitere Käuferschicht an. Vuitton dagegen blieb wie Guerlain unter den Parfumeuren seinem eng begrenzten Fertigungsbereich treu.

An diesem Beispiel ist dem Phänomen des Luxusbedarfs vielleicht am besten auf die Spur zu kommen. Als ersten Faktor nennt Vuitton-Präsident Henry Racamier, daß ein guter Teil der traditionellen Kundschaft, *von der Krise überhaupt nicht* betroffen wurde. Zweitens würden sich die Artikel durch besonders große Haltbarkeit *auszeichnen*. Und schließlich seien sie nicht der Mode unterworfen. Unerwähnt bleibt der Snob-Appeal.

Am stärksten gefragt sind französische Luxusartikel zur Zeit in den Vereinigten Staaten und im Fernen Osten. In Europa sind außer Frankreich selbst Italien und Großbritannien die besten Absatzmärkte. Schwieriger ist der deutsche Markt. Hier will man vor allem etwas für sein Geld haben.

So beurteilt Henry Racamier die Zukunft der französischen Luxusindustrie im allgemeinen und die seines Unternehmens im besonderen zuversichtlich – unter der Voraussetzung allerdings, daß die Industrie der Versuchung widersteht, Qualitätsabstriche zu machen. Nur echter Luxus werde weltweit immer gefragt sein.

Autoproduktion auf Rekordniveau

dpa/VWD, Tokio

Japan hat im ersten Halbjahr 1985 mit der Produktion von rund 6,12 Millionen Personenwagen, Bussen und Lkw ein neues Rekordergebnis erreicht. Nach dem in Tokio veröffentlichten Bericht des Hersteller-Verbandes (Jama) entspricht dies einer Steigerung um 5,7 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Im einzelnen rollten von Januar bis Juni rund 3,78 Millionen Personenwagen (plus 4,6 Prozent), 2,3 Millionen Lkw (*plus 6,6 Prozent*) und 50 836 Busse (plus 64,5 Prozent) vom Band. Der Inlandsabsatz bei Vierradfahrzeugen stieg um 0,8 *Prozent*, der Export um rund acht Prozent auf 3,27 Millionen.

Die japanischen Motorradproduzenten melden eine Produktionssteigerung um 12,9 Prozent auf etwa 2,23 Millionen Einheiten. Der Inlandsabsatz nahm um 5,5 Prozent auf rund 1,08 Millionen zu, der Export um rund 17 Prozent auf 1,22 Millionen.

FRANKREICH / Mehr amerikanische Touristen

Aufschwung bei Nobelhotels

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Hotellerie hat sich in den letzten zwei Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Während die Häuser bis zu drei Sternen unter dem Kaufkraftschwund der Franzosen zu leiden hatten, erlebten die Viersterne- und Luxushotels einen starken Aufschwung. Noch 1982 hatten sie mit Schwierigkeiten zu kämpfen, nachdem die neue sozialistische Regierung die steuerliche Belastung dieser Hotelkategorie wesentlich verschärfte.

Inzwischen aber sorgte die Dollarhausse für einen starken Zustrom vor *allem an amerikanischen Gästen*. Außerdem nutzten die Besitzer der Hotelpaläste aus der Vorkriegszeit die *Möglichkeit zu verstärkten Abschreibungen* auf die erhöhten Steuern. Vorbild für die Renovierung und Modernisierung war die zur Taittinger-Gruppe gehörende Hotelkette Concorde, die bei einem Jahresumsatz von zuletzt 850 Mill. Franc (eigene Hotels) über 200 Mill. Franc investierte.

Als Aushängeschild dieser Aktion gilt das Hotel Martinez in Cannes, desse 400 Zimmer mit den Originalmöbeln der dreißiger Jahre ausgestattet blieben, jedoch mit allem erdenklichen Komfort versehen wurden. Darauf hin hat sich jetzt die zur britischen Grand Metropolitan gehörende Hotelkette Intercontinentale entschlossen, das benachbare Carlton ebenfalls zu renovieren. Insgesamt will Intercontinentale bis Ende nächsten Jahres 400 Mill. Franc in seine vier französischen Hotels stecken.

Die Luxushotellerie hat sich in Frankreich inzwischen zu einem bedeutenden Devisenbringer entwickelt. *Der Anteil der ausländischen* Gäste erreicht beispielsweise bei der Concorde-Gruppe 85 Prozent. Und der gesamte Umsatzzuwachs und die Steigerung der Belegungsquote (z. Zt. 73 Prozent) war den ausländischen Gästen zu verdanken.

BERLINER SPARKASSE / Zinsspanne gesunken

Lebhaftes Kreditgeschäft

VWD, Berlin

Ein lebhaftes Kreditgeschäft verzeichnete die Sparkasse der Stadt Berlin West in den ersten sechs Monaten 1985. Wie aus dem Zwischenbericht hervorgeht, nahmen die Forderungen an Kunden um 2,7 Prozent auf 8,72 Mrd. DM gegenüber 8,49 Mrd. DM zum Jahresultimo 1984 zu.

Dabei erhöhten sich die kurz- und mittelfristigen Kredite um sieben Prozent auf 2,36 Mrd. DM. Die langfristigen Ausleihen wuchsen zwar nur um 1,2 Prozent auf 6,36 Mrd. DM. Hinter diesem Zuwachs von 77 Mill. DM verbirgt sich aber wegen hoher Tilgungen ein Bruttoneugeschäft von mehr als 520 Mill. DM. Besonders erfreulich verlief nach Angaben des Instituts die Nachfrage im Bereich der Konsumentenkredite (plus 8,2 Prozent) und der Firmenkredite (plus 8,6 Prozent).

Auf der Passivseite war eine weitere Umstrukturierung der Anlagen zugunsten der Sparkassenwertpapiere zu beobachten, die rege Nachfrage nach Sondersparformen führte aber auch zu einem Anstieg des Spareinlagenbestandes um 1,4 Prozent auf 6,28 Mrd. DM. Schuldverschreibungen und Sparkassenbriefe werden um 2,3 Prozent erhöht mit 2,65 Mrd. DM ausgewiesen.

Die Bilanzsumme der Berliner Sparkasse wuchs im Berichtszeitraum um 3,2 Prozent auf 15,6 Mrd. DM gegenüber 15,12 Mrd. DM zum Jahreswechsel. Das Geschäftsvolumen nahm ebenfalls um 3,2 Prozent auf 15,94 gegenüber 15,45 Mrd. DM zu. Bei rückläufiger Zinsspanne stieg der Zinsüberschuß in den ersten sechs Monaten nur um 1,3 Prozent auf 235,9 (232,8) Mill. DM. Der Rohertrag wird mit 257,1 (253,4) Mill. DM ausgewiesen, der Bruttoüberschuß vor Abschreibungen und Steuern praktisch unverändert mit 125,8 (125,6) Mill. DM.

BROCKHAUS / Pfälzische Verlagsanstalt klagt gegen Fusion

Lexikonabsatz enttäuschte

dpa/VWD, Mannheim

Für die Bibliographisches Institut und F.A. Brockhaus AG, Mannheim, haben sich 1984 die Erwartungen nicht erfüllt. Auch 1985 hat sich laut Geschäftsbericht nicht besser angelassen. Der Umsatz ging unter anderem wegen des schlechten Herbst- und Weihnachtsgeschäfts um 4,4 Prozent auf 40,2 Mill. DM zurück. Der Jahresüberschuß sank deutlich auf 0,42 (1,31) Mill. DM. Der Hauptversammlung am 31. August werden 4 (6) DM Dividende je Aktie auf 4,65 (3,76) Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen, das mehrheitlich im Familienbesitz ist.

Der Konzern, zu dem nach der Fusion der beiden Lexikonverlage neben dem Stammhaus die F.A. Brockhaus GmbH, Wiesbaden, sowie die Mannheimer Verlagsauslieferung für Bücher GmbH, die Südbuch Vertriebsgesellschaft mbH und die Dr. Helmuth Bücking GmbH, alle Mannheim, gehören, wies 1984 einen Umsatz von 60,8 Mill. DM sowie einen Konzerngewinn von 0,61 Mill. DM aus. Gegen die Fusion ist eine Anfechtungsklage der Pfälzischen Verlagsanstalt GmbH, Landau (Rheinpfalz-Gruppe, Anteil knapp 9,9 Prozent) anhängig.

Im laufenden Jahr blieben die Umsätze in den ersten vier Monaten sowohl in der Gruppe als auch im Stammhaus hinter den Erwartungen zurück. Die eingeleiteten kostensparenden Maßnahmen im Zuge der Verlagsfusion, darunter die Zusammenlegung der Auslieferung und die Sitzverlegung von Wiesbaden nach Mannheim, wirkten sich 1985 noch nicht aus. Zunächst entstünden vermehrte Aufwendungen für den Sozialplan für etwa 50 der 80 Brockhaus-Mitarbeiter, die nicht von Wiesbaden mit nach Mannheim gingen.

PINGOUIN / Zahl der Boutiquen soll erweitert werden

Trend zum Stricken hält an

hg. Bonn

In der Straßenbahn und im Wartezimmer, beim Physikunterricht und sogar während „grüner" Fraktionssitzungen: Überall wird gestrickt. Rund 80 Prozent aller Mädchen und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten sich ihre Pullover selbst, drei Millionen tun dies intensiv, berichtet die Afra GmbH, Hamburg, Lizenzgeber für die Wollgeschäfte namens „Pingouin".

Rund 150 Boutiquen gibt es bereits, die von selbständigen Kaufleuten im Franchising-System geführt werden. Afra-Geschäftsführer Claude Duhen, der einen „anhaltenden Trend zum Selberstricken" voraussieht, will den Kreis dieser Läden in diesem Jahr um 30 erweitern. Der Umsatz aller Geschäfte erreichte 1984 ein Volumen von 40 Mill. DM.

Das Pingouin-System stehe grundsätzlich jedem offen, der einen solchen Laden betreiben will, teilt Duhan weiter mit; Afra als Franchise-Geber erarbeite zunächst eine Analyse über den jeweiligen Standort, die Marktchancen und die voraussichtliche Rentabilität und helfe sodann beim Konzept für die Ladeneinrichtung und bei der Sortimentsgestaltung. Der Franchise-Nehmer, der sein Geschäft auf eigene Rechnung führe, dürfe neben der Pingouin-Ware bis zu 20 Prozent des letzten Jahresumsatzes an Fremdprodukten aufnehmen.

Der Verkauf werde unterstützt durch nationale Werbung, vor allem jedoch durch zehn Modellhefte pro Jahr, in denen jeweils die neuesten Kollektionen und Materialien vorgestellt werden. Darüber hinaus könnten die Geschäftsinhaber die fachliche Beratung durch den Afra-Außendienst in Anspruch nehmen.

Die Afra GmbH ist eine hundertprozentige Tochter der Lainière de Roubaix und gehört damit zur französischen Prouvost-Gruppe. Lainière de Roubaix hat sich vor allem mit der Strickkollektion „Rodier de Paris" einen Namen gemacht.

COMMERZBANK / Gesamtbetriebsergebnis übersteigt Vorjahres-Halbwert deutlich

Gute Rahmendaten zeigen Wirkung

JOACHIM WEBER, Frankfurt

In der gegenwärtigen Wirtschaftssituation „wären Impulse durch staatliche Ausgabenprogramme fehl am Platz", meint der Vorstand der Commerzbank AG, Frankfurt, in seinem Bericht über die erste Jahreshälfte: „Es bestätigt sich, daß günstige volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen die beste Wachstumsvoraussetzung bieten." Erwünscht bleibe ein konsequenter Abbau der überhöhten Steuerlasten, auch „als Regulativ gegen latente Aufweichungsgefahren in der *Haushaltsdisziplin*".

Für den weiteren Jahresverlauf sind die Commerzbanker „insgesamt zuversichtlich". Die ruhige Preisentwicklung und die Zinssenkungs-Tendenzen setzten günstige Rahmendaten. Und in weiten Bereichen der deutschen Industrie zeige sich ein positiver Gewinntrend, der nicht nur von den Exporten, sondern auch von der günstigeren Kostenentwicklung gestützt werde.

Bei der Commerzbank selbst verlief die Kostenkurve im ersten Halbjahr nicht ganz so günstig. Ein um 14 Prozent auf 292 (256) Mill. DM gestiegener Sachaufwand, der 7 Prozent höhere Personalaufwand von 668 (624) Mill. DM und die mit 43 (knapp 41) Mill. DM um 6 Prozent höheren Abschreibungen ließen die Kosten insgesamt um 9 Prozent auf 1003 (921) Mill. DM steigen.

Davon wurden die Verbesserungen um 1,6 Prozent auf 932 (917) Mill. DM beim Zinsüberschuß und um 21 Prozent auf 389 (321) Mill. DM beim Provisionsüberschuß – Ergebnis kräftiger Umsatzsteigerungen im Wertpapiergeschäft – so gut wie aufgezehrt: Das ausgewiesene Teilbetriebsergebnis wurde mit 318 Mill. DM gerade auf dem Vorjahresniveau (alle Vergleichswerte: sechs Zwölftel der Gesamtzahlen von 1984) gehalten.

Gut verdient wurde indessen im nicht ausgewiesenen Eigenhandel. Bei deutlichen Ertragssteigerungen sowohl im Wertpapier- als auch im Devisengeschäft übertreffe das Gesamt-Betriebsergebnis den Vorjahres-Halbwert „kräftig".

Das Geschäftsvolumen der Commerzbank ist im Laufe des ersten Halbjahrs um 3,5 Prozent auf 77,4 (74,8) Mrd. DM gestiegen. Dabei haben die Kundenkredite insgesamt nur um knapp 1 Prozent auf 40,2 (39,9) Mrd. DM zugenommen. Der leichte Zuwachs stammte ausschließlich aus dem Inlandsgeschäft, während die Auslandskredite entsprechend der Dollarkurs-Entwicklung abnahmen.

Während sich im Firmengeschäft ein „in der ganzen Breite angelegter Zuwachs" zeigte, ging es bei den Privatkrediten teilweise recht lebhaft zu. So wuchs der Bestand an Konsumentenkrediten seit Jahresbeginn um 8 Prozent auf 2,6 Mrd. DM, die Baufinanzierungen nahmen um 4 Prozent auf 7,3 Mrd. DM zu. Insgesamt wurden mit 13,4 (12,7) Mrd. DM 5,5 Prozent mehr Privatkredite in Anspruch genommen.

Bei der Refinanzierung standen wieder die langfristigen Mittel im Vordergrund. 250 Mill. DM Erlöse aus DM-Zero-Bonds wurden ebenso im eigenen Haus angelegt wie eine 100-Mill.-Dollar-Anleihe, die – wie auch die Bonds – über die eigene Finanzholding in Curaçao begeben wurde. Eigene Schuldverschreibungen nahmen um 250 Mill. DM, die Sparguthaben um mehr als 200 Mill. DM zu.

Kapitalschnitt zur Verlustdeckung

dpa/VWD, Mannheim

Die Motoren-Werke Mannheim AG (MWM), Mannheim, mehrheitlich zum Bereich der Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, gehörender Hersteller von Dieselmotoren, schlägt der Hauptversammlung am 30. August einen Kapitalschnitt von 50 Mill. auf 10 Mill. DM mit anschließender Wiederaufstockung des Grundkapitals auf 40 Mill. DM gegen Bareinlagen zur Deckung von Verlusten vor. Wie aus dem Bundesanzeiger weiter hervorgeht, werden die 30 Mill. DM neuen Aktien von der Deutschen Bank AG übernommen und im Verhältnis eins zu drei nach der Zusammenlegung zu 50 DM je 50-DM-Aktie steuerfrei angeboten. Sie sind ab 1985 gewinnberechtigt.

Kooperation bei Mini-Computern

hdt. Paderborn

Die Nixdorf Computer AG, Paderborn, und die Pyramid Technology Corp., Mountain View, Kalifornien, schlossen einen Kooperationsvertrag, der den Technologie-Austausch und eine gemeinsame Produktentwicklung von Supermini-Computern vorsieht. Eingeschlossen ist ein vorerst auf sieben Jahre befristeter Vertrag, der die Lieferung von Elektronik-Komponenten an Nixdorf einschließt sowie die technische Betreuung von Pyramid-Produkten auf dem US-Markt durch den deutschen Partner. Nixdorf wird in das Engagement 1985 rund 20 Mill. DM investieren. Anlaß für die Kooperation ist die geplante Markteinführung einer neuen Computerserie.

Erfolge im Bereich der Markenartikel

hdt. Herford

Mit einem Gesamtumsatz von 460 (483) Mill. DM konnte die Milchwerke Westfalen eG, Herford, 1984 ihr Vorjahresergebnis nicht wieder einstellen, nicht zuletzt eine Folge der EG-Milchquotenregelung. So ging die Milchanlieferung der angeschlossenen 5695 Erzeugerbetriebe um 3,6 Prozent auf rund 400 Mill. Kilogramm zurück; sie ist auch in diesem Jahr weiter rückläufig. Das genossenschaftliche Unternehmen konnte jedoch seine Position im Markenartikelbereich erheblich festigen. Bei Butter, auf die 24 Prozent des Gesamtumsatzes entfallen, konzentriert man sich erfolgreich auf Spezialitäten, womit hier ein Marktanteil von rund 60 Prozent gehalten wird.

WILH. WERHAHN / Schweigsamer Familienkonzern hat noch Sorgen im Einzelhandel

Geringere Beteiligungserträge

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mit dem Hinweis auf eine „insgesamt positive, jedoch deutlich schwächere Ergebnislage als im Vorjahr" begnügt sich wie stets die Wilh. Werhahn KG, Neuss, Obergesellschaft von 57 konsolidierten inländischen Unternehmen aus den Bereichen Bankgeschäft, Produktion und Handel, mit Angaben über den Geschäftsverlauf 1984 – jedenfalls soweit es sich um mehr als nur vordergründige Zahlen handelt. Der schweigsame Familienkonzern nennt nicht den „nicht befriedigenden Rohertrag". Im Vorjahr hatte er sich gegenüber 1982 noch „abermals besser entwickelt als der Umsatz". 1984 wuchs der Außenumsatz um 4,3 (1) Prozent auf 3,38 Mrd. DM. Dabei verringerte sich die Zahl der Beschäftigten leicht auf 11 236 (11 251), für die 401 (395) Mill. DM aufgewendet wurden.

Unter den einzelnen Geschäftsbereichen erhält das Ergebnis des Kreditgeschäfts (ABC-Privat- und Wirtschaftsbank GmbH) und des Leasingsektors (ABC-Leasing GmbH) nach maßvoll ausgedehntem Geschäft die Note „insgesamt befriedigend", jedoch sei es wegen der vorgenommenen Risikovorsorge im Teilzahlungsgeschäft rückläufig.

Dagegen konnten die Ergebnisse aus der Sparte Gewinnung, Produktion und Handel mit Baustoffen an das gute Vorjahr anschließen. Als „insgesamt gebessert" wird auch die Ertragslage im Bereich Brennstoff- und Düngemittel-Großhandel dargestellt. Im ausgedehnten Mühlenbereich war die Ertragslage nicht zuletzt durch Vorsorgemaßnahmen belastet.

Im Einzelhandels-Filialbereich (Meierei C. Bolle, Schätzlein, Schade & Füllgrabe, Bonus) sind die Sorgen offenbar nicht ganz aus der Welt. Zwar heißt es, daß die Umsätze auf Vorjahreshöhe gehalten werden konnten, die Ergebnislage jedoch hätte „wegen der erforderlichen Fortsetzung der im Vorjahr eingeleiteten Anpassungsmaßnahmen noch nicht das frühere Niveau erreicht".

Von diesen lapidaren Bemerkungen abgesehen, geben nur zwei Daten einen wenn auch bescheidenen Eindruck von der Ertragskraft. Zum einen der Hinweis auf die von den nicht konsolidierten Beteiligungen: Hier steuerten diesmal vor allem Strabag AG, Wicküler und Holding Heinrich Industrie- und Handels-AG nur 11,2 (17,4) Mill. DM bei. Das sind 19,3 (32,2) Prozent der auf 58 (54) Mill. DM gestiegenen Beteiligungspositionen.

Der andere Hinweis betrifft die Entwicklung des Eigenkapitals. Es erhöhte sich um 7,5 (15) Mill. DM auf 297 Mill. DM. Einschließlich der übrigen Eigenmittelpositionen, der Ausgleichsposten aus Konsolidierung von 26,1 (25) Mill. DM und für Fremdbesitzanteile von 5,9 (4,6) Mill. DM sowie der Sonderposten mit Rücklageanteil von 54,5 (65,8) Mill. DM addiert sich das Eigenkapital auf 383 (385) Mill. DM, das sind 22,2 (21,9) Prozent der leicht auf 1,72 (1,76) Mrd. DM gesunkenen konsolidierten Bilanzsumme.

VOEST-ALPINE / Beachtliche Umsatzsteigerungen

Vorsorge für US-Beteiligung

VWD, Linz

Vor allem im Hüttenbereich und im Sektor der hüttennahen Verarbeitung konnte der Voest-Alpine-Konzern 1984 „recht beachtliche" Umsatzsteigerungen erzielen. Wie aus dem Geschäftsbericht 1984 hervorgeht, nahm der Weltumsatz (ohne Intertrading-Gruppe) um 3,5 Prozent auf 89,3 (86,3) Mrd. Schilling (rund 13 Mrd. DM) zu. Der Außenumsatz stieg trotz Einbußen im Inlandsgeschäft auf 75,7 (71,1) Mrd. Schilling. Der internationale Handel der Intertrading-Gruppe brachte Umsatzerlöse von 124,4 (32,9) Mrd. Schilling. In Sachanlagen investiert wurden 3,3 (4,0) Mrd. Schilling. Die Ertragsverhältnisse haben sich in einzelnen Geschäftsbereichen grundsätzlich verbessert, wird im Geschäftsbericht betont.

Insgesamt sei das Konzernergebnis jedoch durch die hohen Bilanzvorsorgen für die Risiken aus der Beteiligung an der Bayou Steel Corp., USA, nachhaltig beeinträchtigt. Die Voest Alpine AG verfehlte im vergangenen Jahr mit einem Gesamtumsatz von 48,1 Mrd. Schilling nur knapp den Rekordwert des Vorjahres von 48,7 Mrd. Schilling. Der ordentliche Geschäftsverlust konnte auf 1,334 (2,059) Mrd. Schilling verringert werden.

Der ausgewiesene Jahresverlust belief sich auf 6,3 Mill. Schilling. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrags aus 1983 von 511,9 Mill. Schilling errechnet sich ein bilanzmäßiger Reinverlust von 518,2 Mill. Schilling, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Bei der AG wurden Sachinvestitionen in Höhe von 1,863 (1,900) Mrd. Schilling vorgenommen.

Für die Hüttenwerke des Konzerns ergab sich einschließlich der Rohstoffverkäufe ein Anstieg des Umsatzes um 15 Prozent auf 30,3 Mrd. Schilling. Der Hüttenbereich konnte nach Angaben der Unternehmensleitung auch das Ergebnis am stärksten verbessern. Weiterhin nicht befriedigend, jedoch deutlich positiver seien die Erträge in der hüttennahen Verarbeitung ausgefallen. In diesem Bereich erhöhten sich die Gesamtumsätze um 25 Prozent auf 10,3 Mrd. Schilling. Das Finalproduktgeschäft, das im wesentlichen Erzeugnisse des Stahl- und Maschinenbaues sowie des Schiffbaues umfaßte, verharrte dagegen mit 13,3 Mrd. Schilling auf dem Umsatzniveau des Vorjahres.

Während der traditionelle Apparatebau und der Bau industrieller Anlagenkomponenten stark rückläufig waren, konnte in der Ölfeldtechnik und in der ab 1. Januar 1984 rechtlich unter der Firma Böhler Pneumatik International GesmbH verselbständigten Bohr- und Drucklufttechnik der Umsatz deutlich gesteigert werden. Der Bereich der Finalprodukte kämpft mit erheblichen Ertragsproblemen, heißt es im Geschäftsbericht.

Die in diesem Sektor durchgeführte Umstrukturierung erforderte einen hohen Mitteleinsatz vor allem für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Zu dem erwarteten Rückgang auf 18,1 (22,9) Mrd. Schilling kam es beim Anlagenbau nach dem Umsatzboom der Vorjahre. Insgesamt sei das Ergebnis in dieser Sparte recht gut.

NAMEN

Rolf Moritz (42), bisher in der Geschäftsstelle Frankfurt der Nixdorf Computer AG, Paderborn, tätig, übernahm die Leitung des Vertriebsbereichs Geldinstitute Deutschland. Er ist Nachfolger von **Jürgen Kallmeyer** (39), der in eine Führungsposition bei der BHF-Bank, Frankfurt, wechselte.

Hans Krämer (46) wurde vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Kodak AG, Stuttgart, bestellt.

Deodat von Eickstedt, Inhaber der Robert Heilmann Spedition, Berlin, wird am 25. Juli 60 Jahre.

Dr. **Klaus Husmann** scheidet am 30. September aus der Geschäftsführung der Wabag Wasserreinigungsbau, Kulmbach, aus und tritt am 1. Oktober in die Geschäftsführung der Lumen GmbH, Kulmbach, einem Unternehmen der Ruckdeschel Firmengruppe ein und übernimmt die Ressorts Technik und Export.

Alfred Hempel, Inhaber der Alfred Hempel Firmengruppe, Düsseldorf, vollendet am 25. Juli das 65. Lebensjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Bauplanungs- u. -beratungsges. mbH, Hamburg; Ingenieurbau Rudolf Seeland Verwaltungs- u. Beteiligungs-GmbH, Berlin; **Berlin Charlottenburg:** R und S Dentaltechnik GmbH; **Braunschweig:** KG I. Bellmann & Co (GmbH & Co.); **Dortmund:** Sportkauf Jenau u. Gelhaus GmbH; **Düsseldorf:** Nachl. d. Sabine Charlotte Lemcke geb. Rohrer, Drogistin; **Gelsenkirchen:** PADE Bauträger GmbH i. Liqu., Haltern-Lippramsdorf; Erhard Pade, Haltern; Pfeifers GmbH & Co. KG; **Heilbronn:** Bock & Link GmbH, Bietigheim-Bissingen; **Herford:** anno-dom Möbel-Vertriebs GmbH, Bad Oeynhausen 2; Motorenfabrik Herford Hans König GmbH; **Neuss:** Groß Betonschalungsbau GmbH; **Neu-Ulm:** SBS Schwarzkunst Bauisolierungen u. Spenglerei GmbH; **Reutlingen:** Wagner GmbH, Sonnenbühl 4-Willmandingen; **Schwäbisch Hall:** Fechner GmbH & Co., Sauna, Anlagen; **Soest:** Manfred Albrecht, Bau- u. Sanierungsges. mbH, Wickede; **Tostedt:** Nachl. d. Wolfgang Hoering, Zahnarzt, Buchholz; **Wuppertal:** Femaho GmbH, Fertigwaren aus Massivholz.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Heilbronn: GE Möbelfabrik GmbH, Steinheim; **Reutlingen:** Gebr. Wagner GmbH + Co. KG Strickwarenfabriken, Sonnenbühl 4-Willmandingen.

Liquidations-Vergleich beantragt: Pforzheim: Friedemann Becker Schmuckfabrikation, Eisingen.

Mit dem Dollar abwärts

Exportorientierte Aktien lagen unter Druck

DW. – Den schwächeren Dollar nahm der Berufshandel zum Anlaß, sich von Aktien exportorientierter Gesellschaften zu trennen. Dadurch wurden Spitzenwerte des Chemiemarktes, Autoaktien und ein Teil der Elektrowerte anfangs bei bescheidenen Umsätzen zurückgenommen. Erst in der zweiten Börsenstunde kam es auf Basis der ermäßigten Notierungen zu Rückkäufen. Daran dürften auch Ausländer beteiligt gewesen sein. Bis zum Börsenschluß holte die Mehrzahl der zunächst gedrückten Aktien wieder etwas auf.

Thyssen und Klöckner konnten sich gegenüber dem Vortag bis zu 2,50 DM verbessern. Die Papiere der Großchemie schlossen dagegen mit Verlusten von 1 bis 2 DM. Ähnliches gilt für Siemens, obwohl hier Ausländer im Verlaufe für eine spürbare Erholung gesorgt hatten. Schering fielen um 6 DM zurück, entsprechend schwächer war auch das Bezugsrecht. Grundsätzlich bereitet aber die Placierung der jungen Aktien hier, wie auch bei der Bayerischen Vereinsbank und bei Linde keinerlei Probleme. Der Zwischenbericht der Commerzbank konnte ein Abgleiten des Commerzbank-Kurses um zeitweise 5 bis 6 DM nicht verhindern. Da die Zinssenkung zum Stillstand gekommen ist, fehlte es bei den zinssensitiven Papieren wie Bank-, Versicherungs- und Versorgungsaktien an speziellen Anregungen.

Frankfurt: Bilfinger gaben um 4,90 DM und Binding um 4 DM nach. Kochs Adler verminderten um 4,40 DM und Pfaff um 5,30 DM. Agiv büßten 9 DM und Rheinelektra 11 DM ein. Altana verbesserten sich um 7,50 DM. Südzucker erhöhten sich um 5 DM.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt und Bilfinger verminderten um 5 DM. Gerresheimer Glas gaben um 3,80 DM und Kochs Adler um 4,50 DM nach. VDN stockten um 5,50 DM und Hein. Lehmann um 5 DM auf. Victoria erhöhten um 95 DM und Allianz Leben um 25 DM.

Hamburg: Beiersdorf gaben 10 DM ab. HEW waren um 1,40 DM und NWK-Vz. um 9 DM leichter. Reichelt erhöhten sich um 2,50 DM und Hapag Lloyd um 1,50 DM. Phoenix Gummi verloren 1,30 DM und Vereins- und Westbank 3 DM.

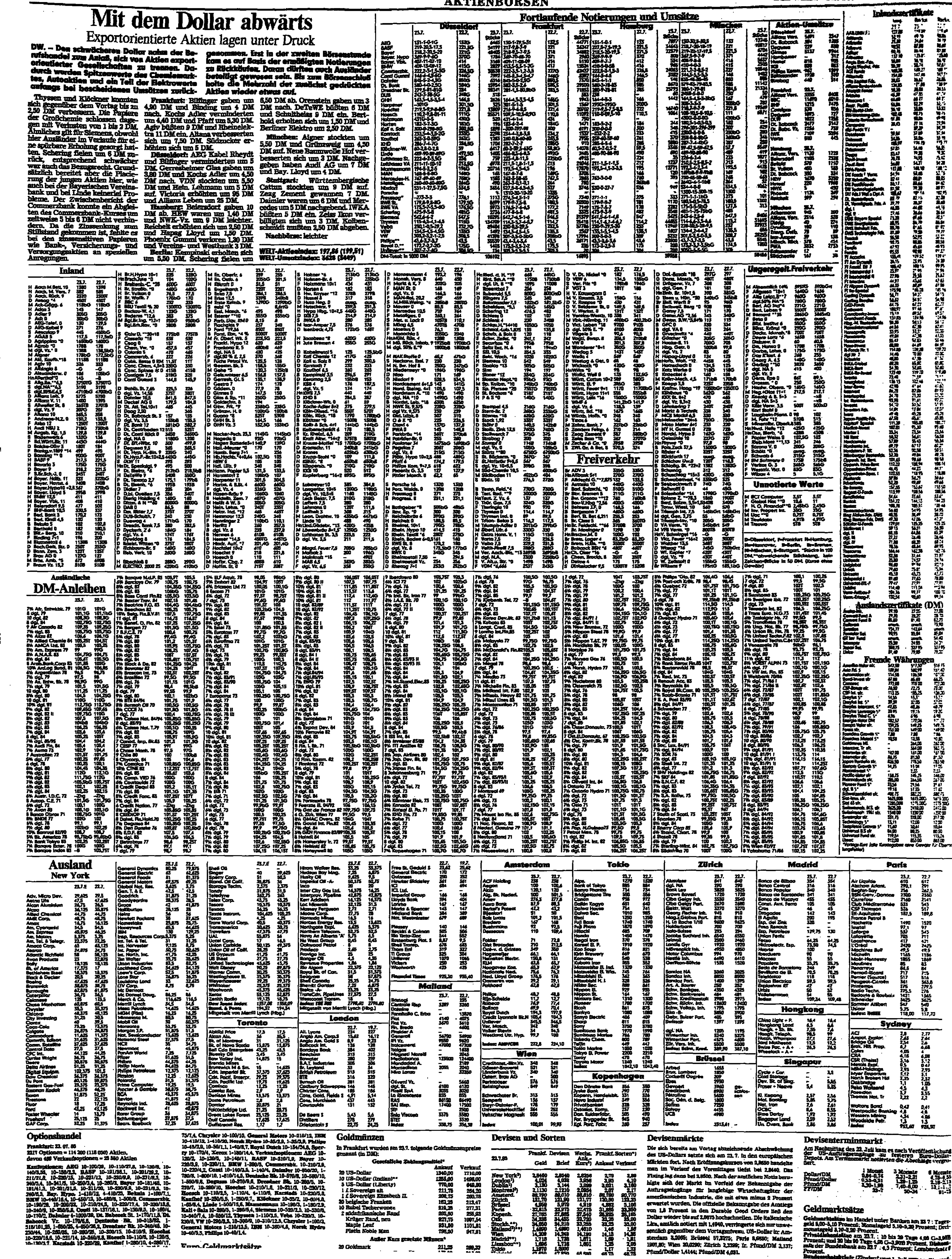
Berlin: Kempinski erholten sich um 5,50 DM. Schering fielen um 6,50 DM ab. Orenstein gaben um 3 DM nach. DeTeWE büßten 6 DM und Schultheiss 9 DM ein. Berthold erholten sich um 1,50 DM und Berliner Elektro um 2,50 DM.

München: Aigner stockten um 5,50 DM und Grünzweig um 4,50 DM auf. Neue Baumwolle Hof verbesserten sich um 3 DM. Nachgegeben haben Audi AG um 7 DM und Bay. Lloyd um 4 DM.

Stuttgart: Württembergische Cattun stockten um 9 DM auf. Zeag Zement gewannen 7 DM. Daimler waren um 6 DM und Mercedes um 5 DM nachgebend. IWKA büßten 5 DM ein. Zeiss Ikon verbilligten sich um 3 DM. Kolbenschmidt mußten 2,50 DM abgeben.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 197,86 (199,51)
WELT-Umsatzindex: 3628 (3449)



Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

London

Toronto

Wien

Brüssel

Kopenhagen

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

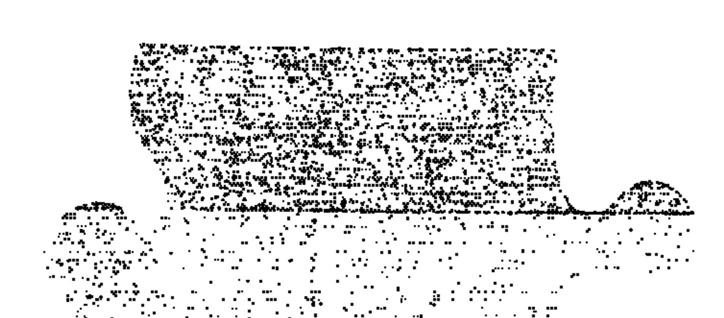
Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

هكذا من الأهلي

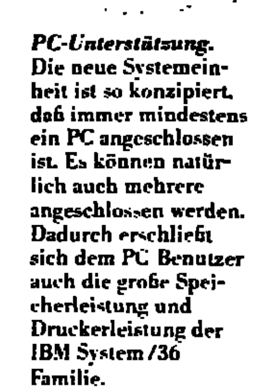
Bitte genau hinsehen:

Das hier abgebildete Puzzlespiel läßt sich bei genauerem Hinsehen schnell zu der bisher kleinsten Systemeinheit für die IBM System /36 Familie zusammensetzen. Die IBM System /36 Familie ist ein leistungsfähiges Mehrplatzsystem mit Systembausteinen, die bis zu hundert Datenstationen unterstützen. Das neue, preiswerte Einstiegsmodell hat die äußeren Abmessungen eines PC und macht die IBM System /36 Familie für die verschiedensten Unternehmen interessant. Unternehmen, die keinen Computer haben, eröffnet es einen wirtschaftlichen Weg zu vielen Branchenlösungen und in die Bürokommunikation. Unternehmen, die schon mit Computern arbeiten, bietet es wirkungsvolle Unterstützung beim Ausbau vorhandener Computernetze. Und Unternehmen, die mit Personal Computern ausgerüstet sind, verschafft es einen kostengünstigen Übergang zur integrierten Datenverarbeitung. Einige Stichworte zu wichtigen Eigenschaften der IBM System /36 Familie finden Sie auf dieser Seite. Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, wenden Sie sich an die nächstgelegene IBM Niederlassung. Wo die nächste ist, erfahren Sie zum Ortstarif von Hallo IBM, Telefon 0130-4567.



Sicherheit. Zuverlässige Schutzmaßnahmen verhindern, daß gespeicherte Daten in unberufene Hände kommen.

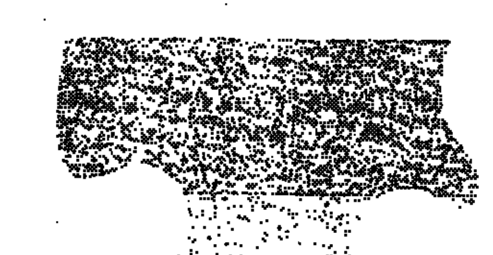
Zusatzeinrichtungen. Insgesamt können an die neue Systemeinheit bis zur vier Datenstationen angeschlossen werden, wie zum Beispiel Drucker, Bildschirm, Plotter und Personal Computer.



PC-Unterstützung. Die neue Systemeinheit ist so konzipiert, daß immer mindestens ein PC angeschlossen ist. Es können natürlich auch mehrere angeschlossen werden. Dadurch erschließt sich dem PC Benutzer auch die große Speicherleistung und Druckerleistung der IBM System /36 Familie.

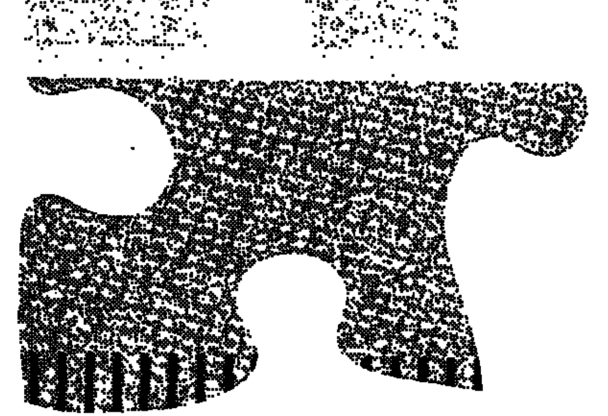


Ergonomie. Alle Bedienungselemente sind übersichtlich und benutzerfreundlich angeordnet, so daß man schon nach kurzer Zeit erfolgreich damit arbeiten kann.



Branchen-Anwendungen. Es gibt zahlreiche Programme für das IBM System /36, die von IBM, Kunden oder Softwarehäusern entwickelt worden sind. So läßt sich praktisch für fast jedes denkbare Problem auch die passende Anwendungslösung finden.



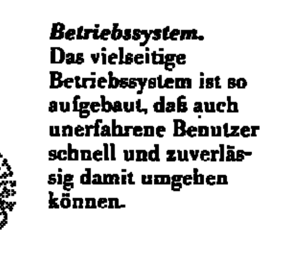


Mehrprogrammbetrieb. Das Betriebssystem ist sehr gut geeignet, um mit mehreren unterschiedlichen Programmen gleichzeitig zu arbeiten.

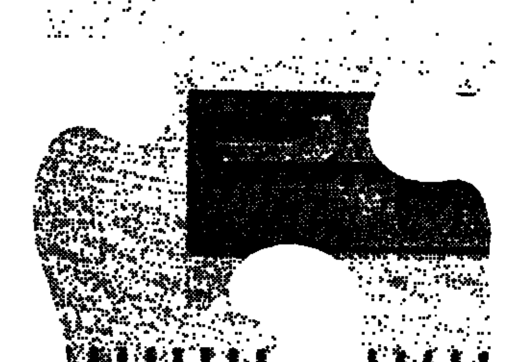


Netzwerkbetrieb. Vielseitige Datenfernverarbeitungsmöglichkeiten ermöglichen die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Rechnern in verschiedenen Netzwerken.

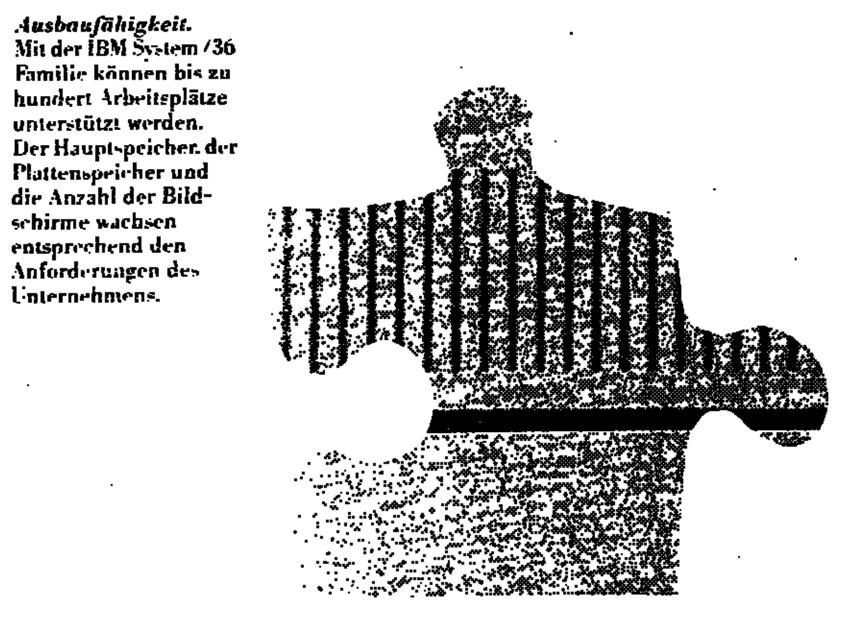
Mehrplatzbetrieb. Ohne sich zu stören, können mehrere Benutzer gleichzeitig mit gleichen oder unterschiedlichen Anwendungen arbeiten.



Betriebssystem. Das vielseitige Betriebssystem ist so aufgebaut, daß auch unerfahrene Benutzer schnell und zuverlässig damit umgehen können.



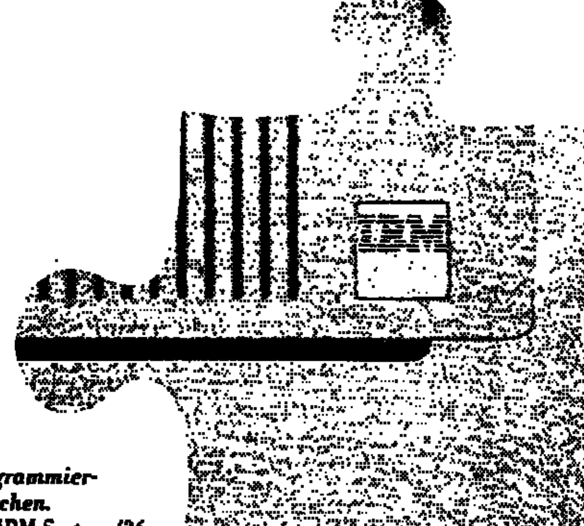
Speicherleistung. Datenbanken von 30 Mio. bis zu 800 Mio. Zeichen sind möglich. Das entspricht ungefähr 400 000 Schreibmaschinenseiten.

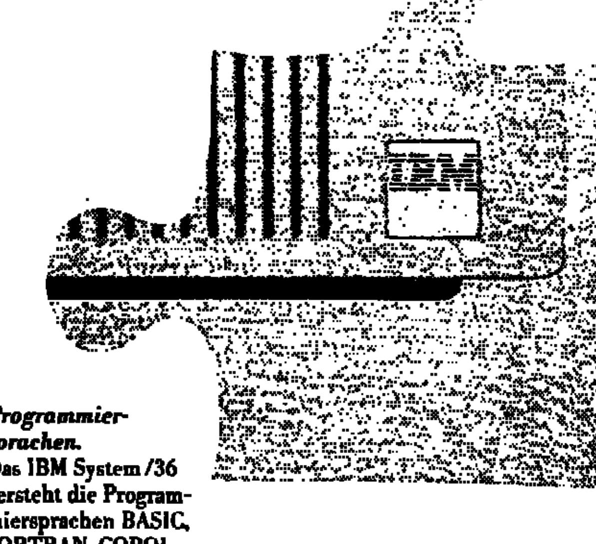


Ausbaufähigkeit. Mit der IBM System /36 Familie können bis zu hundert Arbeitsplätze unterstützt werden. Der Hauptspeicher, der Plattenspeicher und die Anzahl der Bildschirme wachsen entsprechend den Anforderungen des Unternehmens.

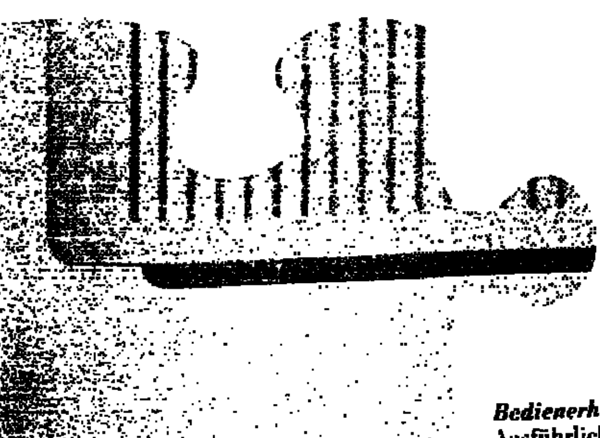


Textverarbeitung. Die Textverarbeitung läßt sich mit dem IBM System /36 nach Regeln abwickeln, die auch andere Computer verstehen.





Programmiersprachen. Das IBM System /36 versteht die Programmiersprachen BASIC, FORTRAN, COBOL, Assembler und RPG II.



Bedienerhilfen. Ausführliche Bedienungsanleitungen sind direkt gespeichert und können mit der Hilfe-Taste sofort auf den Bildschirm gerufen werden.



Büro-Anwendungen. Das IBM System /36 eröffnet alle Möglichkeiten der Bürokommunikation. Es verarbeitet Daten, Texte und Grafiken.

1910  1985

Deutschland

Zinssenkung gestoppt

Trotz forcierter Bemühungen der Bundesbank, die Kapitalmarktzinsen in der Bundesrepublik unter Druck zu halten, machte die Zinssenkung am Dienstag keine Fortschritte mehr. Die Kurse öffentlicher Anleihen schwankten geringfügig bei kleinen Umsätzen. Mit einiger Besorgnis sieht man der neuen Bundesanleihe entgegen, deren Konditionen schon aus Prestigegründen nicht hinter denen der nicht placierbaren Schleswig-Holstein-Anleihe zurückbleiben müssen. Ruhiges Geschäft auch bei den DM-Auslandsanleihen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	101,85	101,9

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Mit sehr deutlichen Verlusten ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee schwächer notierte, konnte Kakao leicht zulegen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	22.7.	19.7.
Juli	297,75	298,25
Sept.	305,00	305,75
Dez.	313,75	315,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	22.7.	19.7.
St. Lawrence 1 CW	234,94	234,94
Amber Durum	218,99	218,99

Roggen Winnipeg (can. $/t)	22.7.	19.7.
Juli	118,80	119,00
Okt.	121,80	121,70
Dez.	124,80	125,50

Kakao New York ($/t)	22.7.	19.7.
Terminkontr. Sept.	2070	2085
Dez.	2110	2055
März	2155	2115
Umsatz	1805	2217

Zucker New York (c/lb)	22.7.	19.7.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	3,62	3,35
Okt.	3,77	3,47
Jan.	4,00	3,60
März	4,29	3,93
Mai	4,45	4,13
Umsatz	14010	6595

Iso-Preis fob karibische Häfen US-c/lb)	22.7.	19.7.
	3,15	3,15

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Mit gutem Gewissen

P. Jo. – Der Tourist ist ein verdammter Ignorant. Er zieht in einer Herde durch fremde Länder. Er sieht nichts, was er nicht sehen will. Er verdirbt die Einheimischen durch den neuen Touristen-Kolonialismus. Und er zerstört mit seinen Ansprüchen die autochthone Kultur und Umwelt. Soziologen und Sozioethnologen haben uns diese Vorwürfe immer wieder um die Ohren gehauen. Also haben wir ein schlechtes Gewissen, wenn wir *auf Reisen gehen – oder sollten* es doch haben.

Aber nun bietet sich uns eine Alternative an, nun gibt es endlich die richtigen Angebote fürs linke Gemüt mit Ökodrall: Reisen, bei denen das „richtige Bewußtsein" keinen Schaden nimmt. „Intourist" lädt uns z. B. per Anzeige zu einer Reise in die Sowjetunion unter dem Motto „40 Jahre Frieden in Europa" ein und verspricht uns: „Neben umfangreichen Besichtigungen gehören auch Diskussionen und Aussprachen zum Thema ‚Frieden' zum Reiseprogramm." Oder eine Frankfurter Firma bietet für Klassenfahrten wie für Einzelreisende einen Besuch in Prag „inkl. antifaschistischer Stadtrundfahrt" oder einen Flug nach Moskau mit „Teilnahme an Revolutionsfeierlichkeiten" an.

Doch wir müssen nicht nur in die Ferne schweifen, dank der „Naturfreundejugend" liegt das Gute nah, und zwar im Allgäu. Dort versammelt man sich in einer „Sommerschule" zum „lesen und sehen Lernen". Als Gemeinschaftslektüre ist Peter Weiss' „Ästhetik des Widerstandes" vorgesehen, auch über die „Geschichte der Arbeiterbewegung" wird man belehrt und über „*eine von Tourismus und Umwelt*zerstörung bedrohte Landschaft".

Erste Lektion vielleicht so: 1. Das Tourismus-Herdenvieh sind nur die anderen. 2. Die Naivlinge, die mit unverrückbaren Vorurteilen auf Reisen gehen, sind nur die anderen. 3. Die Touristen, die durch ihren Tourismus die Umwelt der Alpenregion zerstören, sind die anderen. 4. usw. usf., ... und letztens: Wir sind anders als die anderen, denn wir sehen nur, was wir sehen sollen: in Moskau, Prag oder in den Alpen. Dann kann ja die Reise losgehen!

Islamische Fanatiker in Ägypten blasen zum Heiligen Krieg gegen Joussef Chahines Film „Adieu Bonaparte"

Kein Platz für Kunst und Toleranz

Soziale Anklagen, Gesellschaftskritik ist man von dem ägyptischen Filmregisseur Youssef Chahine (60) gewöhnt. Aber sein neuester Film, „Adieu Bonaparte" (WELT v. 21. 5.), wirkt in seinem Heimatland wie politischer Sprengstoff. Vor den Kinos wachen Polizisten. Chahine selbst wird bedroht, sieht sich persönlichen Haßkampagnen ausgesetzt.

Mit seinem Opus ist er mitten in die Tagespolitik hineingeraten, in die scharfen und aufrührerischen Auseinandersetzungen zwischen moslemischen Fundamentalisten und Regierungsanhängern um Präsident Mubarak, die die Beziehungen zum Westen nicht kappen wollen und sich einer „islamischen Republik" vehement widersetzen.

Als „Adieu Bonaparte" bei den letzten Festspielen in Cannes aus der Taufe gehoben wurde, fand er wohlwollende Beachtung und Anerkennung. Ein Teil der französischen Presse schimpfte zwar, Napoleon sei lächerlich gemacht worden, aber die Zuschauer begriffen, daß das gar kein Film über Napoleon war. Chahine heute: „Der Titel war vielleicht ein Irrtum." Aber niemand sah so recht voraus, welche gewaltigen Emotionen dieser Streifen in Ägypten mobilisieren würde.

Heute tönt es in der Kairoer Presse, im Rundfunk, in Leserbriefen: Verräter, Agent der Israelis, falscher Ägypter, der seine Seele für Geld an die westliche Kultur verkauft hat. Der einzige international bekannte ägyptische Regisseur, der in Berlin für sein „Alexandria warum?" schon einmal den Silbernen Bären errang, wird mit Dreckschlamm geradezu übergossen. Die Schlacht um seinen Film mit ihrer Unzahl von Verdächtigungen ist leider nur allzu kennzeichnend für den tiefen Zwist, der das Land am Nil zu zerreißen droht.

Zunächst muß man wissen: Für die ägyptisch-französische Koproduktion zahlten Kairo und Paris gemeinsam ein Drittel der Kosten von über zwei Millionen Dollar. Aber „Adieu Bonaparte" wird wohl nur im Westen zu sehen sein, die arabischen Staaten (bis auf Marokko, Algerien und Tunesien) bleiben dem Film wegen des islamischen Widerstandes verschlossen. Wichtiger noch: Chahine ist maronitischer Christ, seine Familie stammt aus Libanon. Als Alexandriner ist er in der levantinisch-ägyptisch geprägten Welt zu Hause, auch wenn er sich zum Arabertum bekennt. „Ich bin als Kind zum Christen getauft worden", sagt er vieldeutig.

Mittelpunkt seines Filmes ist die Begegnung des französischen Ingenieurs und Wissenschaftlers Cafarelli

Aly (Mohsen Mohieddine), der Geliebte des französischen Ingenieurs und Wissenschaftlers Cafarelli, in Chahines befehdetem Film „Adieu Bonaparte" FOTO: DIE WELT

(Michel Piccoli) mit einer ägyptischen Familie in Kairo und Alexandrien während der Eroberung Ägyptens durch den jungen Napoleon (Patrick Cheveau) im Jahre 1798/99. Es kommt zu einer leidenschaftlichen Liebesaffäre zwischen Cafarelli und dem Knaben Aly (Mohsen Mohieddine), die Aly schließlich als Unterdrückung empfindet, woraus Youssef Chahine den Zusammenprall zweier Kulturen entwickelt.

„Ich wollte vor allem das Schicksal der kleinen Leute in Ägypten in jener Zeit darstellen und kein Loblied auf den Eroberer Napoleon und die Französische Revolution singen", sagt er Regisseur. „Es kommt mir auf die menschlichen Beziehungen an. Nicht immer sind Soldaten die Heroen der Geschichte."

Der Film macht immerhin – getreu der historischen Wahrheit – deutlich, daß Napoleons Eroberung bei den Ägyptern zur Erweckung des nationalen Selbstbewußtseins beiträgt, daß die französische Expedition der gebende Teil ist und Ägypten aus seinem islamisch-stumpfen Zustand reißt, so daß es schon unter Mohammed Ali (1806–1849) zum ersten Entwicklungsland mit moderner Verwaltung und beginnender Industrialisierung werden kann. Hier setzt nun die beißende Kritik der islamischen Fundamentalisten und auch der Nationalisten an.

Schon daß im Film die Trikolore über der Zitadelle von Kairo weht und daß die Niederlage des Mamelucken-Heers gezeigt wird, ist nach Meinung der Kritiker eine „Geschichtsfälschung". Denn natürlich hat nach ihrer Lesart damals das ägyptische „Volk" erbitterten Widerstand gegen die fremden Eroberer geleistet. Und daß ein islamisches Heer von „Ungläubigen" bei den Pyramiden geschlagen werden kann, ja daß sich Ägypten als islamisches Land westlicher Kultur unterwirft, ist schlichtweg „unmöglich". So etwas auch nur anzudeuten bedeutet Sakrileg, der ägyptische Regisseur ist damit zum schlimmen Ketzer geworden. Auch wenn Chahine später zeigt, daß sich Ägypten schließlich durchaus gegen die Franzosen wehrt.

Die schärfsten Kritiker in Kairo werfen Chahine vor, er habe „seinem Freund", dem französischen Kultusminister Jack Lang, wegen dessen Finanzierung einen „Gefallen" getan. So wie er die Überlegenheit der französischen Kultur und die gegenseitige ägyptisch-französische Durchdringung darstelle, so werbe er ungeniert für die Zusammenarbeit zwischen Ägypten und Israel, ja für die Unterwerfung Ägyptens unter die Israelis (Lang ist Jude). Chahine betont dagegen unermüdlich: „Ich habe ja gerade mit meinem Film ausgesagt, daß niemand das Recht hat, die Gefühle, den Lebensraum, die Liebe eines anderen zu beherrschen. Ich liefere doch keine historische Studie ab."

Chahine ist ein toleranter und humaner „Linker", den der fanatische Zorn der islamischen Orthodoxie trifft, aber auch die opportunistische Verachtung der radikalen antiwestlichen Linken in Kairo. Beide werfen sie ihm „Unterwerfung" vor. Der bekannte Journalist Ihsan Abdel Kaddous schrieb über vier Spalten in „Al Missa": „Chahine ist ein falscher Ägypter, ein Herr der Fremden, ein Khauwaga". Und „Al Goumhouriya" tönte: „Warum hat Chahine keinen Film über die Helden unseres Widerstandes gegen die Franzosen gedreht?"

Die Regierung hält sich noch zurück. Man will gerade jetzt im Kampf gegen die islamischen Fanatiker nicht zurückstecken und den Film aus den Kinos nehmen. Sie betont, es gebe in Ägypten keine Zensur.

Die einzige Ermunterung für Chahine kommt aber aus Libanon, wo „Adieu Bonaparte" bezeichnenderweise nur im christlichen Landesteil gezeigt wird. Der Beiruter „L'Orient" lobte: „Ein großer, ein schöner Film, den man unbedingt ansehen sollte."

PETER M. RANKE

München: Sutermeisters Oper „Le Roi Bérenger"

Der König stirbt nicht

Das Stück ist noch immer gut: Eugène Ionescos „Der König stirbt", uraufgeführt 1963 in Paris, damals ein Welterfolg für Jahre, bis es dann doch von den Bühnen verschwand. Nach den Theatermachern entdeckten die Romanisten und die von Sartre verlassenen Philosophen Ionescos bizarre, surrealistische, gar absurde Denkweise. „Le Roi se meurt" wurde ihnen dabei geradezu zum Leitstern in seiner so naiv humanen Art eines großen Welttheaters, das nicht in den Gedankenflügen, sondern nur im Aufwand zum Kammerspiel reduziert ist.

Nun gibt es den sterbenden König wieder auf der Bühne, wenn auch unter anderem Titel und als Oper: „Le Roi Bérenger" nennt der Schweizer Komponist Heinrich Sutermeister sein Werk, das jetzt im Rahmen der Münchner Opernfestspiele im Cuvilliéstheater herauskam. Ionesco war die Sache wichtig genug, daß er nach München anreiste, um der Uraufführung beizuwohnen. Beim Schlußapplaus ließen die Münchner ihn als den geistigen Vater der Opern-Novität denn auch hochleben, höher jedenfalls als die eigentlichen Schöpfer der Oper. Aber auch für sie gab es einmütigen und langanhaltenden Beifall.

Also ein Erfolg? Wohl doch nicht wirklich. Es war wohl mehr die Zustimmung aus Mangel an irgend etwas, an dem man sich hätte reiben können. Sutermeisters Opern-Novität ist auf distinguierte Weise vorgestrig. Sie zu schreiben mag für Sutermeister, den bald 75jährigen, wichtig gewesen sein, sie uraufzuführen, für die Bayerische Staatsoper eine Zierde. Eine Notwendigkeit, sie zu spielen, gibt es indessen nicht.

Man sollte Sutermeisters Oper vielleicht am ehesten als ein Stück Sekundärliteratur zu Ionesco sehen. Interessant schon die Änderung des Titels. Die Reflexivform „se mourir" war im deutschen Titel grotesk verstümmelt worden: Der König stirbt ja gar nicht. Und auch sonst mußte einem Ionesco-Kenner einiges gegen den Strich gehen, wie etwa der schlechte Übersetzungswitz, aus einer Juliette ein Julchen zu machen, Kompromisse an den damaligen Schauspielgebrauch, wo man seit den „Nashörnern" von Ionesco etwas erwartete, über das auch Abonnenten mal lachen konnten.

Sutermeister ist es ganz ernst mit Ionesco: Er streicht aus dem Text heraus, was nach Komödie aussehen könnte. Sutermeisters König trägt den Namen, den bei Ionesco so oft Menschen haben: Bérenger. Der König, der sich ins Sterben schicken soll, ist durchaus kein Monarch und kein Potentat. Er ist nichts als ein Mensch, ein Jedermann, und muß das Sterben erst mühsam lernen.

In einer Zeit, da noch Fortschrittsglaube die Welt regierte, der Mensch noch glaubte, Gott nicht mehr zu brauchen, hatte das gewiß mehr Brisanz als heute, wo man die Endlichkeiten alles Menschlichen nur zu deutlich zu spüren bekommt. Sutermeister hatte eigentlich auch viel früher mit seinem „Roi Bérenger" herauskommen wollen, aber Ionescos Verlag spielte nicht mit. So schob Sutermeister die Komposition fast zwei Jahrzehnte vor sich her.

Die Tonsprache verrät von dieser langwierigen Entstehung so manches. Da gibt es zum Beispiel zwei elektrisch verstärkte Gitarren, wie sie damals auch für die Oper kurz in Mode waren. Da gibt es auch den trockenen, luftigen Satz und das Stil-Pamphlet wie etwa einen lang ausgeführten Walzer, aber bei Sutermeister natürlich auch noch eine bei aller Wortverständlichkeit sehr kantable Linienführung für die Singstimmen.

Als Regisseur hatte sich München Jorge Lavelli geholt, der das Schauspiel seinerzeit an der Comédie Française inszeniert hatte und wie auch sein Bühnenbildner Max Bignens Ionescos Theaterwelt aus dem Handgelenk hervorzaubert. Am Pult waltete Hausherr Wolfgang Sawallisch mit direktorialer Umsicht.

Ganz genau trifft das Solistensextett, das die Münchner Oper aufbietet, auch wenn der schwer erkrankte Theo Adam, der eigentlich Bérenger sein sollte, wenige Wochen vor der Uraufführung passen mußte. Ihn vertritt nun eindrucksvoll Heinz-Jürgen Demitz, noch jung und rüstig, wie Bérenger es eigentlich sein soll, im Spiel eine gute Mischung aus Naivität und Espressivo. Ute Trekel-Burckhardt ist die hartherzige, aber auch scharf denkende Königin Margarethe, *Edith Mathis ihr lieblicher* Sopran-Widerpart in der Rolle der Königin Maria. Fritz Uhl als dumm tönender Leibwächter, Julie Kaufmann als umtriebige Juliette und Claes H. Ahnsjö als Arzt sind präzis bei ihrer Sache. Nur 75 Minuten dauert sie. Aber dank Ionesco reicht der Inhalt doch für einen ganzen Abend.

REINHARD BEUTH

Plattenkritik: Der Tenorsaxophonist Warne Marsh

Wie tief ist der Ozean?

Die Jazzgeschichte ist reich an Persönlichkeiten, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt bedeutsame Beiträge zur Entwicklung und Vervollkommnung der einzelnen Jazzstile geleistet haben – und dennoch nie als große Stars gefeiert wurden. Ein solcher Musiker ist der Tenorsaxophonist Warne Marsh (57). Der stille, introvertierte Mann aus Los Angeles, der in den 40er und 50er Jahren zusammen mit Lennie Tristano und Lee Konitz den Cool Jazz aus der Taufe hob, hat nie an der vordersten Rampe der großen Jazzbühnen gestanden.

Gewiß, da gab es gefeierte Auftritte in Schweden, Holland und bei den Berliner Jazztagen, doch das sogenannte breite Publikum erreichte er bislang nicht. Zu still, zu feinsinnig, vielleicht auch zu intellektuell stellen sich die kühlen Jazz-Träumereien in Marshs Saxophonspiel dar – der Kreis der Fans blieb dabei klein.

Jetzt tritt der coole Jazz-Meister mit einer grandiosen Balladen-LP an die Öffentlichkeit, und dieses „Ballad Album" (erschienen bei Criss Cross Jazz 1007) weist den Mann aus Kalifornien als einen der derzeit überzeugendsten Improvisatoren des kammermusikalischen Jazz aus. Marsh beeindruckt hier durch klug gestaltete, bis ins letzte Harmonie-Eckchen durchdachte Soli, durch eine Musik ohne Schnörkel und Floskeln. Er sucht bei Evergreens wie „Emily" und „How deep is the ocean" nicht sein Heil in spektakulären Aktionen, sondern geht feingliedrigen, schlüssigen Improvisationswegen nach. Fugenlos reihen sich da betörende, hintergründige und dramatische Balladen-Songs der 30er und 40er Jahre aneinander, lassen den hektischen Jazz der Neuzeit gar nicht erst bis zur Studio-Pforte vordringen.

Marshs Musikerkollegen weisen sich als adäquate Begleiter und Solisten aus, allen voran der hochbegabte, fast in Vergessenheit geratene Cool-Jazz-Pianist Lou Levy, der die Qualitäten von John Lewis, Hank Jones und Tommy Flanagan in sich vereinigt. Wie er da bei dem Song „I can't give you anything but love" – zusammen mit dem Kontrabassisten Jesper Lundgaard – die einleitenden Töne des Themas mit einem harmonisch erweiterten, spannungsfördernden Grundton unterlegt, ist allein schon eine separate Studie wert. Wach und aufmerksam swingend rundet dabei Schlagzeuger James Martin das musikalische Geschehen ab. Freunde des kammermusikalischen Cool Jazz können – und werden – in dieser subtilen, wohlgestalteten Harmonik geradezu baden.

KLAUS BERGER

Ernst-Straßner-Retrospektive in Braunschweig

Aus der Stille gewachsen

Die Kunst Ernst Straßners, die zu seinem 80. Geburtstag in zwei Ausstellungen in Braunschweig und Honnover jetzt entdeckt werden kann, ist in der Stille herangewachsen. Es fehlt ihr der aufregende Schein des Spektakulären. Straßners Bilder haben ein eigenes Licht. Somit fällt es diesem Kunstbetrieb schwer, den Maler zu ehren.

In Braunschweig ist nun in Zusammenarbeit des „Freundeskreises zur Förderung der Kunst" mit dem Kunstverein in dessen Haus mit 134 Katalognummern die größere der Straßner-Ausstellungen zustande gekommen. Zur gleichen Zeit wird er mit 87 Katalognummern in der Hannoveraner Galerie Koch gezeigt. Beide Ausstellungen verbuchen beachtlichen Erfolg beim Publikum, und es bleibt nur zu fragen, warum man mit der Präsentation dieses Werkes so lange gewartet hat.

Dabei hätte man sich nur an Max Liebermann zu halten brauchen, dessen unbestechlichem Auge die Bilder des fünfundzwanzigjährigen Straßner aufgefallen waren und der für ihre Aufnahme in die preußische Kunstausstellung und öffentlichen Ankauf sorgte.

Sehr eigensinnig hat sich bereits der junge Maler seine Vorbilder gesucht. Waren es in den zwanziger Jahren Leibl, Thoma, auch Marées und sogar Böcklin, die ihn anzogen, so wandte er sich später dem Colorismus der Bonnard und Vuillard zu. Der Spätimpressionismus in seinen Bildern ist nicht nachträglich, aus dem bloßen Willen zu einer Nostalgie, hineingeraten. Straßner gehört noch dazu. Mit Hans Purrmann war er freundschaftlich verbunden.

Wie vielen blieb es auch Straßner nicht erspart, sein Werk fast vollständig im Krieg zu verlieren. Daß es Kostbarkeiten gewesen sein müssen, machen die wenigen erhaltenen Bilder klar, die dichten Darstellungen der Thüringer Landschaft oder das liebenswerte Bild vom Städtchen Eisfeld unter der dicken Schneedecke. Es beginnt dann wieder, buchstäblich in der Stunde Null, mit den Zeichnungen aus dem Gefangenenlager bei Heilbronn. Eine eigene Gruppe bilden die fränkischen Landschaften um das Schloß Banz. Klangvoll bleiben die Bilder Straßners, ob es sich um das Aquarellporträt des Sohnes als Schuljunge mit der im Seitenlicht aufblitzenden Stupsnase handelt, oder ob es die großen Temperakompositionen nach Homer oder der Bibel sind.

Der Maler, der nichts zur Propagierung der eigenen Kunst unternommen hat, lebte ganz seiner pädagogischen Arbeit als Professor an der Braunschweiger Kanthochschule. Sein Werk ist in dieser Abgeschiedenheit auf dem sicheren Boden eines stets frischen Form- und Farbempfindens gewachsen. Das gilt für die sorgfältig durchgearbeiteten, im menschlichen Ausdruck und der malerischen Auffassung starken Porträts ebenso wie für Stilleben und Landschaften.

Bis zum heutigen Tag entstehen sehr spontan gemalte Gouachen: Blumen- und Früchtestilleben, Landschaften Italiens, Griechenlands, aber auch des heimatlichen Harzvorlandes. An ihnen besticht die Wiedergabe der immer neu schimmernden Oberfläche der Dinge: das sich in einem Glas brechende Licht, schillernde Muscheln, ein Feldblumenstrauß. (Braunschweig, Haus Salve Hospes [bis 28. 7.], Katalog, hg. von Martin Gosebruch, 25 Mark; Hannover, Galerie Koch [bis 3. 8.], Katalog von Hans-Jürgen Imiela 30 Mark.)

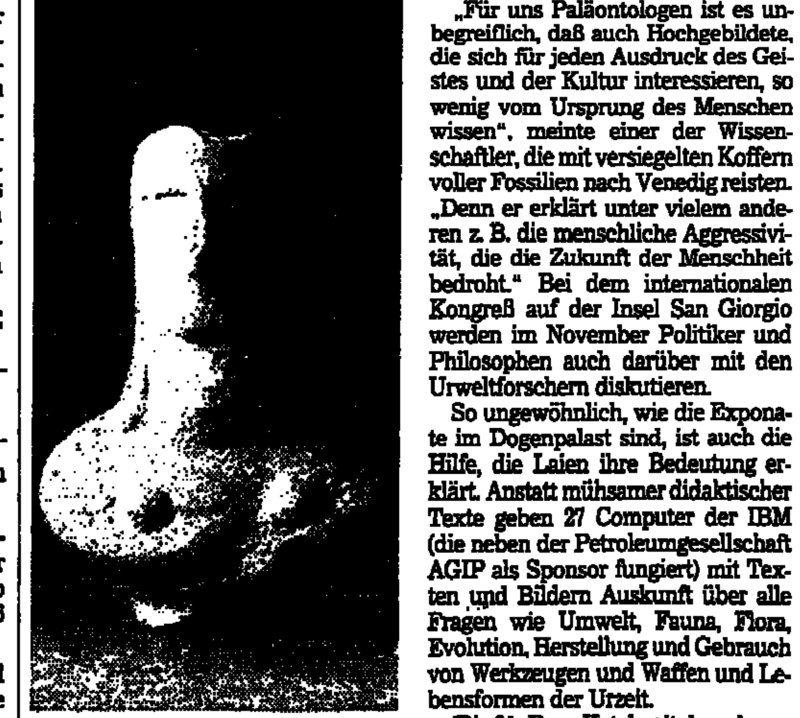
THOMAS GÄDEKE

„Homo": Paläoanthropologische Schau in Venedig

Das Abenteuer Mensch

Das Privatappartement der Dogen im Palazzo Ducale von Venedig wurde in ein Labyrinth verwandelt, angefüllt mit Fossilien. Unter goldenen Kassettendecken blicken von den Wänden Madonnen und Dogen auf Vitrinen voller Schädel, Knochen und Faustkeile: Millionen Jahre alte Zeugnisse der „Reise zu den Ursprüngen der Geschichte". Das ist der Untertitel der paläoanthropologischen Ausstellung „Homo", der wichtigsten, die man je in Europa sah. Von internationalen Experten in zweijähriger Arbeit vorbereitet, zeigt sie mit 150 Funden aus sieben Ländern (Südafrika, Tansania, Kenia, Äthiopien, Deutschland, Frankreich und Italien) den Weg der Entwicklung von den „Hominiden" zum Homo sapiens.

Unvorbereitete Besucher erschrecken schon beim Eintreten vor dem ersten menschenähnlichen Wesen, das ein Laserstsrahl dreidimensional in seiner winzigen, 2,8 Millionen Jahre alten Gestalt vor ihnen erscheinen läßt. Das ist das berühmte fehlende Stück in der Evolution vom Schimpansen zum Menschen. Der zuerst in Transvaal gefundene „Australopithecus" (Süd-Menschenaffe), ein nur 1,20 Meter hohes Wesen mit fliehender Stirn und mächtigem Kiefer, das als erstes Säugetier aufrecht ging.



Fast 6000 Jahre alt: Weibliche Terracotta-Figur aus Ligurien FOTO: DIE WELT

Auch wer bisher die Wissenschaft von den Urmenschen, die Paläoanthropologie bestenfalls dem Namen nach kannte, wird sich der Faszination dieser Ausstellung nicht entziehen können. Denn was hier oft zum ersten Mal vor der Öffentlichkeit ausgebreitet wird und fast symbolisch mit der ersten Metallwaffe, einem Bronzedolch, endet, ist das Abenteuer der Menschwerdung.

Es beginnt mit dem Hominiden, der von den Bäumen in die Savanna herabstieg, führt über den „Homo abilis" (vor 2 500 000–1,2 Millionen Jahren) und den „homo erectus" (1 600 000–300 000 Jahre), der als erstes Wesen das Feuer benutzte, zum Neandertaler, dem Urmenschen Europas (200 000–40 000 Jahre), bis zu unserem direkten Ahnen, dem „homo sapiens", den hier der 35 000 Jahre alte Schädel von Cro-Magnon bezeugt. Der Mensch von Cro-Magnon ist die letzte Stufe der genetisch-biologischen Veränderung durch natürliche Auslese, die mit dem aufrechten Gang und dem Gebrauch der Hände begann, vom Jäger und Sammler zum Hirten und Bauern führte, mit dem Totenkult der Neandertaler uns das früheste Beispiel metaphysischen Denkens überlieferte.

„Für uns Paläontologen ist es unbegreiflich, daß auch Hochgebildete, die sich für jeden Ausdruck des Geistes und der Kultur interessieren, so wenig vom Ursprung des Menschen wissen", meinte einer der Wissenschaftler, die mit versiegelten Koffern voller Fossilien nach Venedig reisten. „Denn er erklärt unter vielem anderen z. B. die menschliche Aggressivität, die die Zukunft der Menschheit bedroht." Bei dem internationalen Kongreß auf der Insel San Giorgio werden im November Politiker und Philosophen auch darüber mit den Urweltforschern diskutieren.

So ungewöhnlich, wie die Exponate im Dogenpalast sind, ist auch die Hilfe, die Laien ihre Bedeutung erklärt. Anstatt mühsamer didaktischer Texte geben 27 Computer der IBM (die neben der Petroleumgesellschaft AGIP als Sponsor fungiert) mit Texten und Bildern Auskunft über alle Fragen wie Umwelt, Fauna, Flora, Evolution, Herstellung und Gebrauch von Werkzeugen und Waffen und Lebensformen der Urzeit.

(Bis 31. Dez.; Katalog ital. und englisch, Editore Marsilio, 25 000 Lire.)

MONIKA von ZITZEWITZ

KULTURNOTIZEN

„Frühe Bergvölker in Armenien und im Kaukasus" heißt die vom 24. Juli bis zum 4. September in Selm präsentierte Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Die Sommerakademie für bildende Kunst in Trier verzeichnet den größten Andrang seit ihrer Gründung 1977. Über 40 Künstler vermitteln 800 eingeschriebenen Besuchern kreative Fertigkeiten.

Jazz Middelheim findet vom 14. bis zum 18. August in Antwerpen statt.

Ein franko-brasilianisches Museum nach dem Muster des Pariser Pompidou-Zentrums wird jetzt in Rio de Janeiro gegründet. Es soll 1986 fertig sein.

Werner Niermann, Bildhauer und Chirurg, wird die offizielle Medaille zum Welternährungstag und zum 40jährigen Jubiläum der WFO am 16. Oktober gestalten.

JOURNAL

Die Liebesbriefe der Constance Wilde

dpa, **London**

Zwei Liebesbriefe von Oscar Wildes Frau Constance an einen Londoner Buchhändler sind bei Sotheby's für jeweils 11 000 Mark verkauft worden. Eine New Yorker Kunsthandlung kaufte die beiden erst vor kurzem entdeckten Briefe, die Constance Wilde im Sommer 1894 an Arthur Humphreys schrieb. Nicht einmal die Biographen Wildes hatten von der Beziehung Constances zu dem Buchhändler gewußt, auch wenn bekannt war, daß sie in ihrer Ehe mit dem homosexuellen Wilde sehr unglücklich war. Der New Yorker Kunsthändler erwarb auch für 80 000 Mark das von Wilde im Gefängnis von Reading am 15. Mai 1897 unterzeichnete Dokument über die Trennung von seiner Frau

Film und Literatur beim Locarno-Festival

AFP, **Locarno**

Um den russischen Filmemacher Boris Barnet, den jugoslawischen Film, Roms Filmstadt Cinecitta und den Schriftsteller Umberto Eco („Der Name der Rose") dreht sich das Festival von Locarno vom 8. bis 18. August. Am Wettbewerb nehmen 16 bis 18 Filme von neuen Regisseuren oder aus neuen Filmländern teil. In einer Sonderreihe wird der in Cannes prämierte jugoslawische Streifen „Papa ist auf Geschäftsreise" von Emir Kusturica gezeigt, außerdem der Siegesbeitrag von Berlin, „Wetherby" von dem Engländer David Hare, und die deutsche Provinzsaga „Heimat" von Edgar Reitz. Dem sowjetischen Film-Poeten Boris Barnet (1902–1965) ist eine Retrospektive gewidmet, aus Jugoslawien gibt es neun Filme, und außerdem ist eine Hommage auf die Studiostadt Cinecitta vorgesehen. Der Romancier Eco hat auf dem Festival-Programm in Locarno „carte blanche".

Fritz-Reuter-Preis für Irmgard Harder

DW, **Hamburg**

Sie hat bewiesen, Plattdeutsch ist eine lebendige Sprache. Sie erzählt von Menschen, in denen sich jeder wiedererkennen kann. Sie versteht das Handwerk des Schreibens. Ihre Texte sind Vorbild für die Arbeit mit und an der plattdeutschen Sprache. Jetzt wurde Irmgard Harder der mit 10 000 Mark dotierte Fritz-Reuter-Preis zugesprochen.

Felsmalereien in Aserbeidschan entdeckt

dpa, **Moskau**

Zahlreiche Felsmalereien, die aus dem 9. Jahrtausend v. Chr. stammen sollen, sind im Gebiet Gabustan der sowjetischen Kaukasusrepublik Aserbeidschan entdeckt worden. Die „überraschend realistischen" Malereien zeigen u. a. Jagdszenen, Pferdeherden und Menschen mit langgestreckten Körpern. Von besonderem Interesse sind gemalte Ketten aus Muschelschalen, die normalerweise an den Stränden des Indischen Ozeans zu finden sind. Dieser Fund könnte auf einen Handelsaustausch zwischen weit voneinander entfernten Stämmen in der Mittelsteinzeit deuten.

Das Komödienfestival von Vevey

AFP, **Vevey**

Eine Retrospektive der Filme des im vergangenen Jahr verstorbenen französischen Regisseurs François Truffaut und italienischer Filmkomödien steht im Mittelpunkt der 5. Festspiele für Filmkomödien, das vom 19. bis 24. August in Vevey am Genfer See stattfindet. Den Ehrenvorsitz des zu Ehren Charlie Chaplins in Vevey geschaffenen Festivals hat dessen Witwe Lady Oona inne. Chaplin hatte hier am Genfer See seinen letzten Wohnsitz. Im Wettbewerb sind unter anderem die britischen Filme „Water" von Dick Clement und „Private function" von Alan Bennett sowie „Die blauen Berge" von Eldar Tschengelaja, „Te Rongyos Elet! ..." von Peter Bacso (Ungarn), „L'appel de la Sybille" von Clemens Klopfestein (Schweiz) und „Visages des Femmes" von Desirée Ecare (Elfenbeinküste). Ein ganzer Tag ist den Komödien schweizerischer Cineasten gewidmet.

Bald eine Düsseldorfer Kunst-Biennale

dpa, **Düsseldorf**

Von 1987 an soll eine Kunst-Biennale die Freunde aktueller Malerei und Plastik nach Düsseldorf lokken, wo die „gegenwartsnahe Kunst" der verschiedenen Kunstzentren des Bundesgebiets dargestellt werden soll. Ein Schwerpunkt der Biennale liegt bei der Beteiligung rheinischer Maler, Bildhauer und Kunstaktionisten. Träger der Schau im Zweijahresturnus werden die Stadt Düsseldorf und die „Gesellschaft für aktuelle Kunst" sein. Nach der Vorführung am Rhein soll dann die repräsentative Bestandsaufnahme der Bildenden Kunst in der Bundesrepublik auch im Ausland gezeigt werden.

Neues Mittel bekämpft die Schlafkrankheit

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Die Schlafkrankheit, von der in Afrika 35 Millionen Menschen bedroht sind, kann jetzt mit einem neuen Medikament bekämpft werden. Das Mittel enthält die Substanz Difluoromethylornithin (DFMO) und wurde von Forschern an der Pace Universität in New York entwickelt. Es gab zwar auch bisher schon Medikamente gegen die Schlafkrankheit, die Erreger waren jedoch bereits überwiegend resistent gegen sie geworden.

Die Erkrankung wird von einem einzelligen Erreger aus der Gattung Trypanosoma verursacht und mit dem Stich der Tsetse-Fliege übertragen. Schon kurz nach der Infizierung kommt es zu einer Schwellung der Stichstelle, dann zu Fieber, Kopfschmerzen und Müdigkeit. Nach kurzer Zeit treten Veränderungen an Leber und Milz auf.

Lebensbedrohlich wird der Erreger, nachdem er sich im Körper vermehrt hat und in das Gehirn eindringt. Er verursacht eine Entzündung, die über kurz oder lang zu Muskelschwäche, Sprach- und Denkstörungen und schließlich zum Koma und zum Tode führt. Es gibt zwei unterschiedliche Stämme des Erregers. Der eine ist schon nach wenigen Wochen tödlich, während der andere zunächst zu einer chronischen Erkrankung führt, die erst nach Jahren mit einem langsamen Tod endet.

Die Krankheit kann nur diagnostiziert werden, indem der Erreger in einer Blutprobe oder in anderen Körperflüssigkeiten identifiziert wird. Die Schlafkrankheit wird oft mit anderen Erkrankungen verwechselt, etwa der Syphilis oder der sogenannten Mononukleose.

Auch Touristen vom Stich der Tsetse-Fliege bedroht

Wegen der weiten Verbreitung des Erregers und der ihn übertragenden Tsetse-Fliege, vor allem in Zentral-, Ost- und Südafrika, sind auch Touristen bedroht. Treten nach Rückkehr eines Reisenden Fieber, Schwellungen der Organe oder gar neurologische Defekte auf, muß sofort untersucht werden, ob möglicherweise eine Trypanosomen-Infektion vorliegt.

In Süd- und Mittelamerika leiden 10 Millionen Menschen an einer ähnlichen Krankheit, der Chagas-Seuche, die ebenfalls von Trypanosomen verursacht, jedoch von Raubwanzen übertragen wird. Wie in Afrika sind vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten betroffen, die unter schlechten hygienischen Bedingungen leben.

Das neue DFMO nun greift bestimmte Enzyme in dem Erreger an und verhindert seine Vermehrung und Ausbreitung. Erste Tests mit Erkrankten zeigten beträchtliche Heilungserfolge, wie die Forscher jetzt in der Zeitschrift „Clinical Pharmacology and Therapeutics" berichten.

Bisher standen zwei Medikamente gegen die Krankheit zur Verfügung, die allerdings erhebliche Nachteile hatten: Das Suramin ist nur wirkungsvoll, solange der Erreger nicht das Gehirn befallen hat. Die deshalb notwendige schnelle Diagnose nach einer Infektion ist in Afrika so gut wie unmöglich. Das zweite Mittel, Melarsoprol, besitzt schwerwiegende Nebenwirkungen, die fast so schlimm sein können wie die Schlafkrankheit selbst.

Die Weltgesundheitsorganisation überlegt zur Zeit, wie sie unter den schwierigen Bedingungen in Afrika möglichst viele der Kranken mit dem Medikament erreichen und heilen kann. Bei den früheren Behandlungen mit den bekannten Medikamenten verließen viele Patienten das Krankenhaus schon nach einer leichten Besserung und kehrten in ihre Dörfer zurück, ohne daß die Krankheit auskuriert worden wäre. Außerdem kam es immer wieder zu neuen Infektionen.

Der Wein, die Justiz und die Kopfschmerzen des Richters

KURT POLLAK, Wien

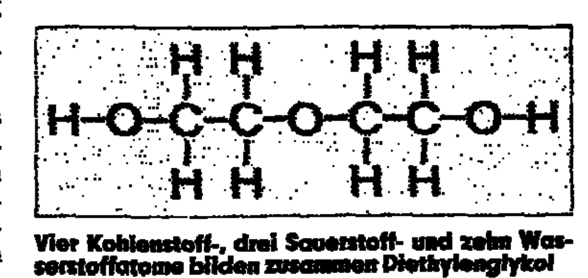
Mit eisernem Besen soll nun in Österreich der als „nationale Schande" empfundene Skandal um die mit dem Frostschutzmittel Diethylenglykol verseuchten Weine hinweggefegt werden. Landwirtschaftsminister Günther Haiden bezeichnete die verbrecherische Weinverpanschung als „einen der größten Lebensmittelskandale in unserer Geschichte" und kündigte systematische Kontrollen aller österreichischen Weine an.

In einem „Wein-Gipfelgespräch" beschlossen 16 Staatsanwälte aus ganz Österreich ein gemeinsames Vorgehen gegen die Weinverfälscher. Mit weiteren Verhaftungen und Hausdurchsuchungen ist zu rechnen. Einer der öffentlichen Ankläger forderte sogar die Schließung sämtlicher Weinkeller und eine Überprüfung der dort lagernden Weinvorräte.

Weil dieser Vorschlag nach Ansicht von Fachleuten wohl kaum in die Praxis umzusetzen ist, sind die 94 Winzer der von dem Skandal am meisten betroffenen burgenländischen Freistadt Rust in die Offensive gegangen. Sie gaben gestern eine eidesstattliche Erklärung ab, ihren Weinen niemals Diethylenglykol zugesetzt zu haben. Zuvor hatten sie bereits alle Weine aus ihrem Anbaugebiet am Neusiedlersee zur Untersuchung in die zuständige Bundesanstalt nach Wien gebracht. Unabhängig von dieser Privatinitiative setzte in den letzten drei Tagen in allen Marktämtern Österreichs hektische Betriebsamkeit ein. In Wien wurden 80 sogenannte „Prädikat-Tröpferln" aus dem Handel genommen, und in einem Weinkeller der steirischen Landeshauptstadt Graz wurden gar 550 Flaschen Wein mit einer Konzentration von 6,7 Gramm Diethylenglykol pro Liter beschlagnahmt.

In der Bevölkerung hat sich bereits eine durchaus berechtigte „Glykol-Hysterie" breit gemacht. Selbst ein mit dem Weinskandal befaßter Untersuchungsrichter gehört zu den Opfern: Er hatte von einem inzwischen verhafteten burgenländischen Weinhändler vor einiger Zeit mehrere Flaschen Rotwein bezogen. Schon nach dem Genuß des ersten „Viertels" bekamen er und seine Gäste regelmäßig furchtbare Kopfschmerzen.

Die Kriminalabteilungen der österreichischen Sicherheitsbehörden unterstützen seit Wochenbeginn die Kellerei-Inspektoren auf deren Kontrollgängen. Im niederösterreichischen Waldviertel, vor allem im Raum Retz, stießen die „Weindetektive" auf nicht unerhebliche Konzentrationen von Diethylenglykol in 14 einfachen Konsumweinen.



Vier Kohlenstoff-, drei Sauerstoff- und zehn Wasserstoffatome bilden zusammen Diethylenglykol

Und als wolle er den Mächten des Schicksals lieber doch nicht vorgreifen, fügt er hinzu: „So Gott will ..."

In der Tat. Wenige Stunden darauf gab das rheinland-pfälzische Umweltministerium in Mainz bekannt, in zwei Weinen aus Rheinhessen sei ebenfalls Diethylenglykol gefunden worden, in einer Konzentration von 0,2 Gramm pro Liter.

Zur Gesundheitsgefährdung hieß es: „Entsprechend der toxikologischen Beurteilung von Diethylenglykol-Verfälschungen in Wein begegnet ein solcher Gehalt bei täglichem Genuß gesundheitlichen Bedenken."

nea./DW. Mainz

„Wir gehen davon aus, daß die deutschen Weine frei von Diethylenglykol sind", sagte gestern Franz Werner Michel, Geschäftsführer des Stabilisierungsfonds für Wein, der zentralen Absatzförderungsstelle der deutschen Weinwirtschaft.

Die deutschen Winzer erinnern zur Zeit an eine Kompanie Infanteristen, die sich unter plötzlichem Artilleriebeschuß zu Boden geworfen haben. Erst, wenn die Kanonade der Schreckensmeldungen vorüber ist, wird man den Kopf heben und den Schaden auch für den deutschen Wein ermessen können. Einiges von diesem Schaden ist freilich schon erkennbar. So waren die Bemühungen um Schadensbegrenzungen bisher vor allem auf den Export gerichtet. Als von Holland und Berlin aus die Meldungen über das Frostschutzmittel auch in deutschem Wein widerrufen wurden, versuchten die Mainzer Absatzförderer sogar, telefonisch in aktuelle Nachrichtensendungen des US-Fernsehens hinein zu agieren.

Die Leute von Klüsserath an der Mosel und im rheinhessischen Westhofen – diese beiden Ortsnamen waren im Zusammenhang mit den später widerrufenen Analyseergebnissen weltweit ins Gerede gekommen – kann natürlich auch das Dementi nicht mehr trösten. Wütend und ohnmächtig nehmen sie zur Kenntnis, daß ihre Weine in vielen Supermärkten aus dem Regal genommen worden sind. In Klüsserath ist man fest entschlossen, Schadensersatz zu fordern. Man weiß bloß nicht von wem.

Weinbaupräsident Muth warnt trotz allem vor dem Versuch, die Affäre allzu forsch zur Eigenwerbung zu nutzen: „Wer jetzt versucht, seine Haut auf Kosten anderer zu retten, der wird sich selber nicht nützen, aber der Gesamtheit schaden."

Muth hofft sogar, daß die kritische Situation endlich zu größerer Solidarität unter den deutschen Weinbaugebieten führen werde. Seit Monaten wird zum Beispiel über ein einheitliches Kontrollzeichen gestritten, das die Überprüfung der in Verkehr gebrachten deutschen Weinmengen erleichtern und Manipulationen erschweren soll.

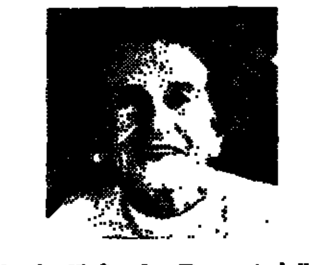
Das Bundesgesundheitsministerium in Bonn hat gestern eine Liste mit weiteren 441 Weinproben aus Österreich veröffentlicht, bei denen Diethylenglykol festgestellt wurde. Damit erhöht sich die Zahl der mit dieser Chemikalie gepanschten österreichischen Weine auf insgesamt 633. Das Ministerium kündigte bereits einen zweiten Nachtrag an.



LEUTE HEUTE

Die Mutter des Clans

Sie stammt wie ihr Mann aus der irischen Kaste, auf die man im vornehmen Boston stets verächtlich hinab geblickt hatte. Die Fitzgeralds gehörten wie die Kennedys zu den Sippen, die den Weg über den Großen Teich einfach zu spät gefunden hatten. Aber wie ihr Mann, der „alte" Joe Kennedy, hatte sie den unbeugsamen Willen, nach oben zu kommen und wie „der Botschafter" die Fähigkeit, die Fahne in dem Moment aufzuheben, da der Vorgänger sie abgab: **Rose Kennedy**, geborene Fitzgerald. Am Montag wurde sie 95; gestern wurde in Boston ein Park nach ihr benannt. Später Durchbruch für eine Frau, deren Schicksal sie, ähnlich dem alttestamentarischer Gestalten, durch alle Höhen und Tiefen geführt hat. Sie gilt längst als „Mutter mythischer Statur" und ist inzwischen unbestritten das Oberhaupt der Kennedys geworden, paradoxerweise der Familie, die wie keine andere den Männlichkeitswahn auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die zartgliedrige Frau gebar neun Kinder. Sie überlebte den Tod ihres Mannes und vier ihrer Kinder. Der letzte



Schock dürfte der Drogentod ihres Enkels David (28) 1984 gewesen sein. Als ihr Mann 1963 einen Schlaganfall erlitt, übernahm sie das Handeln von einem Tag zum anderen. Sie delegierte die „Macht" in die Hände des „Präsidenten", wie John F. Kennedy nur noch genannt wurde. Als er in Dallas erschossen wurde, bestimmte sie Robert zum Oberhaupt. Als Robert 1968 das gleiche Schicksal erlitt, sollte der Senator von Massachusetts, **Edward „Teddy" Kennedy**, dessen Rolle übernehmen. Das gelang ihr allerdings nicht. Seither bestimmte die alte Dame das Geschehen selber, durchdrungen von der Überzeugung, an der Spitze einer auserwählten Familie zu stehen. Die Geburtstagsparty in Hyannis Port wurde von **Edward Kennedy** (53), und **Ethel Kennedy** (56), der Witwe Robert Kennedys, ausgerichtet.

FOTOS: AP(3)/AFP

Jean-Louis Scherrer — Chanel — Christian Dior — Jean Patou

„Mode – ein Universum der Weiblichkeit"

Von CONSTANCE KNITTER

Die Nachricht ging in Paris wie ein Lauffeuer um: „Neun Mannequins aus der Volksrepublik China präsentieren bei Pierre Cardin die Haute-Couture-Kollektion für den kommenden Winter." Als die Schau dann begann, wurde man gewahr, daß die jungen Chinesinnen zwar etwas kleiner als ihre europäischen Kolleginnen waren, doch keineswegs schüchterner.

Pierre Cardins neue Wintermode ist ideenreich in den Details. Seine Linie ist schmal und breit geschultert, die Taille verschiebt sich mal nach oben, mal nach unten. Die Rocksäume enden unterhalb der Wade. Doch die Röcke sind meist hochgeschlitzt und lassen ahnen, was der kurze Rock sonst offen zeigt.

23 Modeschöpfer zeigen in dieser Woche ihre neuen Luxusmodelle, die einer Klientel von etwa 3500 reichen Frauen in der ganzen Welt vorbehalten sind. Für ihre maßgeschneiderten Mäntel, Kostüme, Cocktail- und Abendroben haben die Couturiers kilometerweise Kaschmir, Samt und Spitzen, Pelz und Federn verarbeitet. Eine Haute-Couture-Kollektion von 150 bis 200 Modellen kostet denn auch bis zu 1,7 Millionen Mark. Doch die Nobelschneider schrecken davor nicht zurück. Bei Preisen von 25 000 und 30 000 Mark für ein Tailleur oder 70 000 Mark für ein besticktes Abendkleid haben sie 1984 einen Umsatz von 90 Millionen Mark gemacht. In diesem Jahr dürften sie die Hundert-Millionen-Grenze überschreiten.

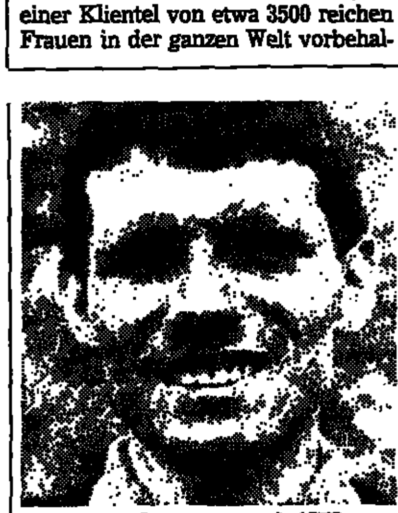
„Die Mode ist ein Universum der Weiblichkeit." In dieser Auffassung sind sich die Pariser Modemacher einig. Uneinigkeit herrscht jedoch bei der Frage der Rocklängen. Die einen lieben es kurz, die anderen wadenlang. Manchmal sieht man lang und kurz in einer Kollektion.

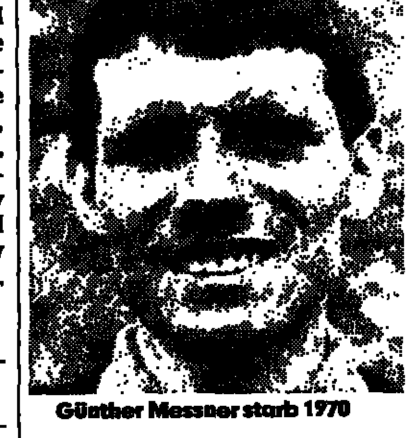
Bei Jean-Louis Scherrer wird die Luxusfrau ausgestattet mit weiten elfenbeinfarbenen Capes, bestickten Mohairpullovern und weiten, langen Jersey-Hosenröcken. Zu langen taillierten Tuchmänteln mit Samtstickereien in Bordeauxrot oder Nachtblau gehören Keilhosen aus Samt und Pansamt-Pullis oder Lamé-Tuniken. Nachmittags schlüpft die Scherrer-Frau in Kleider aus schillerndem Lamé-Mousseline, abends bevorzugt sie ein langes Taft- und Samtkleid mit bestickten Corsagen.

Marc Bohans Mode ist kurz und farbenfreudig. Unter 9/10-langen Paletots in Orange, Gelb oder Violett sieht man kaum einen Rock. Sie enden knapp über dem Knie und werden von langen Offiziersjacken mit wippenden Schößen oder langen Blazern begleitet. Bei seinen kurzen engen Nachmittagskleidern mit eingearbeiteten Taillenmiedern hat Marc Bohan sein Herz an herzförmige Dekolletés verloren. Auf kurzen Haaren trugen die Mädchen kleine Dreispitze. Die Braut erschien als Pierrot. Auch für seine Abendkleider ließ sich der Createur von der „Commedia dell'arte" inspirieren.

Wie eine Karikatur auf die hohe Schneiderkunst wirkte die Schau von Jean Patou. Hier amüsierte sich der junge Designer Christoph Lacroix, indem er Rockerinnen in Minis aus Nylon-Ozelot, Spitzen-Jeans oder in Samt-Bermudas unter einer Samt-Redingote auf den Laufsteg schickte.

(SAD)



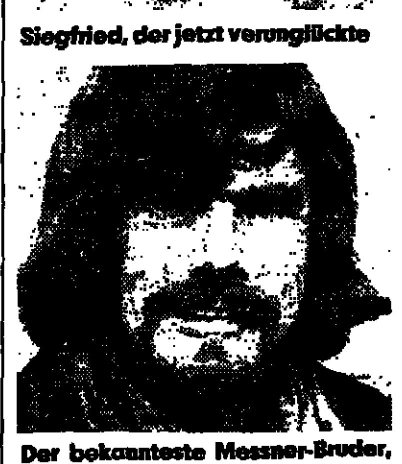


Günther Messner starb 1970



Siegfried, der jetzt verunglückte





Der bekannteste Messner-Bruder, Reinhold. FOTOS: DPA (2)/HARTUNG

Siegfried Messner – der Bergtod holte einen Sicherheitsfanatiker

H. GALLMETZER, Bozen

„Jupiter hat ihn im sinnvollsten Augenblick mit einem Blitz aus dem Leben geholt." So formuliert es tragisch-poetisch einer seiner engsten Freunde. Nie hatte Siegfried Messner sich glücklicher, freier, beruflich erfolgreicher und finanziell abgesicherter gefühlt als jetzt, da ihn der Tod – mit 35 – geholt hat. Von Beruf Biologe, Bergsteiger von Berufung wie sein weltbekannter Bruder Reinhold, als Sicherheitsfanatiker in Südtirol allseits anerkannt, mußte ausgerechnet er den Unfalltod am Berg erleiden. Am frühen Nachmittag des 16. Juli stürzte Siegfried Messner, von einem Blitz gestreift, ins Seil und starb am Wochenende in der Uniklinik von Innsbruck.

Es ist keine drei Wochen her, da führte er im ganzen Land vor, was Sicherheit am Berg bedeutet. Seine Appelle: „Wenn sich das Anzeichen eines Wetters manifestiert, keine Bergtour unternehmen. Zieht sich ein Gewitter zusammen, sofort absteigen. Bevor man eine Tour antritt, genau die Wetterverhältnisse studieren. Sich mit den Wetterverhältnissen des Gebiets, in dem man Klettern will, genau vertraut machen." Unzählige Male hat er es gesagt und geschrieben. Und nun wurde er ein Opfer des Wetters.

Etwa gegen Mittag des 16. Juli stieg er von der Preuss-Hütte zu Füßen der Vajolet-Türme im Rosengarten-Gebiet, einem der Südtiroler Kletterparadiese, mit einer deutschen Urlauberfamilie in Richtung Stabeler-Turm auf. Es hatte zu regnen aufgehört. Ein unproblematischer Aufstieg, wie es schien. Die Normalführe weist keine besonderen Schwierigkeiten auf; die Gruppe war perfekt ausgerüstet.

Kurz vor dem Gipfel zog sich ein Gewitter zusammen. Messner gab, getreu seinen Grundsätzen, sofort die Order zur Umkehr. Die Touristen wurden abgeseilt. Es fehlten nur mehr ein paar Seillängen und man hätte den Paß wieder erreicht, da fuhr ein Blitz in die Wand und streifte Messner und den 44jährigen Wilhelm R. Messner stürzte ins Seil und fiel, gegen die Felsen schlagend, eine Seillänge – zwischen 20 und 24 Meter – in die Tiefe. Auch der andere wurde hinuntergeschleudert, zog sich aber keine schweren Verletzungen zu. Ein Bergführer leistete erste Hilfe, Messner wurde abgeseilt, ein Hubschrauber flog den Schwerverletzten ins Bozener Krankenhaus. Von dort aus wurde er angesichts des schweren Schädelbasisbruchs per Auto in die Innsbrucker Universitätsklinik überführt und am folgenden Morgen operiert, nachdem ein Blutgerinsel im Gehirn festgestellt worden war. Professor Bruno Haid entfernte das Gerinnsel, die Ärzte gaben sich optimistisch. Der durchtrainierte und gesunde Mann hatte die Operation gut überstanden, man wartete darauf, daß er aus dem Koma erwachen werde. Er erwachte nicht mehr, am 20. Juli blieb sein Herz stehen.

Eine Polemik politisch-bürokratischer Natur schließt sich unvermittelt an den Tod an. Professor Haid erklärte, daß die Überlebenschancen um vieles größer gewesen wären, wenn Siegfried Messner nach dem Unfall direkt nach Innsbruck geflogen worden wäre. In solchen Fällen zählten Minuten. Doch dies ist in Südtirol leider nicht möglich. Zwischen Bozen und Innsbruck liegt eine politische Grenze. Das in Innsbruck stationierte Rettungsflugunternehmen darf nicht ohne weiteres die Grenze nach Südtirol überfliegen. Dahinter steckt die Politik. Die Grenze zwischen Südtirol und Österreich soll möglichst undurchlässig bleiben – selbst in Fällen um Leben und Tod.

Doch zurück zur Familie Messner. Sie kennt den Tod als ständigen Begleiter. Siegfried ist nicht das erste Opfer des Berges. Von den acht Brüdern Messner und einer Schwester sind jetzt zwei am Berg gestorben. Der erste war Günther, der im Jahre 1970 zusammen mit Reinhold Messner den Nanga Parbat bestieg und beim Abstieg von einer Lawine weggerissen wurde. Er wurde nie gefunden. Sein Tod hat Reinhold schwer belastet, auch wenn dieser ihn, wie er stets bekennt, als einen natürlichen Begleiter betrachtet. Dennoch: Die vielzitierte Todessehnsucht hat auch Reinhold nicht.

Reinhold Messner selbst befindet sich bis Ende August auf einer Expedition im Tibet. Ob er überhaupt schon vom Ende seiner Bruders weiß, ist ungewiß. Siegfried Messner wird am Freitag im kleinen Bergdorf Villnöss begraben, wo die Messner-Kinder aufgewachsen sind und Vater Messner beerdigt wurde.

Was wird der Tod des Bruders, der seit drei Jahren die von Reinhold Messner gegründete Alpinschule leitete, für den älteren Bruder bedeuten? Wird er seine Pläne, die verbliebenen zwei Achttausender zu besteigen, aufgeben? Niemand weiß es.

WETTER: Wolkig bis heiter

Wetterlage: Ein kräftiger Hochdruckgebiet mit Schwerpunkt über dem Alpengebiet weitet vorübergehend seinen wetterbestimmenden Einfluß in Richtung Norden aus.

Deutscher Wetterdienst 25. Juli 1985, ...

Vorhersage für Mittwoch:

Im Norden anfangs bewölkt, aber niederschlagsfrei. Nachmittags zunehmende Aufheiterungen und Temperaturanstieg bis 20 Grad. Tiefstwerte nachts um 13 Grad. Im Süden heiter bis wolkig und trocken. Höchsttemperaturen 24 bis 27 Grad. Tiefstwerte nachts um 15 Grad.

Weitere Aussichten:

Am Donnerstag abend im Westen aufkommende gewittrige Niederschläge. 20 bis 25 Grad.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	31°
Bonn	18°	Kopenh.	16°
Dresden	20°	Las Palmas	23°
Essen	18°	London	19°
Frankfurt	20°	Madrid	30°
Hamburg	17°	Mailand	26°
List/Sylt	17°	Mallorca	29°
München	23°	Moskau	14°
Stuttgart	22°	Nizza	27°
Algier	30°	Oslo	13°
Amsterdam	18°	Paris	19°
Athen	32°	Prag	19°
Barcelona	29°	Rom	31°
Brüssel	18°	Stockholm	17°
Budapest	26°	Tel Aviv	30°
Bukarest	24°	Tunis	28°
Helsinki	18°	Wien	26°
Istanbul	27°	Zürich	25°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.36 Uhr, Untergang: 21.20 Uhr; **Mondaufgang:** 14.55 Uhr, Untergang: 0.13 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Dammbruch: Es war menschliches Versagen

AFP, Trient

Vier Tage nach der Dammbruchkatastrophe im oberitalienischen Stava-Tal, einem Seitental des Fleims-Tals, halten Ermittlungsbeamte als Unglücksursache menschliches Versagen „einwandfrei für erwiesen" und eine Naturkatastrophe für ausgeschlossen. Zivilschutzminister Giuseppe Zamberletti betonte gestern, daß „die Katastrophe in keiner Weise natürlich ist, sondern auf menschliche Unterlassungen" zurückzuführen sei. Luftaufnahmen machten nach seinen Angaben deutlich, daß im Erdwall des Klärbeckens einer Fluorit-Mine eine 80 Meter breite Bresche klafft, seit sich am Freitag binnen weniger Minuten 300 000 Kubikmeter Wasser und Schlamm durch das Stava-Tal ergossen und mehr als 200 Einwohner und Urlauber töteten. Der Staatsanwalt von Trient, Francesco Simeoni, verschickte bereits 60 Vorladungen zu Verhören an Firmenleiter der in Bergamo ansässigen Firma „Prealpi Mineraria", die das Fluorit-Bergwerk im Stava-Tal betreibt, und an Verantwortliche im öffentlichen Dienst, denen die Überwachung des Bergwerks und der beiden Ablagerungsbassins oblag. Simeoni: „Möglicherweise hat eine zu große Ansammlung von Ablagerungen auf dem Grunde des Beckens zu starken Druck auf die Wand des Damms ausgeübt." Erwiesen ist nach seinen Worten bereits, daß die „Behördendokumente über die Anlage nicht unterzeichnet sind". Fest steht auch, daß die alle drei Monate fälligen Staatskontrollen nicht eingehalten wurden. 18 Menschen werden noch vermißt.

Hundebesitzer gesucht

dpa, Neuwied

Die Polizei sucht bundesweit nach dem Besitzer der Dogge, die am Montag auf der Autobahn Köln–Frankfurt zwischen Neuwied und Dierdorf einen schweren Unfall mit fünf Todesopfern verursacht hat. Die Dogge war offenbar ausgesetzt worden. Ausgesetzte Hunde sind für die Polizei ein typisches Problem während der Urlaubssaison. Allein in diesem Sommer wurden bereits 15 streunende Vierbeiner gemeldet.

Benzingutscheine billiger

dpa, München

Im Zuge der Lira-Abwertung sind jetzt auch die Preise für die italienischen Benzingutscheine um zwölf beziehungsweise 29 Mark gesenkt worden. Wie der ADAC gestern bekanntgab, kostet das Gutscheinheft für Norditalien nun 262, das für Süditalien ist für 610 Mark zu haben.

Flugschreiber unergiebig

AP, Neu-Dehli

Weiterhin im Unklaren liegen die Ursachen für den Absturz des Jumbo-Jets der „Air-India" am 23. Juni vor der irischen Küste. Wie der indische Luftfahrtminister Ashok Gehlot gestern erklärte, habe auch eine Untersuchung der beiden Flugschreiber durch internationale Spezialisten keine neuen Aufschlüsse über den Hergang des Unglücks ergeben. Experten gaben bekannt, daß das Band, das die Gespräche in der Pilotenkanzel aufzeichnen sollte, abrupt mit einem kurzen hohen Ton endet. Auch die Aufzeichnungen des elektronischen Datenschreibers hörten plötzlich auf.

Bankenurteil

dpa, Karlsruhe

Eine Bank muß bei einem Einzugsermächtigungsverfahren generell den Widerspruch des Kontoinhabers beachten. Da der Zahlungspflichtige nach einem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes über sein Konto frei verfügen kann, unterliegt er seinem Kreditinstitut gegenüber keiner Beschränkung, ob und aus welchem Grund er einer Einzugsermächtigung widerspricht. Der Widerspruch ist grundsätzlich verbindlich. (AZ: II ZR 277/84 vom 24. 6. '85).

Bürgermeister verbannt

AP, Palermo

Ein Gericht in Palermo hat am Montag Vito Ciancimino, einen ehemaligen Bürgermeister der Stadt, wegen enger Beziehungen zur Mafia für vier Jahre von der Insel Sizilien verbannt. Der 60jährige Christdemokrat, der das Bürgermeisteramt von November 1970 bis April 1971 innehatte, ging nach Torello nördlich von Neapel.

ZU GUTER LETZT

„Pferdegerecht leben – Offenstall immer trockener Auslauf, Weidegang – nahe Hamburg-Nord. Nur Futterkosten!" So lautete eine Wohnungsanzeige im Hamburger Abendblatt.